

Divisionär Baumgartner: 300 000-Franken-Lohn ist gesetzeswidrig

Nummer 18 – 2. Mai 2019 – 87. Jahrgang
Fr. 9.– (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCH



Plötzlich Millionärin

Die unglaubliche Geschichte der [REDACTED]

Von Michael Bahnerth

Bundesanwalt Lauber: Komplott gegen Blatter?

Hintergründe zum Geheimtreffen mit Fifa-Präsident Infantino. *Von Philipp Gut*

Die Kielholz-Saga

Finanzplatzhirsch, FDP-Einflüsterer, Ausverkäufer der Heimat.

Von Beat Gygi





Sondermodell Audi A6 Avant Attraction

Jetzt ab CHF 59 830.–



[audi.ch/attraction](https://www.audi.ch/attraction)

Audi A6 40 TDI quattro S-tronic, 204 PS, 4,6 l/100 km (Benzinäquivalent: 5,2/100 km), 122 g CO₂/km (137 g/km ø Neuwagen), 20 g CO₂/km E-Bereitstellung, Energieeffizienz-Kategorie: A. Bruttoverkaufspreis: CHF 72 300.–/abgebildetes Modell: Vesuvgrau Metallic, Aluminiumgussräder im 5-Doppelspeichen-Design in kontrastgrau, teilpoliert, Grösse: 8,5 J x 19 mit Reifen 245/45 R 19, Audi HD Matrix LED-Scheinwerfer, mit dynamischem Blinklicht, Privacy-Verglasung, S line Exterieurpaket, Bruttoverkaufspreis: 83 350.–, abzüglich Sonderprämie CHF 9850.–/CHF 9990.–, abzüglich Ausgleich CHF 2623.–/CHF 3081.–, tatsächlich zu bezahlender Preis: CHF 59 830.–/CHF 70 300.– für abgebildetes Modell. Alle Preise inkl. MwSt. Aktion gültig für Vertragsabschlüsse vom 1.3. bis 30.6.2019. Unverbindliche Preisempfehlung des Importeurs. Gültig für alle durch die AMAG Import AG importierten Fahrzeuge.

Der Vorgang ist wohl einzigartig: Die Aargauer SVP entschuldigte sich letzte Woche beim Wahlvolk offiziell und in aller Form, die amtierende Regierungsrätin Franziska Roth (SVP) vor drei Jahren portiert zu haben – und das nicht etwa weil sie von der Parteilinie abgefallen wäre, sondern weil die ehemalige Richterin schlicht nicht in der Lage sei, zu regieren. Redaktor Alex Baur, selber ein Heimweh-Aargauer, sprach mit über einem Dutzend Personen aus allen möglichen politischen Lagern, die Roth zum Teil sehr nahe standen oder stehen. Die Geschichte, die dabei zutage kam, ist ein spannendes Lehrstück über ungeahnte Fallen, Missverständnisse und fatale Zufälle im politischen Alltag. **Seite 12**



Kann immer wieder überraschen: Walter Kielholz.

Walter Kielholz gilt als mächtiger Netzwerker auf dem Finanzplatz Zürich und darüber hinaus. Christoph Blocher hat kürzlich gesagt, dass Kielholz auf eine Anbindung der Schweiz an die EU hinwirke und sein vormaliger Arbeitgeber Credit Suisse eine treibende Kraft in dieser Richtung sei. Wie steht es um Kielholz' Einfluss auf Wirtschaft und Politik? Die meisten Personen, die ihn kennen, geben zu verstehen, dass er ein ausgezeichneter Netzwerker sei, auch raffiniert in der Kommunikation, aber inhaltlich sind die Einschätzungen ziemlich divers. Kielholz scheint immer wieder zu überraschen. Als Präsident des Rückversicherers Swiss Re hat er immerhin den ehemaligen Kadermann Thomas Wellauer in die Nähe von Bundesrat Cassis gebracht, um bei der Aussenwirtschaftspolitik mitzureden. Alles in allem zeigt der Blick auf die Karriere Kielholz' vor allem, was einst im wirtschaftsfreisinnigen Zürich möglich war. **Seite 16**

Alaa Salah war bis vor kurzem eine unbekannt Studentin aus Khartum. Ein zufällig aufgenommenes Bild hat aus der 22-Jährigen jetzt eine Ikone der Anti-Regime-Proteste gemacht. Im Sudan wird sie als «Frau in Weiss» oder als «Lady Liberty» angehimmelt, gar als



Macht dem Sudan Mut: Protest-Ikone Salah.

«nubische Königin» gefeiert, als Heldin, die endlich den Kampf gegen die Militärdiktatur aufnimmt. Was ist das Geheimnis dieser jungen Frau, die in Khartum den Mächtigen Angst und dem Volk Mut macht? **Seite 46**

In Sachen unbewältigter Vergangenheit kennt sich der Schriftsteller Daniel de Roulet bestens aus: Er war in der militanten Anti-Atomkraft-Bewegung engagiert und hatte 1975 einen Brandanschlag auf das Chalet des Bild-Verlegers Axel Springer bei Gstaad ausgeübt. Auf die faschistische Gesinnung von Le Corbusier stiess der studierte Architekt eher zufällig: als er zu Beginn des Jahrtausends für eine Branchenzeitschrift einen Aufsatz über ihren genialen Meisterdenker schrieb. Über seine eigene und Le Corbusiers Vergangenheit äussert sich de Roulet im Gespräch mit der *Weltwoche* gleichermassen kritisch und gelassen. **Seite 54**

Ihre Weltwoche

VALUES WORTH SHARING

«Ich schätze
Vertrauen und
Loyalität –
genauso wie
die LGT.»

Nina van Sprundel, LGT Kundin seit 2015



Private
Banking

lgt.ch/values

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die *Weltwoche* erscheint donnerstags.
Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch,
leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch
Internet: www.weltwoche.ch
Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 346.– (inkl. MwSt.)
Schnupperabonnement Inland Fr. 38.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.),
Beat Gygi (*Wirtschaft*)
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:
Michael Bahnerth, Rico Bandle (*Leitung Kultur*),
Alex Baur, Erik Ebnetter, Katharina Fontana,
Urs Gehrig (*Leitung Ausland*), Hubert Mooser,
Christoph Mörgeli, Florian Schwab,
Roman Zeller (*Volontär*)

Redaktionelle Mitarbeiter:
Miroslav Barták, Peter Bodenmann,
Silvio Borner, Henryk M. Broder,
Peter Hartmann, Pierre Heumann,
Andreas Honegger, Mark van Huisseling,
Hansrudolf Kamer, Peter Keller,
Wolfram Knorr, Wolfgang Koydl,
Franziska K. Müller, Matthias Matussek,
Daniela Niederberger, Linus Reichlin,
Thomas Renggeli, Chris von Rohr,
Peter Ruch, Peter Rüedi,
Thilo Sarrazin, Kurt Schiltknecht,
Beatrice Schlag (*Los Angeles*), David Schnapp,
Claudia Schumacher, Hildegard Schwaninger,
Eugen Sorg, Sacha Verna (*New York*),
Tamara Wernli, Max Wey,
Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),
Kurt W. Zimmermann
Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Layout: Daniel Eggspühler (*Art-Director*),
Karin Erdmann
Bildredaktion: Jasmin Karim (*Assistentin*)
Korrektur: Cornelia Bernegger (*Leitung*),
Viola Antunovits, Renate Brunner,
Nadia Ghidoli, Sandra Noser,
Katharina Dillier, Dieter Zwicky
Sekretariat: Sabine Mähner (*Leitung*),
Inga-Maj Hojajj-Huber

Verlag:
Verlagsleiter: Sandro Gianini
Anzeigenverkauf: Gabriel Lotti, Brita Vassalli
Anzeigen-Innendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Online-Vermarktung: Jonlinio GmbH
Tarife und Buchungen: weltwoche@jonlinio.com

Betriebsleiter: Guido Bertuzzi
Druck: Print Media Corporation, PMC,
Oetwil am See

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.



Aus Liebe zum Dorf, wo die Bienen in einer Villa wohnen.



So stilvoll wie die Bienen in Römerswil LU lebt nicht manches Bienenvolk. Aber für die «Feins vom Dorf»-Spezialitäten geben sie alle ihren besten Honig. Und wie diesen Honig beziehen wir all unsere rund 10 000 «Feins vom Dorf»-Produkte direkt aus dem Dorf und seinen Nachbardörfern. Hergestellt von Produzenten, die wir persönlich kennen. Genauso wie unsere Kundinnen und Kunden. Aus Liebe zum Dorf.

volg.ch/dorfgeschichten

Volg
frisch und fründlich

Giftmischer

Das EU-Rahmenabkommen gegen die «störrischen Schweizer». Von Roger Köppel

Man sollte sich in der Schweizer Politik endlich verabschieden vom naiven Irrtum, die EU sei an möglichst gleichberechtigten bilateralen Beziehungen interessiert. Die EU ist überhaupt nicht an gleichberechtigten Beziehungen mit der Schweiz interessiert. Die EU fordert, seit bald zehn Jahren, die Schweiz möge sich gefälligst dem europäischen Recht samt europäischen Richtern unterstellen. Das Instrument dieser Unterwerfung ist der EU-Rahmenvertrag, den uns die EU mit wachsendem Druck aufnötigen will.

Die Absichten, die hinter diesem Zwangsvertrag stehen, sind bekannt und bestens dokumentiert. Vor ein paar Jahren bezeichnete EU-Chefkommissar Jean-Claude Juncker die Schweiz in einem Interview als «geostrategisches Unding». Ein «Unding» ist ein Ding, das es nicht geben sollte, gemäss Duden ein «Skandal», ein «Schandfleck». Junckers Worte waren nur um Nuancen freundlicher als der berühmte Satz des frühereniranischenPräsidentenAchmadinedschad, der einst versprach, Israel von der Landkarte zu wischen.

Juncker spricht von Freundschaft, aber Freunde bezeichnen ihre Freunde nicht als Schandfleck oder Unding. Wenn sie es trotzdem tun, sind sie keine Freunde, sondern Gegner, Feinde, die ihre wahren Absichten hinter falschen Worten verstecken. Junckers Freundschaft ist Knechtschaft, verpackt in ein Rahmenabkommen, dessen Nichtannahme durch die Schweiz unfreundliche Strafen und Diskriminierungen seitens der EU bewirken würde.

Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich dir den Schädel ein.

Weniger charmant und rotweinbeschwingt als bei Juncker klingt es bei Manfred Weber, dem kantig-strammen CSUler und hochoffizieller Bewerber der Europäischen Volkspartei für die Juncker-Nachfolge im EU-Kommissions-Präsidium. Weber hielt kürzlich an einer Kadertagung eine Rede. Was er dort über die Schweiz zu sagen hatte, klang nicht wie eine Liebeserklärung, es klang auch nicht nach Bayern. Es klang eher nach Brüssel, nach Preussen und Pickelhaube.

Er werde die Schweizer «Sonderrolle» nicht mehr länger dulden, dekretierte Weber laut der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*. Von Brüssel profitieren und dauernd über Brüssel schimpfen, das sei keine akzeptable Haltung.



Brüssel, Preussen, Pickelhaube: Weber, Juncker.

Man werde in der EU andere Saiten aufziehen müssen gegen «die störrischen Schweizer».

Nein, die Leute an der EU-Spitze sind nicht an der Fortführung gleichberechtigter bilateraler Beziehungen interessiert. Sie sehen die Schweiz nicht als Freund, sondern als parasitären Trittbrettfahrer, als «Rosinenpicker». Sie ärgern sich über Volksentscheide, die ihnen nicht passen und in der EU Begehrlichkeiten wecken. Sie wollen die Schweiz unter die EU-Haube bringen. Fertig mit der «Sonderrolle».

Es ist gleichgültig, ob wir diese Sichtweise für richtig oder für falsch halten. Wir sollten die EU-Spitzenfunktionäre aber ernst nehmen in ihren Aussagen und Absichten. Sie wollen keine Fortsetzung des «bilateralen Wegs» auf Augenhöhe. Sie wollen befehlen,

die Schweiz soll gehorchen. Sie wollen etwas Neues, sie wollen den institutionellen Rahmenvertrag.

Der Bundesrat redet sich ein, redet der Schweiz ein, der EU-Rahmenvertrag sichere die gleichberechtigten bilateralen Beziehungen. Der Bundesrat behauptet, das institutionelle Abkommen sei im Interesse der Schweiz. Was für ein Unsinn. Entweder der Bundesrat nimmt Brüssel nicht ernst, oder er will die Schweizerinnen und Schweizer für dumm verkaufen.

Der Rahmenvertrag ist Ausdruck des erklärten EU-Willens, das politische «Unding» Schweiz zu beseitigen, die «Sonderrolle» zu beenden. Das institutionelle Abkommen installiert die EU als neuen Gesetzgeber in der Schweiz, und zwar überall dort, wo es aus Sicht der EU «binnenmarktrelevant» ist. Was «binnenmarktrelevant» ist, entscheidet die EU. Binnenmarkt betrifft alles: Steuern, Zuwanderung, Arbeitsmarktgesetze, Sozialwerke. Im Streitfall entscheiden EU-Richter. Widersetzt sich die Schweiz, darf die EU Strafsanktionen gegen die Schweiz verhängen.

Das gab es seit der Gründung des Bundesstaats, ja seit der Eroberung der Eidgenossenschaft durch Napoleon noch nie: Die rechtmässige Schweizer Regierung überträgt einer auswärtigen Macht die Befugnis, die Schweizer Stimmbürger zu bestrafen, wenn sie anders abstimmen, als es die auswärtige Macht verlangt.

Der Rahmenvertrag ist also nicht nur ein Fremdbestimmungs- und Unterwerfungsvertrag. Er ist darüber hinaus auch ein Bestrafungsvertrag. Er schreibt die Regeln fest, unter denen sich die Stimmbürger in den Augen einer fremden Macht strafbar machen durch die Inanspruchnahme ihrer demokratischen Volksrechte.

Unter dem Rahmenvertrag gilt: Wer an Abstimmungen teilnimmt und nicht so abstimmt, wie es die EU will, begeht eine Regel-, eine Rechtsverletzung, handelt kriminell. Mit diesem Rahmenabkommen kriminalisiert der Bundesrat auf Druck des Auslands sein Volk.

Haben sie in Bern eigentlich komplett den Verstand verloren?

Ja, es ist eine Verschwörung gegen den Schweizer Stimmbürger, gegen die direkte Demokratie im Gang. Früher waren die Bundesräte immerhin ehrlich. Sie gaben zu, das Ziel der Schweizer EU-Verträge sei der EU-Beitritt. Heute behaupten sie wahrheitswidrig, das Rahmenabkommen sichere die Unabhängigkeit, obwohl das Gegenteil der Fall ist.

Hausärzte, die ihren Patienten wider besseres Wissen die falsche Medizin verschreiben, verlieren ihre Zulassung. Politische Giftmischer können polizeilich nicht belangt werden. Sie müssen an den Abstimmungsurnen gestoppt werden. Solange es die Abstimmungsurnen noch gibt.

Qualität ist nicht unser Anspruch, sondern eine Selbstverständlichkeit.

Ihre Privatklinik für Chirurgie und individuellen Service. pyramide.ch

Spitze für Sie.



Bio: hat seinen Preis. Seite 30



Debakel: Regierungsrätin Roth. Seite 12



«Er hatte schon viel früher, in den dreissiger Jahren, mit den Faschisten paktiert.»

Daniel de Roulet über Le Corbusier. Seite 54

Titelgeschichte

42 **Bianca Sharma** Sie wusste von nichts und erbte Hunderte Millionen

Kommentare & Analysen

- 5 Editorial
- 9 Kommentare
Grün war die Hoffnung
- 10 Sport Fussball-McKinseys
- 10 Justiz Opfer überall
- 11 **Eilmeldung** Komplott gegen Blatter?
- 12 **Kopf der Woche** Franziska Roth
- 20 **Essay der Woche** Höfliche Verfolgung
- 22 **Lebensläufe** Hannes Keller
- 24 **Mörgeli** Mächtig wie der liebe Gott
- 24 **Bodenmann**
Vermisst wird die «Solar Vision»
- 25 **Medien** Hau den Lukas
- 25 **Die Deutschen** Robocop

Inland

- 28 **Verhängnisvolle Versetzung**
Gesetzeswidrigkeit im VBS
- 30 **Wie reich muss ich sein, um Grün zu wählen?**
So viel kostet die Öko-Politik
- 36 **Was braucht ein Toter noch ein Herz**
Initiative drängt zum Organspenden
- 38 **Kriegskassen der Weltretter**
600 Millionen gegen den Klimawandel

Ausland

- 46 **Flüchtige Ikonen** Alaa Salah, Hoffnungsträgerin im Sudan
- 48 «Krieg gegen die Kreuzfahrer»
Nach dem Attentat in Sri Lanka
- 51 **Inside Washington** Senioren-Wahl

Wirtschaft & Wissenschaft

- 16 **Geld, Kunst und Politik**
Die Kielholz-Saga
- 32 **Paul-Scherrer-Institut**
Mesots heikler Protonen-Deal
- 34 **Vor der eigenen Türe kehren**
Die Schweiz mischt sich ein
- 34 **Einspruch**
Falsches Ziel
- 40 **Einfach unverkäuflich**
Weshalb Genossenschaften besser sind
- 50 **Sterben die Weissen aus?**
Gewagte Prognosen eines Linken Wissenschaftlers

Kultur & Gesellschaft

- 52 **Ikone der Woche**
Britney Spears
- 54 **Geschichte**
Le Corbusiers Schattenwurf
- 58 **Hannelore Elsner**
Eine letzte Umarmung

Rubriken

- 9 **Im Auge** Virginia Raggi
- 14 **Personenkontrolle**
- 15 **Nachruf** Martin Böttcher
- 26 **Darf man das?**
- 26 **Leserbriefe**
- 27 **Fragen Sie Dr. M.**
- 60 **Die Bibel** Nationalheilige Steine?
- 60 **Kino** «Ash Is Purest White»
- 61 **Knorrs Liste**
- 61 **Jazz** Yves Theiler Trio
- 62 **Thiel** Sozialzirkus
- 62 **Namen** Ein Zürcher in New York
- 62 **Fast verliebt** Ehe-Einmaleins
- 63 **Unten durch** Soli-Brot
- 64 **Wein** John Wayne und Marcello Mastroianni
- 64 **Salz & Pfeffer**
Elsässisch, aber elegant
- 65 **Auto**
Aston Martin Vantage
- 66 **Tamaras Welt**
Frigide Spassbremsen

EIN BLICK SAGT ALLES.

DER NEUE RANGE ROVER EVOQUE



ABOVE & BEYOND



Der neue Range Rover Evoque fühlt sich auf unbefestigten Wegen genauso wohl wie in der Stadt und legt dabei die Leistungsfähigkeit eines echten Land Rover an den Tag. Sein Design weiss auf den ersten Blick zu gefallen, wobei seine unverkennbare Silhouette an ein Coupé erinnert. Mit seinen dynamischen Matrix-LED-Scheinwerfern und den animierten Blinklichtern setzt er in jeder Umgebung stilsichere Akzente. Sie sehen schon, der Evoque ist ein wahrer Blickfang.

Jetzt bei Ihrem Land Rover Fachmann Probe fahren.

landrover.ch

Sunrise

Die Nummer 1 für 3 Millionen.



Ein wichtiger Teil von SWISS: Sunrise.

Die Fluggesellschaft der Schweiz setzt auch bei der Kommunikation auf beste Schweizer Qualität. Darum telefonieren und surfen rund 1500 Mitarbeitende von SWISS mit dem überragenden Netz von Sunrise. Mehr über unsere Lösungen für Geschäftskunden auf sunrise.ch/business

**FIRST
ON 5G**

Grün war die Hoffnung

Von Erik Ebneter — Petra Gössi wollte per Mitgliederbefragung die Partei einen und auf ihren ökologischen Kurs trimmen. Tatsächlich hat sie damit die Risse im Freisinn erst deutlich gemacht.



Neue Fragen: FDP-Präsidentin Gössi.

Es wäre die Nachricht der Woche gewesen: «FDP-Basis will neue Atomkraftwerke». Aber der *Sonntagsblick* entschied sich, die Schlagzeile nicht zu bringen. Stattdessen hiess es: «FDP-Basis will grüner werden. Triumph für Petra Gössi bei Mitgliederbefragung». Das Foto einer strahlenden Präsidentin («darf sich bestärkt fühlen») und Kuchendiagramme mit deutlichen Mehrheitsverhältnissen illustrierten den Artikel.

Die Vorgeschichte ist schnell erzählt: Freisinnige Nationalräte hatten sich im Winter gegen eine Flugticketabgabe und tiefere CO₂-Emissionsziele im Inland ausgesprochen, was Jugendliche, die für eine strengere Klimapolitik demonstrieren, zum Spruch veranlasste, «FDP» stehe für «Fuck de Planet». Parteipräsidentin Gössi wollte dieses Image korrigieren. Sie erklärte im *Tages-Anzeiger*, «dass der Umweltschutz eigentlich zur DNA des Freisinns gehört», und teilte mit, sie werde eine Mitgliederbefragung zum Thema durchführen lassen.

Das Ergebnis ist inzwischen bekannt, und es ist in den Fragen, die Gössi wichtig waren, tatsächlich so eindeutig, wie es der *Sonntagsblick* vermeldete. Zwar retournierte nur rund jedes zehnte Parteimitglied den Umfragebogen, aber 78 Prozent davon gaben an, die FDP solle sich «eher mehr» oder «viel mehr» für Klima- und Umweltschutz engagieren. Mit

einer Flugticketabgabe zeigten sich 73 Prozent «eher» oder «sehr einverstanden». Und 60 Prozent wünschen sich, die Schweiz würde ihren CO₂-Ausstoss auch im Inland reduzieren. Dass Petra Gössi damit einen «Triumph» feierte, kann trotzdem nur behaupten, wer ein wichtiges Resultat unerwähnt lässt.

Alle sagen, alles sei klar

Als Gössi im Februar ihre Initiative ankündigte, versicherte sie: «Selbstverständlich werden wir die Anliegen der Basis aufnehmen.» Nun zeigt sich: 56 Prozent dieser Basis sind «eher» oder «sehr einverstanden», neue Atomkraftwerke zu bauen. Der *Sonntagsblick* unterschlug dieses Ergebnis kurzerhand. Erst der *Tages-Anzeiger* und vor allem *Nau.ch* berichteten am Montag über das spaltende Potenzial der Atompolitik im Freisinn.

Und was sagt Gössi? Vorerst gar nichts. Im Februar erklärte sie noch: «Die Meinung der FDP ist klar: Wir unterstützen die Energiewende und fordern keine neuen AKW. Diese Diskussion ist abgeschlossen und auch aus der Luft gegriffen.» Stattdessen redet jetzt Hans-Ulrich Bigler, freisinniger Nationalrat und Präsident des Nuklearforums Schweiz: «Die Botschaft der Basis ist klar: Wir wollen saubere Energie, deshalb wollen wir auch ein Comeback der Atomkraft.» Anders formuliert: Alle sagen, alles sei klar. Nur was genau?

Wenn es um Umwelt-, Klima- und Energiepolitik geht, ist die FDP eine gesplante Partei (und nicht nur dort). Das zeigte sich vor zwei Jahren in der Abstimmung über die Energiestrategie 2050, als die eine Hälfte dafür und die andere Hälfte dagegen votierte. Die Risse von damals schienen rechtzeitig zum Wahljahr gekittet, da verfügte Petra Gössi per Interview eine Mitgliederbefragung, deren Ergebnisse vor allem neue Fragen aufwerfen.

Freisinnige, die grossen Wert auf klare Antworten legen, werden sich deshalb umsehen: Wer Atomstrom gut findet, wird vielleicht die SVP wählen; wer Steuern auf Flugtickets wünscht, die Grünliberalen unterstützen. Man kann es drehen und wenden, wie man will: Ein Atomkraftgegner wird Atomkraft nie als «saubere Energie» (Bigler) akzeptieren.

Dass die FDP in diesen Fragen uneins ist, ist nichts Neues. Dass sie nun vor einer weiteren Zerreißprobe steht, schon eher. Das Umfrageergebnis ist für Petra Gössi bestimmt kein «Triumph», mögen die Schlagzeilen noch so hoffnungsvoll davon künden.

Schöne Schärpe



Virginia Raggi, Bürgermeisterin Roms.

In die Politik ging die junge Rechtsanwältin mit dem Madonnengesicht damals, als sie ihren Kinderwagen waghalsig an den Kratern und Schründen der römischen Mondlandschaft vorbeimanövrieren musste. Sie und ihr Mann traten einem Nachbarschaftskomitee bei. Und das hat sie nun davon. Als Bürgermeisterin der Protestpartei Cinque Stelle des Komikers Beppe Grillo verwaltet Virginia Raggi, 40, seit 2016 mit der dekorativen grün-weiss-roten *sindaco*-Schärpe umwickelt, im Campidoglio, den Michelangelo entwarf, hilflos das monströse Schuldenloch von 12 Milliarden Euro der unregierbaren Ewigen Stadt. Und keinem Menschen wurden, spottet die Zeitung *Il Foglio*, je so viele rechte Hände amputiert wie ihr. Ihre engste persönliche Beraterin und ihren Personalchef musste sie wegen Mauseheleien entlassen, der Präsident des Stadtparlaments und Parteikollege Marcello De Vito sitzt wegen Korruptionsgeruchs in U-Haft.

Rom überquillt von stinkenden Abfallhaufen. Jeder Tag ist ein kleiner Weltuntergang. Die U-Bahn fällt immer wieder aus, vor allem im Zentrum. 40 Prozent der Busse bleiben kaputt im Depot, die Belegschaft schwänzt den Dienst. Die Schulzimmer werden von Eltern eingerichtet. Weil die Stadt nicht mehr zahlt, wird nichts gebaut oder repariert. «Roma ladrona», reimte der Lega-Gründer Umberto Bossi. Rom, die Diebin. Den Cinque Stelle fiel jetzt der Zaubertrick ein: Die Riesendefizite Roms soll einfach der Staat schlucken wie eine «bad company» (Raggi). Darüber droht Italiens Regierungskoalition der Cinque Stelle und der Lega zu platzen.

Sie habe eine «anima di Croce Rossa», die Mentalität einer eine Rotkreuzschwester, sagt die Regierende. Vor einem Jahr wurde sie beim Frühlingsfest im Circo Massimo händchenhaltend im Gras sitzend mit ihrem Ehemann Andrea Severini gesehen, einem Radio-Tontechniker. Sie kennen sich seit Jugendzeiten, galten jedoch seit Virginias Amtsantritt als getrenntes Krisenpaar, wenn auch unter dem gleichen Dach lebend. *La vita è bella*, vielleicht auch in Rom. Kandidieren will sie 2021 nicht mehr. Peter Hartmann

Fussball-McKinseys

Von Thomas Renggli — Kann das Basler Dreamteam Heusler/Heitz die Grasshoppers retten?



Ideallinie: Bernhard Heusler (l.), Georg Heitz.

In Basel steht Bernhard Heusler, 55, bereits auf einem Denkmalsockel. In seiner Zeit als Präsident gewann der lokale Fussballklub acht Meistertitel in Serie. Tempi passati. Seit Heusler und sein Mitstreiter Georg Heitz, 49, vor zwei Jahren abgetreten sind, haben sich die Kräfte im Schweizer Fussball in Richtung Bern verschoben. Das Duo Heusler/Heitz aber befindet sich weiterhin auf Erfolgskurs. Mit der Beraterfirma Heusler Werthmüller Heitz AG hat es eine Marktlücke gefunden – Krisenmanagement im Schweizer Fussball. Jetzt übernehmen ausgerechnet die beiden Basler beim abgestürzten Rekordmeister GC die Verantwortung. Auf Mandatsbasis sollen sie bis im Juni den Scherbenhaufen aufräumen und die personellen Strukturen für die Zukunft legen.

Ob die Fussball-McKinseys den in fünf Jahren angerichteten Schaden unter Stephan Anliker beheben können? Eher nicht. Bei ihrem ersten publikumswirksamen Mandat – bei der Analyse des Schweizerischen Fussballverbands (SFV) – erzeugten die beiden auf jeden Fall mehr Rauch als Feuer. Nach drei Monaten und siebzig Interviews kamen sie zum Schluss, dass der SFV professionelle Strukturen und die Nationalmannschaft einen vollamtlichen Manager braucht.

Geschäftlich ist das Basler Dreamteam aber auf der Ideallinie. Denn eher früher als später dürften auch andere Schweizer Fussballvereine seine Dienste beanspruchen: beispielsweise der FC Zürich, der seine Führungskräfte in einen Benimmkurs schicken will, oder der FC St. Gallen, der vor lauter grün-weisser Euphorie das Tor nicht mehr sieht, oder der FC Luzern, der nach der verspielten Cup-Final-Qualifikation wieder auf Feld eins steht. Wäre die Super League ein Videospiel, an der Gamekonsole sässen immer die Gleichen – und würden quasi gegen sich selber spielen.

Opfer überall

Von Katharina Fontana — Homosexuelle dürfen nicht wegen Diskriminierung klagen, wenn sie bei einer Anstellung übergangen werden. Das sagt das Bundesgericht. Dabei wird es aber kaum bleiben.

In der Schweiz grassiert eine neue Volkskrankheit: die Diskriminierung. Landauf, landab befällt sie immer mehr Leute. Die Betroffenen fühlen sich von ihrer Umwelt ungerecht behandelt, in empörender Weise benachteiligt – diskriminiert eben. Das Leiden betrifft Junge und Alte, In- und Ausländer, es betrifft Minderheiten wie Homosexuelle oder Mehrheiten wie Frauen. Das spürt auch die Justiz, denn eine Diskriminierung – oder das, was man dafür hält – nimmt man heute nicht mehr einfach so hin, sondern man bekämpft sie vor dem Richter. Fordert finanzielle Genugtuung und Bestrafung. Und das immer häufiger.

Die Klagen wegen einer (vermeintlichen) Diskriminierung eröffnen ein neues weites Rechtsfeld. Deshalb erstaunt es nicht, dass es namentlich unter Anwälten und Rechtsprofessoren eine starke Tendenz gibt, die Grenzen dessen, was als Diskriminierung anzusehen ist, immer weiter zu ziehen. Das zeigt sich beispielhaft an einem Präzedenzfall, den das Bundesgericht dieser Tage entschieden hat. Konkret ging es um einen Mann, der bei der Gruppe Verteidigung als Einheitskommandant eine befristete Stelle angetreten hatte und dessen Anstellung nach Ablauf nicht verlängert wurde. Die Armeeverantwortlichen begründeten dies damit, dass die entsprechende Zeitmilitärstelle aufgehoben worden sei. Der Mann hingegen erachtete das als blossen Vorwand: Ihm sei die Anstellung allein wegen seiner Homosexualität verweigert worden. Die Gruppe Verteidigung habe ihn aufgrund seiner sexuellen Orientierung diskriminiert, deshalb stehe ihm ein Anspruch auf eine Genugtuung von mindestens 20 000 Franken zu; so sehe es das Gesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann im Erwerbsleben vor.

Politischer Weg?

Ob die Armeeschwulenfeindlich gehandelt hat, wie der Ex-Militär behauptet, dieser Frage gehen die Lausanner Richter nicht nach. Sie erachten die Beschwerde in ihrem Grundsatzurteil nämlich von vornherein als unzulässig. Der Mann könne sich nicht auf das Gleichstellungsgesetz berufen, da es vorliegend nicht um seine Eigenschaft als Mann gehe, sondern um seine sexuelle Orientierung. Eine Diskriminierung wegen der Sexualität sei vom Gleichstellungsgesetz nicht erfasst. Anders gesagt: Wer meint, dass ein Arbeitgeber ihn wegen seiner sexuellen Vorlieben nicht anstellt, hat keine Möglichkeit, sich gestützt auf das Gleichstellungsgesetz zu

beschweren und eine Entschädigung zu fordern. Er kann dies nur dann tun, wenn er sich aufgrund seines Geschlechts – als Mann oder als Frau, als Intersex- oder als Transmensch – im Erwerbsleben benachteiligt fühlt.

Der Versuch, das Klagerecht wegen beruflicher Diskriminierung auf Homosexuelle auszudehnen, ist damit vor Bundesgericht gescheitert. Dabei wird es aber kaum bleiben. Man kann davon ausgehen, dass die Homosexuellen-Organisationen und ihre Unterstützer nun versuchen werden, das Anliegen auf politischem Weg einzuführen. Sie wären nicht die Einzigen: Auch die älteren Berufstätigen fühlen sich in der Arbeitswelt zunehmend benachteiligt und fordern ein umfassendes Diskriminierungsverbot aufgrund des Alters; dieses Ziel will die Alterslobby mit einer Volksinitiative erreichen, die demnächst lanciert werden soll. Wie weit das Diskriminierungsverbot am Ende ausgreifen und wie viele «Opfergruppen» es umfassen wird, weiss man nicht. Doch man kann sich unschwer vorstellen, wie kompliziert das Arbeitsleben wird, wenn bald jeder wegen irgendeiner gefühlten Ungleichbehandlung vor Gericht ziehen darf. Man möchte jedenfalls nicht Personalchef sein, wenn man eine Stelle zu besetzen hat und sich eine Frau, ein Homosexueller und ein älterer Kandidat – alle potenzielle Diskriminierungsopfer – darauf bewerben.



Wir kompliziert wird es?

Komplott gegen Blatter?

Von Philipp Gut — Bundesanwalt Michael Lauber steht wegen eines verschwiegenen Geheimtreffens mit Fifa-Präsident Gianni Infantino mit dem Rücken zur Wand. War die Aktion gegen Infantino-Vorgänger Joseph Blatter gerichtet?



Wem nützt es, das Verfahren gegen den Ex-Fifa-Präsidenten in der Schwebe zu halten?

Es hätte sein grosser Fall werden sollen, doch jetzt droht er selbst darüber zu stolpern. Bundesanwalt Michael Lauber hat die Ermittlungen gegen den Weltfussballverband Fifa und dessen ehemaligen Präsidenten Joseph «Sepp» Blatter zur Chefsache gemacht. So sehr, dass er sich mehrmals zu geheimen Treffen mit Blatters Nachfolger Gianni Infantino hinreisen liess. Eines dieser Treffen war sogar so geheim, dass es Lauber im Rahmen einer offiziellen Untersuchung der Vorfälle verschwieg. Nun ist ihm der ausserordentliche Staatsanwalt Damian K. Graf auf die Schliche gekommen. Lauber, der bald vom Parlament in seinem Amt bestätigt werden muss, ist durch die Aufdeckung seiner teilweise uneingestanden Geheimgesprächen von allen Seiten unter Beschuss geraten. Hanspeter Uster, Präsident der Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft, hat den obersten Schweizer Ermittler letzte Woche öffentlich gerügt: «Informelle Treffen kann man machen, aber nachher muss man sie mindestens aktenmässig formalisieren.» Parlamentarier verschiedener Parteien stellen jetzt Laubers glatte Wiederwahl in Frage.

Die Details zu dieser delikaten Angelegenheit sind der von Graf erlassenen Einstellungsverfügung in der Strafsache gegen den Walliser Staatsanwalt Rinaldo Arnold zu entnehmen. Arnold ist ein alter Freund von Fifa-Präsident

Infantino und hat diesem einen privilegierten Zugang zu Bundesanwalt Lauber verschafft. Im Gegenzug erhielt er Geschenke in der Höhe von 20 000 Franken, wie Graf zusammenrechnet. Darunter waren Einladungen an die Fussballweltmeisterschaft in Russland, an einen Fifa-Kongress in Mexiko oder an den Champions-League-Final im Jahr 2016 in Mailand, jeweils samt Flug und Übernachtungen. Gegen Arnold wurde deshalb wegen Vorteilsannahme und eventuell passiver Bestechung ermittelt. Graf lässt Arnold zwar laufen, weil er die Geschenke an ihn als Freundesdienst wertet und sie in keinem «funktionalen Konnex» zu seiner Amtsführung als Walliser Staatsanwalt stünden. Schliesslich werde gegen die Fifa nicht im Wallis ermittelt. Das ist zweifellos korrekt. Aber Arnold ist in dieser brisanten Konstellation auch nur der kleinste Fisch. Sprengstoff birgt die Untersuchung vor allem für Bundesanwalt Lauber.

Dubioses Verhalten

Das verheimlichte Geheimtreffen fand am 16. Juni 2017 in Bern statt. Anlässlich seiner Einvernahme vom 26. Februar 2019 konnte sich Arnold jedoch nicht mehr daran erinnern. Auch Infantino wollte nichts davon wissen, sich an diesem Datum mit dem Bundesanwalt getroffen zu haben. Gleich verhielt sich die

Bundesanwaltschaft: Sie erwähnte dieses Treffen ebenfalls nicht. Erst «auf ergänzendes Ersuchen» gab sie dann zu, dass es stattgefunden habe. Den Beweis liefert eine SMS von Arnold an Bundesanwaltsprecher André Marty kurz vor der Zusammenkunft. Infantinos Zug habe Verspätung, heisst es darin. «Wir werden ein paar Minuten später da sein. Bis gleich.» Alle drei – Lauber, Infantino, Arnold – haben also entweder unter einem akuten Gedächtnisschwund gelitten oder beschlossen, die Unwahrheit zu sagen.

Damit rückt die Frage nach den Gründen für dieses dubiose Verhalten in den Fokus. Was erhoffte sich Infantino durch die Türöffnerdienste seines Briger Freundes Arnold bei Bundesanwalt Lauber? Diese Frage ist wohl nicht ohne einen weiteren weltberühmten Walliser zu beantworten: Joseph Blatter. Man braucht kein Verschwörungstheoretiker zu sein, um auf ein paar interessante Zusammenhänge zu stossen. Blatter wurde nämlich von der Fifa Knall auf Fall suspendiert, nachdem die Bundesanwaltschaft im September 2015 ein Verfahren gegen ihn eröffnet hatte. Es ging um eine Lohnzahlung an Blatters ehemaligen Mitarbeiter Michel Platini. Bis heute haben die entsprechenden Ermittlungen der Bundesanwaltschaft nichts Illegales zutage gefördert. Blatter ist auch nie mehr einvernommen worden. Das Verfahren dümpelt ungebührlich lange vor sich hin. Die jüngste Verzögerung ergab sich durch einen sonderbaren Missgriff der Bundesanwaltschaft: Sie übertrug die Untersuchung gegen Blatter Thomas Hildbrand, der wie Blatter aus Visp stammt und sogar mit dessen Familie verwandt ist. Blatter hat deshalb ein Gesuch um Ausstand gestellt, sonst käme schnell der Verdacht der Befangenheit auf. Das Wallis ist überall.

Fragt man weiter, wem es nützen könnte, das Verfahren gegen den Ex-Fifa-Präsidenten in der Schwebe zu halten, kommt man schnell einmal auf seinen Nachfolger Infantino. Der alte und der neue Herrscher über den Weltfussball befinden sich im Dauerclinch, denn Blatters Abgang ist auch Jahre später noch immer nicht geregelt. Mehr noch: Er ist als Präsident gar nie abgewählt worden, wie es die Statuten verlangen. Würde die Bundesanwaltschaft Blatter reinwaschen, könnte er seine Suspension durch die Fifa anfechten, die ihrerseits einzig und allein auf der Verfahrenseröffnung durch die Bundesanwaltschaft beruht.

Vor diesem Hintergrund wäre es durchaus denkbar, dass Infantino die geheimen Treffen mit Lauber auch dazu benützte, sich ein passantes Bild gegen eine Einstellung des Verfahrens gegen Blatter auszusprechen. Beweisen lässt sich dies nicht. Bundesanwalt Lauber hat ja wohlweislich nichts protokollieren lassen. Es würde allerdings nicht erstaunen, wenn die Auseinandersetzung der Walliser Alphatiere demnächst weiter eskalierte.

Diagnose: unfähig

Von Alex Baur — Das Debakel um Regierungsrätin Franziska Roth zeugt von Führungsversagen und Personalproblemen bei der Aargauer SVP. Der Fall ist ein Lehrstück über politische Fallen und Fehleinschätzungen.

Der Vorgang war einzigartig, zumal für den harmoniefreudigen Aargau. Kaum hatte Regierungsrätin Franziska Roth letzte Woche ihren Austritt aus der SVP erklärt, reagierte die Parteileitung mit einem scharfen «*mea culpa*». Nein, man hat sich nicht politisch auseinandergelebt, was ja gelegentlich vorkommt. Roth sei schlicht nicht in der Lage, ihr Amt zu führen, heisst es in der Verlautbarung mit dem Titel «*Hoffnungslos*» sinngemäss. Parteipräsident Thomas Burgherr entschuldigt sich bei den Wählern in aller Form dafür, vor gut zwei Jahren die Falsche zur Wahl empfohlen zu haben.

Es ist eine doppelte Bankrotterklärung: Unfähig ist offenbar nicht nur Roth, sondern auch die Parteileitung. Nun kann man Letzterer zwar zugutehalten, dass sie wenigstens zu ihrem eigenen Versagen steht. Doch es ändert nichts am Befund. Die irren Kokain- und Falschgeldpistolen um Nationalrat Luzi Stamm und das Melodrama um den Sesselkleber Maximilian Reimann weisen darauf hin, dass Roth kein Einzelfall ist. Die wählerstärkste Partei des Aargaus hat offenkundig nicht nur ein Personal-, sondern auch ein gröberes Führungsproblem. Und das ausgerechnet im Wahljahr 2019.

Diffuse Vorwürfe

Was Franziska Roth konkret vorgeworfen wird, bleibt nebulös. Sie hat nicht in irgendeine Kasse gegriffen oder sonst gegen ein Gesetz verstossen. Sie sei unnahbar und sprunghaft, wird kolportiert, führungsschwach und konzeptlos, desinteressiert und desinformiert – einfach unfähig, um es auf den Punkt zu bringen. Doch «*Unfähigkeit im Amt*» ist kein Entlassungsgrund für eine gewählte Regierungsrätin. Ob sie wirklich so heillos überfordert ist, entscheidet allein der Wähler. Und zwar frühestens im Herbst 2020, falls Roth so lange durchhält und erneut antritt.

Es fällt allerdings auf, dass die Unfähigkeitsatteste aus allen politischen Himmelsrichtungen auf sie niederprasseln und insbesondere aus jenen Kreisen, die der Frau einst am nächsten standen. Mit Ideologie scheint es für einmal wenig zu tun zu haben. Ob Politik, Verwaltung, Medien, alle scheinen sich einig zu sein: Roth kann nicht regieren, selbst wenn sie wollte. Allein die Masse der diffusen Vorwürfe beweist natürlich nichts. Gerade wenn die Medien mitmischen, können sich Petitesse zu einem Hype hochschaukeln. Doch selbst wenn dem so wäre: Wer eine derartige Dynamik nicht anti-



Sie will es jetzt ganz allein schaffen: Regierungsrätin Roth.

zipieren und parieren kann, ist in der Exekutive fehl am Platz.

Das Trauerspiel nahm seinen Anfang im Frühling 2016 als mathematische Knacknuss. Im Herbst standen kantonale Wahlen an, die SVP verlangte nach einem zweiten Sitz in der fünfköpfigen Regierung, der ihr rein arithmetisch zustand. Da FDP, SP und CVP angemessen vertreten waren, kam nur ein Angriff auf Susanne Hochuli (Grüne) in Frage. Das passte zwar politisch, hatte die SVP die Grünen doch schon lange im Visier. Es galt indes, zwei Komplikationen zu berücksichtigen. Erstens war Hochuli die einzige Frau in der Regierung, und diese Quote galt selbst im konservativen Aargau als unantastbar; zweitens war sie über die Parteigrenzen hinaus bekannt und respektiert.

SVP-Präsident Thomas Burgherr, ein Unternehmer mit politischer Erfahrung, wäre am liebsten selber angetreten. Doch er hatte das falsche Geschlecht. In der Partei gab es zwar eine Reihe von Frauen mit dem nötigen Rüstzeug, doch ihnen fehlte die Bekanntheit, um gegen die populäre Hochuli bestehen zu können. Das galt zwar erst recht für Franziska Roth, auf die man sich schliesslich einigte. Sie verfügte nicht einmal über politische Erfahrung. Dafür politisierte Roth stramm auf Parteikurs, und sie hatte vor allem den richtigen Beruf: Richterin. Richter gelten hierzulande als seriös. Das war der perfekte Mix für die Galerie. Mit der Gefahr, dass sie auch gewählt würde, rechnete damals niemand.

Als Hochuli kurz vor den Wahlen im Herbst 2016 ihren Verzicht erklärte, wurde die Farce zum Thriller. Bei der SVP hatte man längst erkannt, dass Franziska Roth nicht nur das Know-how fehlte, sondern, viel schlimmer, auch das politische Talent. Die wenigen Wahlveranstaltungen, zu denen sie sich mit Mühe und Not überreden liess, offenbarten ihre Defizite überdeutlich. Von den brennenden

kantonalen Themen hatte sie keine Ahnung, und sie traf auch keinerlei Anstalten, etwas daran zu ändern. Es schien fast so, als hoffte sie selber darauf, nicht gewählt zu werden.

Nach dem ersten Wahlgang blieben drei Kandidatinnen für Hochulis Erbe. Die Sozialdemokratin Yvonne Feri war aus bürgerlicher Sicht unwählbar, zumal die 18-Prozent-Partei mit Urs Hofmann bereits einen prominenten Vertreter in der Regierung hatte.

Mit Maya Bally hatte die Mitte zwar eine valable Kandidatin, doch sie gehörte der BDP an, deren Wähleranteil gerade auf 2,7 Prozent geschrumpft war. Ballys Wahl wäre ein Affront gegen die SVP gewesen. Die Freisinnigen unterstützten Franziska Roth deshalb zähneknirschend, die CVP beschloss Stimmfreigabe.

Roths Schwächen blieben auch ihren Gegnern nicht verborgen. Es gab sogar SVP-Politi-

ker, etwa die Lenzburgerin Myrtha Dössegger, die offen auf Bally setzten. Christian Dorer, damals noch Chefredaktor der *Aargauer Zeitung* (heute *Blick*), legte sich mächtig ins Zeug gegen Roth und für Bally. Spätestens als dann auch noch die unvermeidliche Christine Egerszegi (FDP) für die BDP-Kandidatin weibelte, dämmerte jedoch dem einen oder anderen: Je heftiger auf Roth eingedroschen wurde, desto mehr bürgerliche Wähler solidarisierten sich mit der Frau. Und das bedeutete: Die unbekanntere Quereinsteigerin wurde mit einem klaren Vorsprung gewählt.

Ihr Beruf dürfte bei der Wahl eine entscheidende Rolle gespielt haben. Hier liegt vielleicht das grösste Missverständnis. Denn all das, was es zum Regieren braucht – sich einmischen, Verantwortung an sich reissen, eine Position verteidigen, Konflikte austragen, für eine Sache kämpfen und mit den ärgsten Kontrahenten einen Deal ausbaldornern, schnell und intuitiv entscheiden –, all das meidet ein Richter in der Regel. Und hier liegt wohl das Kernproblem: Franziska Roth schaffte den Sprung aus der geschützten Juristenwerkstatt in den realen, rauen Politalltag nicht.

Abschätzige Äusserungen

Es war ein Absturz mit Ansage. Anstatt die wenigen Wochen bis zur Amtsübergabe zu nutzen, meldete sich Franziska Roth erst mal in die Ferien ab. Anstatt sich von Hochuli in die Geheimnisse des Apparates einweihen zu lassen, mied sie diese stur. Kaum im Amt, brachte sie mit abschätzigen Äusserungen über ihre Vorgängerin nicht nur das Personal, sondern auch das halbe Parlament gegen sich auf. Wer ohne Not als Greenhorn so einfährt, mutet sich selber einiges zu.

Ihre Förderer mögen darauf spekuliert haben, dass Franziska Roth an ihrer Aufgabe wachsen würde. Doch nicht jeder lernt mit dem Sprung ins Wasser automatisch schwimmen. Die meisten strampeln und mogeln sich irgendwie durch. Und dann gibt es jene, die den «toten Mann» spielen, um beim Bild zu bleiben, und wild um sich schlagen, wenn ihnen einer helfen will. Roth gehört, wenn man ihren einstigen Wegbegleitern glaubt, zu den Letzteren.

Die Divisionsfahne, die Roth über ihrem Bürotisch aufhängte, steht sinnbildlich für ihre Präferenzen wie auch ihren Führungsstil. Nur ist das Militär bloss ein Anhängsel in ihrem Departement. Die echten Herausforderungen stellen sich im Asyl- und vor allem im Gesundheitswesen. Hier stehen anspruchsvolle Grossprojekte an, unter ande-

rem ein 600 Millionen schwerer Neubau beim Kantonsspital Aarau. Doch statt die grossen Kisten anzupacken, verschanzte sich Roth – sekundiert von ihrem Gatten, Divisionär Rolf André Siegenthaler, wie man im Amt mit Stirnrunzeln notierte – in ihrem militärischen Réduit.

Ehemalige Mitarbeiter aus der Verwaltung monieren, dass sich die Chefin weder für ihre eigenen Dossiers interessierte noch für die der Regierung. Sie habe die Berichte zwar auf stilistische Mängel durchforstet, doch inhaltlich sei von ihr nie ein Impuls gekommen. Dasselbe hört man aus den parlamentarischen Kommissionen. Selbst SVP-Vertreter wünschten sich bald ihre linke Vorgängerin zurück. «Hochuli vertrat zwar meist die falsche Meinung», sagt ein Gross-

rat, «aber sie hatte wenigstens eine Meinung, und sie kannte ihre Dossiers aus dem Effeff.»

Als Richterin konnte Franziska Roth die Dinge auf sich zukommen lassen und am Schluss den Daumen nach unten oder nach oben richten. In der Verwaltung funktioniert das nicht, und erst recht nicht auf der politischen Bühne. Schon bald nahmen die ersten Führungskräfte den Hut. Roth ersetzte sie vornehmlich durch Offiziere, die wohl eine Ahnung vom Kommandieren hatten, aber kaum vom Gesundheits- und Asylwesen. Namentlich mit dem Abgang des langjährigen Stabschefs Stephan Campi verlor sie Anfang 2018 nicht nur eine wichtige Stütze, sie kappete auch den Draht zur FDP.

SVP-Regierungsrat Alex Hürzeler ging schon früh auf Distanz zu seiner Parteikollegin. Da sie, anders als Hürzeler, als absolut linientreu galt, genoss Roth anfänglich volle Rückendeckung von der Parteiführung. Regierungintern war es kurioserweise der politische Gegenspieler, Landammann Urs Hofmann (SP), der seine schützenden Flügel lange über Franziska Roth ausbreitete, während ihr Rückhalt in der eigenen Partei 2018 zusehends erodierte.

Im März 2019 stellte die SVP ihrer Regierungsrätin schliesslich ein Ultimatum: Rücktritt oder substanzielle Besserung bis zu den Sommerferien. Franziska Roth selber ersuchte die Partei nun, sie mit Beratern zu unterstützen. Um die überforderte Kollegin zu entlasten, übertrug die Regierung das dornenreiche Spitaldossier dem Finanzdepartement. Die Parteileitung entsandte derweil Coaches nach Aarau. Das Experiment scheiterte grandios, die Helfer zogen nach wenigen Tagen unverrichteter Dinge wieder ab. Diagnose: beratungsresistent. Doch Franziska Roth denkt nicht an einen Rücktritt. Stattdessen tritt sie aus der Partei aus. Sie will es jetzt ganz allein schaffen.



Ging auf Distanz:
Alex Hürzeler.



Falsches Geschlecht:
Thomas Burgherr.

Personenkontrolle

Cassis, Valdivia, Gössi, Bigler, Fischer, Bäumle, Aebi, Zanetti, Hess, Kundert, Gysin, Funicello, Waeber, Keller-Sutter

Ignazio Cassis (FDP), versetzter Aussenminister, flog über die Osterfeiertage zu Gesprächen nach Chile. Pech für ihn, dass der chilenische Aussenminister just bei diesem Besuch gerade nicht im Lande weilte. Empfangen wurde der Tessiner von Vize-Aussenministerin **Carolina Valdivia**. Streng nach Protokoll könnte man daraus eine gewisse Desavouierung der Schweiz ableiten. Im Departement von Cassis half man sich aber mit einem kleinen Kunstgriff über die protokollarische Misere hinweg. In der Bildlegende unter dem vom EDA publizierten Foto wurde Valdivia flugs zur Aussenministerin befördert. In der Pressemeldung wurde dann darauf hingewiesen, dass bei Landesabwesenheit des chilenischen Amtsinhabers eine Stellvertreterin als Aussenministerin auftreten dürfe. Womit jedoch noch nicht geklärt ist, weshalb der chilenische Aussenminister lieber ins Ausland reiste, anstatt Bundesrat Cassis zu empfangen. (*hmo*)

Petra Gössi, farblich wandelbare Politikerin, erhält Rückendeckung. Die Präsidentin der FDP hatte jüngst mit ihrem Turnaround in der Umweltfrage für Aufregung gesorgt. Nun zeigt sich: Nicht nur Gössi ist neuerdings offen für grüne Klimapolitik, auch die freisinnige Basis scheint es zu sein. Diesen Schluss lässt zumindest die Mitgliederbefragung zu, die Gössi hat durchführen lassen. Eine Mehrheit der Teilnehmer zeigt sich offenbar empfänglich für mehr staatliche Regulierung im Umweltbereich, für eine Flugticketabgabe oder für höhere Benzinsteuern. Allerdings antworteten nur etwas mehr als 10 Prozent der gut 120 000 FDP-Mitglieder auf Gössis Online-Umfrage. Was die schweigende Mehrheit über die Vorschläge denkt und ob sie es für eine gute Idee hält, wenn die ehemals «Weniger Staat, mehr Freiheit»-Partei mit einem Strauss an Steuererhöhungen in die eidgenössischen Wahlen zieht, ist eine andere Frage. (*fon*)

Hans-Ulrich Bigler, Abstimmungssieger, darf sich freuen. Bei der Basisbefragung, mit der seine FDP sich je nach Lesart grün anstreichen oder zu den ökologischen Wurzeln zurückkehren wollte, haben sich 56 Prozent der Teilnehmer für den Bau neuer Atomkraftwerke ausgesprochen. Dieses medial kaum aufgenommene, erstaunliche Verdikt freut FDP-Nationalrat Bigler, ist er doch nicht nur Direktor des Gewerbeverbands, sondern auch



Harte Aussage: SVP-Generalsekretär Waeber.



«Comeback»: FDP-Nationalrat Bigler.



Selektive Leserin: SP-Politikerin Funicello.



Wohin die Reise geht: Ex-SP-Nationalrat Gysin.



Grünes Kreuz tragen: GLP-Nationalrat Bäumle.

Präsident des Nuklearforums Schweiz. Jetzt spricht er frohgemut von einem «Comeback der Atomkraft». Hat sich der schlaue Kernkraft-Lobbyist ausdrücklich für die Basisbefragung innerhalb der FDP ausgesprochen, weil er ein solches Resultat gewittert hat? Jedenfalls sorgt der Freisinn mit Hans-Ulrich Bigler für Kontinuität: Sass früher für die Partei mit **Ulrich Fischer** der sogenannte «Atom-Ueli» im Parlament, ist es heute der «Atom-Hansueli». (*mö*)

Martin Bäumle, Politiker in Erklärungsnot, hat ein grünes Kreuz zu tragen: Der grünliberale Nationalrat sitzt nämlich im Board von Green Cross International. Zusätzlich führt er ad interim Green Cross Schweiz, bei dem er noch als Präsident amtiert – alles in Personalunion. Enthüllungen des *Beobachters* lassen die drei NGO-Pöstchen nun zur Hypothek werden: Die Jahresrechnung sei per Ende 2017 um 5 Millionen frisiert gewesen, so die Schlagzeile. Gemäss Revisionsbericht verlor die Schweizer Organisation 82 580 Franken im Jahr 2017. 2018 schrieb Green Cross Schweiz

sogar 4,7 Millionen Franken Verlust, wobei 5,3 Millionen Franken extern abflossen. Wohin, ist nicht bekannt. Man vermutet, dass Geld für die Sanierung der internationalen Dachorganisation verschoben wurde. Gegenüber den privaten Spendern hat sich Bäumle dazu noch nicht geäußert; im Dunkeln tapen auch die zahlreichen Parlamentarier (21 Stände- und 81 Nationalräte) im Unterstützerkomitee von Green Cross Schweiz. Der Stand der Namenliste, die auf der Politklaviatur von links bis rechts und von A wie **Aebi Andreas** (SVP) bis Z wie **Zanetti Roberto** (SP) reicht, ist seit April 2018 nicht nachgeführt. (*zr*)

Hans Hess, verblassender Komet am Schweizer Industriebühnen, musste am vergangenen Donnerstag eine bittere Niederlage hinnehmen. Die Aktionäre verschmähten seinen handverlesenen Nachfolger für den Job des Verwaltungsratspräsidenten bei der Freiburger Technologiegruppe Comet. In einem äusserst knappen Entscheid wählten sie den von Grossaktionär Veraison lancierten Sprengkandidaten **Heinz Kundert**. Nach seinem

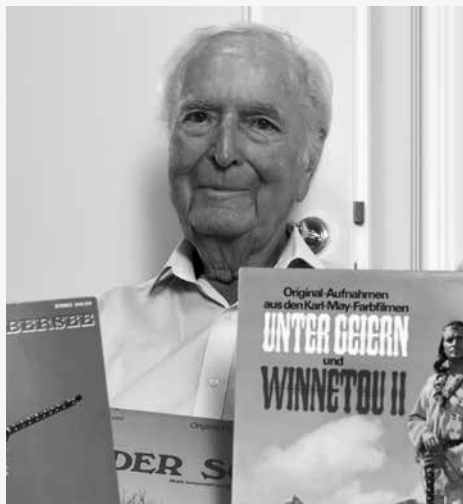
Rückzug aus dem Comet-Verwaltungsrat hat Hess nun noch mehr Zeit, um sich als Präsident des Industrieverbands Swissmem für das EU-Waffenrecht und den Rahmenvertrag einzusetzen. (fsc)

Remo Gysin, militanter Auslandschweizer, will die Auslandschweizer-Organisation (ASO) offenbar zu einer politischen Kampftruppe umfunktionieren. Bereits bei seinem Amtsantritt als ASO-Präsident vor vier Jahren gab er bekannt: «Die internationale Mobilität muss unsere Kernaufgabe sein!» Jetzt will Gysin, ehemaliger SP-Nationalrat, bei den Parlamentswahlen 2019 mitmischen. Geplant sind ein Wahlmanifest und Wahlempfehlungen. Wohin die Reise ungefähr gehen könnte, liess Gysin bei der letzten Sitzung des Auslandschweizerrates erahnen. Bei der Begrüssung eines neuen Vorstandsmitglieds geriet der 74-jährige ASO-Präsident angesichts dessen Geburtsjahres 1968 in Wallung: «Sie sind ein 68er. Wir sind beide 68er. Das ist mal ein gutes Zeichen.» (fsc)

Tamara Funicello, linkes Kraftbündel, trinkt gerne Rotwein, liebt Popmusik und war früher Landhockey-Torhüterin für die Nationalmannschaft. Diese und andere persönliche Seiten enthüllte die abtretende Juso-Präsidentin und antretende SP-Nationalrätin gegenüber der Berner Gratiszeitung *Bernerbär*. Interessantes hört man auch zur Art, wie sich Funicello vorzugsweise informiert: über Facebook nämlich. Sie finde es spannend, was bei ihren mehr als 5000 Freunden bzw. Hassern gerade Thema sei. Daneben lese sie auch Zeitung, den *Blick*, den *Tages-Anzeiger* oder *20 Minuten*. Die *Weltwoche* lese sie selektiv, abhängig von ihrem Nervenkostüm. «Fairerweise muss man sagen, dass die *Weltwoche* viel Geld in Recherchearbeiten investiert. Das tun nicht alle.» (fon)

Emanuel Waeber, Scharfschütze, zielt aus Bern in Richtung Basel. Der Generalsekretär der SVP schreibt in einer Medienmitteilung, die links-grüne Basler Regierung foutiere sich «um den Rechtsstaat». Grund für die harte Aussage ist die Tatsache, dass der Kanton Basel-Stadt sich weigert, einen vom Bundesverwaltungsgericht rechtskräftig abgewiesenen afghanischen Asylbewerber auch tatsächlich auszuschaffen. Die SVP fordert deshalb den Bundesrat auf, «den Basler Alleingang nicht zu dulden und den Kanton mit verfassungsrechtlichen Mitteln dazu zu zwingen, die Ausschaffung des Afghanen zu vollziehen». Dabei könnte sie die Rechnung ohne den Wirt, sprich: die neue Justizministerin **Karin Keller-Sutter** (FDP), gemacht haben. Diese hatte einst nämlich genau dasselbe getan, was jetzt die Basler tun: sich über eine rechtskräftige Ausschaffung hinweggesetzt (*Weltwoche* Nr. 34/11). (gut)

Nachruf



Ritt eines Cowboys: Komponist Böttcher.

Martin Böttcher (1927–2019) — Ein Meer an Geigen, so weit wie die Prärie. Melodien voller Fernweh wie der Ritt eines Cowboys in den Sonnenuntergang: Wer einmal die Musik der legendären *Winnetou*-Filme gehört hat, wird sie nicht mehr vergessen. Der Schöpfer dieser Musik teilte das Schicksal mit vielen anderen Filmkomponisten: Ihre Namen sind oft nur wenigen Eingeweihten bekannt. Dabei waren die Karl-May-Verfilmungen nur ein Höhepunkt in der Karriere von Martin Böttcher, die sechzig Jahre, fünfzig Spielfilme und mehr als 300 Fernsehproduktionen umspannte.

Nur acht Takte hätte er damals dem Filmproduzenten Horst Wendlandt vorgespielt, als dieser ihm ein paar Szenen des Filmes zeigte. «Det isses», habe der Berliner Wendlandt sofort gesagt. Böttcher selbst sagte

später, dass er nicht lange überlegen musste, bis ihm die *Winnetou*-Melodien einfielen: «Die Musik kam aus dem Bauch.» Denn das Grundmotiv der Handlung seien die Freiheit und Ungebundenheit des Menschen gewesen.

Ursprünglich wollte Böttcher Pilot werden, doch nachdem er sich in Kriegsgefangenschaft selbst das Gitarrespielen beigebracht hatte, war er der Musik verfallen. Nach dem Krieg trat er zunächst in Jazzbands auf, bevor er sich in den fünfziger Jahren aufs Komponieren verlegte. Sein erster Erfolg kam mit «Die Halbstarken», einer deutschen Version des Hollywood-Klassikers «Denn sie wissen nicht, was sie tun» mit James Dean. Schon vor den *Winnetou*-Filmen kannte das deutsche Kinopublikum seine Melodien. Er schrieb die Musik zu den Anfang der sechziger Jahre populären Edgar-Wallace-Verfilmungen. Auch für Oswald Kolle, den deutschen Sex-Aufklärer, komponierte Böttcher eine Filmmusik. Der Film wurde allerdings nie gezeigt, weil der Zensur der Titel – «Das Wunder der Liebe» – nicht «unterkühlt» genug erschien.

Daneben komponierte Böttcher Chansons für Françoise Hardy, Romy Schneider und Peggy March. Einer seiner Songs nahm 1960 am Grand Prix Eurovision de la Chanson teil. Später verlegte sich Böttcher aufs Fernsehen, wo er unter anderem legendäre Serien wie «Derrick» und «Der Alte» vertonte.

Mit Karl May hatte er freilich als Leser ein Problem: Er habe kein einziges Buch zu Ende gelesen, gestand er einmal einem Interviewer. *Wolfgang Koydl*

FOKUSKMU

Die Sendung für Wirtschaft & Gesellschaft

AHV-Steuvorlage: Deshalb sagen KMU Ja

Ab Montag, 6. Mai, täglich um 17.35 Uhr auf



und ab Montag, 13. Mai,
täglich um 17.25 Uhr auf



und unter:

www.fokus-kmu.tv

Geld, Kunst und Politik

Von Beat Gygi — Der Schneidersohn Walter Kielholz hat es an die Spitzen von Credit Suisse und Swiss Re geschafft. Jetzt wirft ihm Christoph Blocher vor, die Schweiz zu verscherbeln. Anatomie einer atemberaubenden Karriere.

Credit-Suisse-Verwaltungsratspräsident Urs Rohner hat an der Generalversammlung Ende vergangener Woche bei der Wiederwahl 93 Prozent der vertretenen Aktionärsstimmen erhalten. Das ist nicht schlecht für einen Präsidenten, der in der Öffentlichkeit oft hart kritisiert wird und mit einer deprimierenden Entwicklung der Aktienkurse aufwarten muss. Zehn Tage vorher hat sein Förderer und Vorgänger bei der Credit Suisse, Walter Kielholz, ein etwas matteres Resultat erhalten. An der Generalversammlung des Rückversicherungskonzerns Swiss Re erhielt Kielholz bei seiner Wiederwahl zum Präsidenten 87,8 Prozent der Stimmen, während alle anderen Verwaltungsratsmitglieder Ja-Quoten von 93 bis 99 Prozent erhielten.

Der 68-jährige Kielholz ist eine Art Verkörperung der Swiss Re und all der damit verbundenen geschäftlichen, persönlichen, parteipolitischen und gesellschaftlichen Beziehungen auf dem Finanzplatz: Freisinn, Pro-EU-Ausrichtung, Kritik an den «Isolationisten». Christoph Blocher sagte im Interview mit der *Weltwoche* Mitte April, die treibenden Kräfte gegen eine selbstbestimmte Schweiz finde man «im Epizentrum der Credit Suisse und deren Umgebung»; Walter Kielholz, der frühere Präsident, wolle einen EU-Beitritt, weshalb seine Leute für einen Unterwerfungsvertrag seien. Ist Kielholz so potent? Schon 2011 sagte er: «Grundsätzlich bin ich überzeugt, dass wir eines Tages EU-Mitglied sein werden.» Und immerhin hat es einer seiner Kaderleute in die engste Umgebung von Bundesrat Ignazio Cassis geschafft. Zum Erarbeiten der «Aussenpolitischen Vision 2028» wurden neben Verwaltungspersonal ABB-Verwaltungsratspräsident und CEO Peter Voser, Thomas Wellauer, Chief Operating Officer bei der Swiss Re, sowie Alenka Bonnard, Geschäftsleiterin der Organisation Staatslabor, *ad personam* ernannt. Die Vision soll in die aussenpolitische Strategie des Bundesrats 2020–2023 einfließen oder in die Botschaft über die internationale Zusammenarbeit 2021–2024. Die Swiss Re kann mitreden.

Kielholz ist seit dreissig Jahren bei der Swiss Re, vor mehr als zwanzig Jahren wurde er Konzernchef, und seit zehn Jahren ist er Verwaltungsratspräsident. Bereits letztes und vorletztes Jahr gab es Mutmassungen, dass er zurücktreten werde, Aktionärsberater wie Actares rufen nach neuen Kräften, aber bisher behielt Kielholz seinen Platz.

Zurzeit wäre wohl kein glanzvoller Abgang möglich. In der Swiss-Re-Gruppe läuft es unge-

fähr mittelmässig, wenn man berücksichtigt, dass in den vergangenen zwei Jahren besonders hohe Schäden durch Waldbrände, Stürme und andere Ereignisse auf die Rechnung drückten. Der Gewinn und die Eigenkapitalrendite (1,4 Prozent) verharrten 2018 auf niedrigem Niveau, das an der Substanz zehrt, der Aktienkurs stieg im zurückliegenden Jahr leicht. Um die Laune der Aktionäre etwas zu verbessern, gibt es jetzt eine Art Geldzuckerchen, nämlich ein weiteres Aktienrückkaufprogramm und eine weiterhin hohe Dividende.

Dabei sprach Konzernchef Christian Mumenthaler an der Generalversammlung von 2018 als dem viertteuersten Jahr der Versicherungsbranche und davon, dass klimabedingte Naturkatastrophen in Zukunft noch verheerender ausfallen würden – was eigentlich nach dicken Kapitalpolstern rief. Aber Kielholz sagte, zurzeit brauche das Unternehmen nicht alles Kapital für seine Vorhaben, deshalb sollen die Aktionäre etwas davon erhalten. Diese Art Stimmungspflege in mittelmässigen Zeiten bringt die Frage auf, wie eigentlich die langfristige Entwicklung der Swiss Re in der Ära aussieht, die wesentlich mit dem Wirken von Kielholz zusammenhängt.

Nach alter Zürcher Art

Ein Blick auf die Grafik (Seite 18) zeigt grob gesagt, dass jemand, der damals sein Geld in Swiss-Re-Aktien gesteckt hat, bis heute einiges verpasst hat. Wer Ende 1997, also kurz nach dem Antritt von Kielholz als CEO, Geld in die Swiss Re investiert hat, hat heute etwa halb so viel in der Hand wie jemand, der das Geld in den Korb der gut zwei Dutzend Aktien des Swiss Market Index (SMI) gelegt hat – wobei noch Dividenden und Rückzahlungen zu beachten sind. Für Kielholz selber sieht die Ertragsrechnung anders aus. Die Zeitschrift *Bilanz* hat vergangenes Jahr geschätzt, dass die Summe seiner Bezüge bei der Swiss Re nicht viel unter hundert Millionen Franken liegen dürfte.

Das hat er sich im Prinzip selber erarbeitet, denn er stieg seinerzeit nicht gross mit Startkapital oder speziellen Vorteilen ins Berufsleben ein. Wie der Journalist René Lüchinger in seinem Buch «Swiss Re und Credit Suisse, der Freisinn und die Kunst» über Kielholz 2012 darlegte, dachte der 1951 geborene Sohn eines Zürcher Schneidermeisters zunächst an eine Zukunft als Hotelier oder Diplomat, wurde vom Vater jedoch in Richtung HSG, heute



Immer wieder Überraschungen: Manager Kielholz.

Universität St. Gallen, eingespart. Da arbeitete sich Kielholz in die Betriebswirtschaftslehre ein und traf auf Namen wie Lukas Mühlemann, Roger de Weck, Josef «Joe» Ackermann oder Res Strehle. Er stieg auch engagiert in den Segelsport ein und brachte es bis in die schweizerische Segel-Nationalmannschaft.

Nach Abschluss des Studiums 1976 machte er bei der amerikanischen Reinsurance in Zürich im Rückversicherungsgeschäft einiges an Auslandserfahrung. Die Heirat mit Daphne Pestalozzi bedeutete für ihn auch eine Verbindung mit der Welt der gehobenen Zürcher Familien und ihrer Institutionen. Zunft zur Meisen, Golfklub Zumikon, FDP, Rotary Club Zürich (der einfluss-



reiche «Zürich nature»), Zürcher Kunstgesellschaft, wo er Präsident wurde – dies waren und sind für Kielholz wichtige Grundlagen für eine internationale Karriere nach alter Zürcher Art. 1983 gründete er mit seiner Frau in Zürich eine Grafik-Kunstgalerie, überlegte sich offenbar kurz eine Verlagerung ganz auf Kunst, trat dann aber nach der «Kunst-Auszeit» 1986 in die Schweizerische Kreditanstalt ein. In der Abteilung des mit ihm bekannten Joe Ackermann, der später CS-Chef und darauf Chef der Deutschen Bank war, übernahm Kielholz die bankenseitige Betreuung von Versicherungsunternehmen.

Zwei Jahre später wechselte er zur Schweizerischen Rückversicherungs-Gesellschaft

und lernte das Asiengeschäft erkunden. Damit war er endgültig auf der Achse Swiss Re–Credit Suisse (beziehungsweise Schweizer Rück–Kreditanstalt), auf der dann fast seine ganze Karriere aufbaute, ohne grösseres Industriemandat, dies mit einem Beziehungsnetz, das viele als beispiellos ansehen. Wenn in Gesprächen die Rede auf Kielholz kommt, werden immer wieder seine Gewandtheit und Begabung zum Knüpfen von Beziehungen erwähnt, seine grosse Jovialität bei Begegnungen oder in Unterhaltungen, auch seine breiten Kenntnisse auf verschiedensten Themengebieten, mit denen er eindrücklich vielseitig wirkt.

Kielholz selber hat in einem Fernsehinterview vor Jahren gesagt, dass in der Geschäftswelt das Wissen ausserhalb des eigenen Fachgebietes zunehmend wichtiger werde, nach dem Motto: Ein Abendessen mit einem interessanten Gegenüber ist etwas wert. Dass er vom Körperbau her gross und breit ist, tut ebenfalls seine Wirkung, wenn es um den effizienten Einsatz der nonverbalen Kommunikation geht. Im Interview sagte er auch, Planen bringe für die Karriere nichts, es komme dann sowieso anders, er selber habe ja etliche «rechtwinklige Abgänge» gehabt. Wichtig sei primär Neugier, die erhalte man hundertfach zurück. Dies deckt sich mit Eindrücken von Leuten, die mit ihm zu tun hatten: Kielholz sei immer wieder zu Überraschungen fähig, zu Ansichten oder Handlungen, die man kaum erwartet hätte – wobei sein gesundes Selbstbewusstsein und sein Gespür für vorteilhafte Gelegenheiten, für überlegene Verhandlungspositionen, für günstigen Wind unabdingbare Ergänzungen seien.

Auch die Konzernsprache wechselte

Wie ging es in der CS-Swiss-Re-Welt weiter? 1993 wurde Kielholz in die Geschäftsleitung der Schweizer Rück berufen. Ein Jahr zuvor war der tonangebende FDP-Politiker Ulrich Bremi – im Schweiz-Jubiläumjahr 1991 war er Nationalratspräsident – dort Verwaltungsratspräsident

«Grundsätzlich bin ich überzeugt, dass wir eines Tages EU-Mitglied sein werden.»

geworden, unterstützt durch den Verwaltungsrat Rainer E. Gut, der seinerseits Verwaltungsratspräsident der Credit Suisse und Architekt der angelsächsisch geprägten Investmentbank CS First Boston war. Bremi kam dann mit dem McKinsey-Berater Lukas Mühlemann in Kontakt, der für die Schweizer Rück eine Radikalur entwarf, und im Herbst 1994 wurde Mühlemann Konzernchef der Rück. Er handelte rasch, schnell wurden alle Erstversicherungsgeschäfte verkauft, das Unternehmen wurde durch die Fokussierung auf das Rückversicherungsgeschäft stark verkleinert, der Börsenkurs schnellte in die Höhe, Mühlemann war der Star. So stand er im Sommer 1997 denn für Gut auch im Fokus, als CS-Konzernchef Joe Ackermann von seinem Posten zurücktrat. Mühlemann wurde CEO und Präsident der CS und machte sich mit Thomas Wellauer an den Bau eines Allfinanz-Konstrukts, unter anderem durch Einbezug der frisch zugekauften Winterthur-Versicherungen. Bremi setzte derweil bei der Schweizer Rück Kielholz auf den Chefposten.

Unter Kielholz wurde aus der Schweizer Rück bald das modernere oder modischere Unternehmen Swiss Re geformt. Nicht nur der Name und das Logo wurden ersetzt, auch die Konzernsprache wechselte von Deutsch zu

Schlechter als der Markt

Kurs der Swiss-Re-Aktie seit 1998 im Vergleich mit dem Index SMI, in Prozent



QUELLE: WWW.SIX-GROUP.COM

Einiges verpasst: Swiss Re an der Börse.

Englisch. Hinzu kamen architektonische Grossprojekte wie der Bau der «Gurke» in London oder das Swiss Re Centre for Global Dialogue in Rüslikon, das anhand von Einladungen, Tagungen und Berichten sozusagen die geballte Intelligenz des Rückversicherungsgeschäfts plastisch veranschaulichen sollte. Der Auftritt mit optischen Eindrücken via Kunst und Architektur zieht sich durch die ganze Geschichte und das Erscheinungsbild der Swiss Re. Im Jahr 2000 trat Bremi altershalber als Präsident ab; diesen Posten übernahm der bekannte Rechtsprofessor Peter Forstmoser, und zwar bis zum einschneidenden Jahr 2009.

Unentdeckter Schwelbrand

Ab 2001 brachten das Platzen der Internetblase, der Terroranschlag in New York und das Grounding der Swissair die Credit Suisse in Not. 2002 wurde klar, dass Mühlemann und Wellauer mit ihrer Strategie gescheitert waren, die Anleger hatten das Vertrauen verloren. Mühlemann war zudem angeschlagen durch seine Rolle als Swissair-Verwaltungsrat. Kielholz, Vizepräsident des CS-Verwaltungsrats, galt nun als der Typ, von dem die Kollegen nach einem Drei-Milliarden-Verlust und einem 60-prozentigen Kursminus erwarteten, dass er Anlegervertrauen gewinnen und die Arbeit der Bank wieder in geordnete Bahnen lenken könne. Nach nur drei Jahren im Gremium kam er 2003 als CS-Präsident ganz nach oben.

Einmal mehr trat Kielholz in Mühlemanns Fussstapfen, wobei er auch in dessen alten bei der Swiss Re blieb. Fachlich war er dem Versicherungsgeschäft näher als dem Banking, als exekutiver Vizepräsident des Verwaltungsrats behielt er eine dominante Position beim Rückversicherer. Er hatte also zwei sehr gut bezahlte Teilzeitstellen mit obersten Führungsfunktionen, und er war auch ein Verteidiger hoher Managerlöhne. Die operative Führung bei der CS übernahm zunächst die Doppelspitze Oswald Grübel/John Mack. Etwas später schied Mack aus. Grübel wurde alleiniger CEO, er

brachte die Bank auf Touren, und bei seinem Rücktritt im Frühling 2007 übergab er die CS mit Rekordresultat an den Nachfolger Brady Dougan, der als Interner das Rennen gemacht hatte und 2010 durch einen Bonus von über sieben Millionen Franken auffiel.

Die Winterthur-Gruppe wurde 2006 für gut zwölf Milliarden Franken an die französische Axa verkauft, und dieses Geld aus dem Weggeben eines Schweizer Traditionsunternehmens half der CS zunächst, relativ gut durch die Finanzkrise 2007/2008 zu kommen. Dougan musste aber 2008 doch zusätzliche Mittel suchen, die er beim Emirat Katar fand, das via Aktien und hochverzinsten Anleihen indirekt eine Beteiligung von rund 18 Prozent erwarb. Heute ist noch die Aktienposition von 5 Prozent vorhanden, ähnlich ist die Quote der saudischen Olayan.

Dann begann es im Hause Swiss Re zu brennen, zuerst als unentdeckter Schwelbrand. Unter Konzernchef Jacques Aigrain hatte sich der Rückversicherer im Geschäft mit Kreditabsicherungsinstrumenten zu engagieren be-

Auf der Suche nach Kapital ging Kielholz einen Handel mit dem Investor Warren Buffett ein.

gonnen. Das lag näher beim Investmentbanking als beim Versicherungsgeschäft, und Kielholz, seit 2006 nur noch Vizepräsident ohne exekutive Rolle, hatte diese Risiken offenbar übersehen – bis 2008 Verluste aufbrachen und die Swiss Re in Schieflage brachten. Der Einbruch an der Börse zeigt sich in der Grafik deutlich, und auf der Suche nach Kapital ging Kielholz einen Handel mit dem berühmten amerikanischen Investor Warren Buffett ein, der ihm eine milliardenschwere Wandelanleihe bot, mit der er fast ein Drittel der Swiss Re unter Kontrolle bekäme, sollte das Geld nicht rasch genug zurückgezahlt werden. Kielholz schaffte die Rückzahlung rechtzeitig und entging dem Zugriff.

Er schaffte es auch, dass er, der seit 1997 in der Führung war, als der Mann angesehen wurde, der nun 2009 von Forstmoser das Präsidium übernehmen sollte. Gleichzeitig übergab er das Präsidium beim Think-Tank Avenir Suisse (seit 2001) an Rolf Soiron. Derweil gab er bei der CS das Präsidium ab und blieb bis 2014 einfacher Verwaltungsrat. Die Nachfolge im Präsidium hatte er insofern vorgespurt, als der Kadermann Hans-Ulrich Doerig für zwei Jahre den Posten übernehmen und dann dem 2004 als Chefjurist zur Bank gestossenen Urs Rohner Platz machen sollte, der 2009 zur Vorbereitung als Vizepräsident installiert wurde. So kam es. Was zur Frage führt, wer eigentlich bei der Swiss Re heute Vizepräsident ist. Es ist Renato Fassbind, früher ABB-Finanzchef unter dem finanzgewandten CEO Percy Barnevik, später Finanzchef in der CS. Fassbind ist mit 64 Jahren allerdings in einem Alter, in dem das Warten mühsam werden kann.

Swiss Re in Regenbogenfarben

Bei der Swiss Re zeigen sich auch in jüngster Zeit modische Modernisierungen. Kürzlich erregte eine interne Sprachempfehlung zur *gender-inclusive language* Aufsehen, die beispielsweise zur Vorsicht rät bei Begriffen wie Vater, Mutter, Tochter, Sohn, Ehemann oder Gattin. Geschlechterneutralität hat hohe Priorität, auch entsprechende Zertifizierungen, und im sogenannten Pride Month mit der Pride Parade im Juni 2018 erstrahlte in Zürich das Swiss-Re-Gebäude am Mythenquai in den Regenbogenfarben. Auch bei den Themen Klima und Nachhaltigkeit nimmt das Unternehmen stark Strömungen auf, die auf eine internationale Koordination von Normen etwa bezüglich «grün» investieren oder auf «Dekarbonisierung» der Wirtschaft zielen.

Die Unternehmenskultur der Periode Kielholz passt atmosphärisch zur FDP, deren Präsidentin Petra Güssi kürzlich eine Wendung in Richtung Klimapolitik zeigte, und zur Tatsache, dass die Partei plötzlich ein klares Ja zum Rahmenvertrag mit der EU herausgab, was die Übernahme ausländischen Rechts erleichtert. Auf ähnlicher Linie liegen die FDP-Hoffnungsträger – auch aus Sicht der «Freunde der FDP», die Kielholz seinerzeit mitgründete – Nationalrat Beat Walz und Ständerat Ruedi Noser. Walz hat allerdings als Vertreter der Ernst-Göhner-Stiftung im Panalpina-Verwaltungsrat keine gute Figur gemacht. Anfang April gab der Verwaltungsrat einer Kaufofferte des dänischen Konkurrenten DSV nach, im Aktionariat gewann der Investor Cevian gegen die Ernst-Göhner-Seite mit Walz, die schwach agierte. Dies ruft in Erinnerung, dass Kielholz früher nicht immer erfolgreiche Verknüpfungen gelangen, etwa im Fall Andreas Schmid (damals Kuoni), der den Aufstieg zum Präsidenten des Dachverbands Economiesuisse 2006 abrupt abbrechen musste.

Ihr Immobilientraum?



4 ½ - 5 ½ Zi. Terrassenwohnungen
8955 **Oetwil a.d. Limmat**, R. Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.soonbylepa.ch



4 ½ - 6 ½ Zi. Doppel-Reihen-Einfamilienhäuser
8414 **Buch am Irchel**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis ab 895'000.-, Bezug ab Frühling 2020
www.wilerbuch.ch



3 Zi. und 4 Zimmer Mietwohnung
8708 **Männedorf**, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Miete ab 2'500.- p/Mt. exkl NK, Bezug nach Vereinb.
www.loft-neugut.ch



4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8152 **Glattbrugg**, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.glattwies.ch



4 ½ Zi. Terrassenwohnungen
8413 **Neftenbach**, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.soonbylepa.ch



4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen, Eckhaus
8118 **Pfaffhausen**, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Preis ab 1'140'000.-, Bezug ab Sommer 2020
www.luckenholz.ch



4 ½ und 5 ½ Zi. Wohnungen, 2 DEFH
8332 **Rumlikon**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis ab 880'000.-, Bezug ab Frühling 2020
www.grueens-doerfli.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8545 **Rickenbach**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
Standort: www.soonbylepa.ch



5 ½ Zi. Maisonette-Eigentumswohnungen
8135 **Langnau a. Albis**, M. Knecht Tel. 044 804 34 34
Preis 1'799'000.-, Bezug nach Vereinbarung
www.bellesterrasses.ch
Sorry, es sind leider alle Einheiten verkauft!



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8953 **Dietikon**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis ab CHF 770'000.-, Bezug ab Frühling 2021
www.duo-dietikon.ch



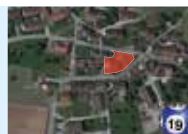
5 ½ und 6 ½ Zi. Doppel-Einfamilienhäuser
8913 **Ottenbach**, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.soonbylepa.ch



4 ½ Zi. Eigentumswohnung
8143 **Stallikon**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis 950'000.-, Bezug nach Vereinbarung
www.zuerikon.ch



4 ½ Zi. Atriumhäuser und 3 ½ - 5 ½ Zi. Wohnungen
8302 **Kloten**, Kevin Braunwalder Tel. 043 255 88 88
Preis ab 935'000.-, Bezug ab Winter 2020
www.panoramaweg-kloten.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8404 **Stadel/Winterthur**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
Standort: www.soonbylepa.ch



4 ½ und 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8484 **Weisslingen**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis ab CHF 1'110'000.-, Bezug ab Winter 2020/21
www.paradislig.ch



4 ½ - 6 ½ Terrassenwohnungen
8103 **Unterenngstringen**, R. Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis ab CHF 1'790'000.-, Bezug ab Winter 2020/21
www.sparrenberg.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8127 **Aesch-Maur**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
Standort: www.soonbylepa.ch



3 ½ - 5 ½ Zi. Eigentumswohnungen
8493 **Saland**, Paul Späni Tel. 052 338 07 09
Preis ab 495'000.-, Bezug ab Sommer 2020
www.ammuelibach.ch



5 ½ Zi. Einfamilienhäuser
8458 **Dorf**, Rolf Flacher Tel. 052 338 07 09
Preis auf Anfrage, Bezug auf Anfrage
www.soonbylepa.ch



**Haben Sie ein Grundstück auf dem
Immobilienträume verwirklicht
werden können?**



3 ½ und 5 ½ Zi. Terrassenwohnungen
8615 **Wermatswil**, Désirée Keller Tel. 044 316 13 15
Preis ab CHF 1'115'000.-, Bezug ab Frühling 2021
www.leuberg.ch

Melden Sie sich bei unserem Chef 
ulrich.koller@lerchpartner.ch oder
per Telefon 052 235 80 00.



4 ½ Zi. Attika-Terrassenhaus
8309 **Birchwil**, Ramona Schiesser Tel. 044 316 13 21
Preis 2'040'000.-, Bezug ab Winter 2019/20
www.mira-birchwil.ch

Höfliche Verfolgung

Von *Giuseppe Gracia* — Weltweit müssen 200 Millionen Christen wegen ihres Glaubens mit Repressalien rechnen oder gar um ihr Leben fürchten. Weniger sichtbar ist die schleichende Ausgrenzung in westlichen Ländern. Sie schafft den Boden für die brutale Verfolgung.

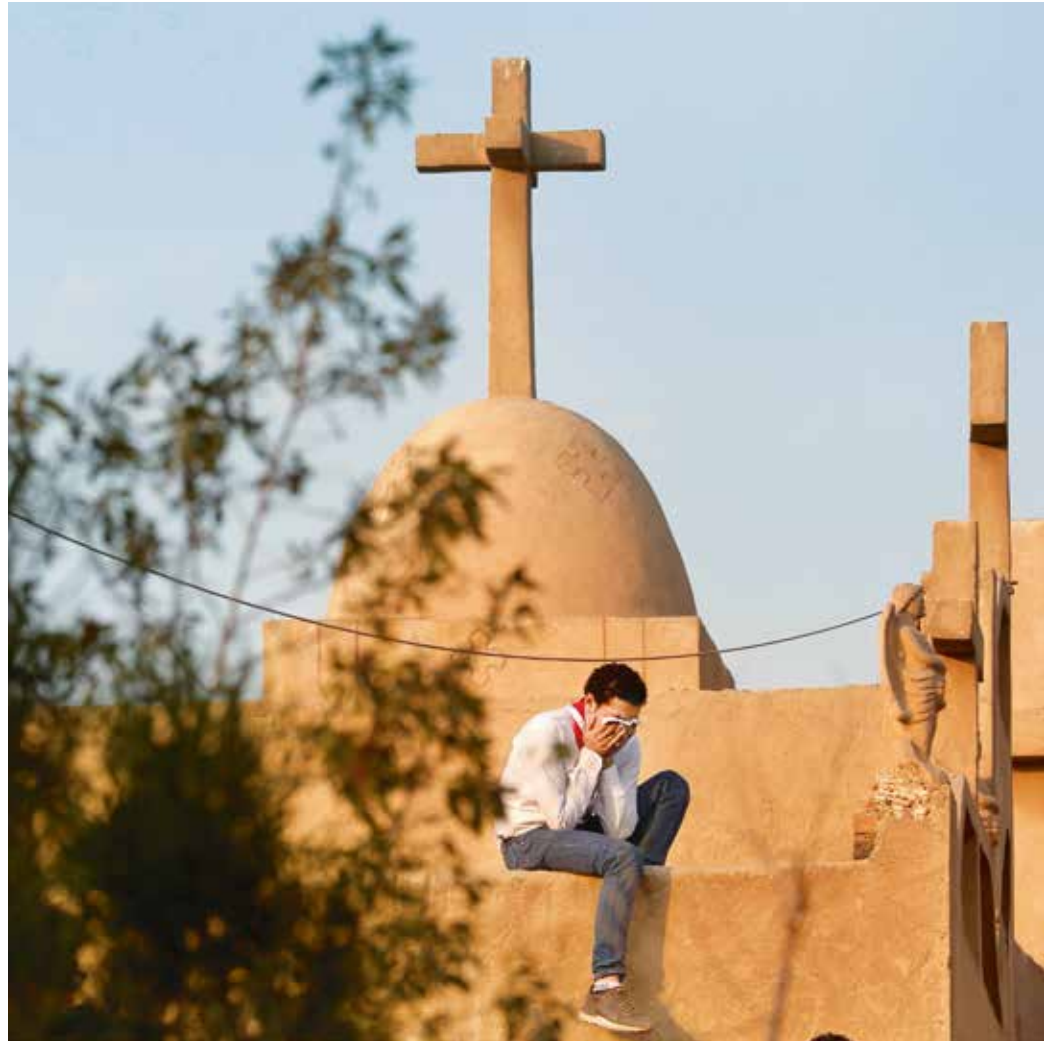
Gemäss dem aktuellen Verfolgungsindex der Hilfsorganisation Open Doors werden weltweit bis zu 200 Millionen Christen verfolgt. Lebensbedrohlich ist das Leben für Protestanten, Katholiken oder Orthodoxe in Nordkorea, wo etwa 300 000 Christen ihre Religion verleugnen müssen, während 70 000 Gläubige in Gulags interniert sind. In Afghanistan, Ägypten, Somalia, im Sudan, in Pakistan, Eritrea, Libyen, im Irak, Jemen und im Iran gibt es täglich Gewalt gegen Christen, Ausgrenzung, Benachteiligung und Schikane durch den Staat oder gesellschaftlichen Druck. Das Hilfswerk Kirche in Not spricht von der «grössten Christenverfolgung seit 2000 Jahren».

Einige Fachleute und Organisationen interpretieren die Entwicklung rein geopolitisch, andere machen islamistische und nationalistische Bewegungen in Afrika, Asien und im Mittleren Osten dafür verantwortlich. «In vielen Ländern treiben Islamisten die Radikalisierung grösserer Bevölkerungsteile voran und stürzen sie in Krieg und Chaos», schreibt Open Doors. Nach den neusten Terroranschlägen in Sri Lanka betonte Volker Kauder, Ex-Fraktionschef (CDU/CSU) im Deutschen Bundestag: «Das ist leider kein Einzelfall. Ich sehe mit grosser Besorgnis die wachsende Christenverfolgung im gesamten asiatischen Raum. Nationalistische Bewegungen von Buddhisten, Hindus und Muslimen werden immer militanter.»

Angriffe auf die Meinungsfreiheit

Neben dieser physischen, rohen Form der Christenverfolgung gibt es aber auch in den USA oder in Europa eine subtile Form der Verfolgung. Dies zeigt ein aktueller Bericht des Observatory on Intolerance and Discrimination against Christians. Jährlich werden Hunderte von Fällen gesammelt – vom Arzt, der sich weigert, Abtreibungen durchzuführen und deswegen keinen Job mehr hat, bis zum Politiker, der gegen die Homo-Ehe votiert und dessen Karriere daraufhin stillsteht. Der Bericht zeigt auch, wie christentumsfeindlich das Klima etwa an deutschen Universitäten geworden ist.

Christlichen Gruppen, die nicht missionieren, sondern nur ihre Perspektive in politische, geistesgeschichtliche oder gesellschaftliche Debatten einbringen wollen, wird nicht nur die Anerkennung in Studentenräten verweigert, sondern man verbietet ihnen auch den Gebrauch von Campuseinrichtungen, das



«Sie weilen auf Erden, aber ihr Wandel ist im Himmel.»

Verteilen von Flyern oder die Durchführung von Veranstaltungen.

Ein Beispiel aus Frankreich: 2017 hat die Nationalversammlung ein Gesetz gegen das «Verbreiten von irreführenden Informationen» zur Abtreibung verabschiedet. Seither darf man nicht mehr sagen, das werdende Leben sei von Beginn an menschlich oder man müsse Frauen vor dem «Post-Abortion-Syndrom» warnen. Im Grunde muss man per Gesetz «pro choice» statt «pro life» sein, womit alle Websites von Lebensschutzbewegungen kriminalisiert werden.

Ein Beispiel aus Grossbritannien: Eine christliche Krankenschwester wurde trotz langjähriger Verdienste wegen «grobe Fehlverhaltens» aus dem staatlichen Gesundheitsdienst entlassen. Der Grund: Sie hat – mit dem Einverständnis der Patienten notabene – über den Glauben gesprochen oder gelegentlich

Gebete als Hilfe für die Vorbereitung auf Operationen angeboten. In Schweden darf in einem christlichen Privatkindergarten auf Druck der regionalen Regierung vor dem Essen überhaupt nicht mehr gebetet werden.

Christen-Diskriminierung in Europa

«Die Ausgrenzung und die negative Stereotypisierung von Christen sind inakzeptabel. Christentumsfeindlichkeit darf in Europa nicht salonfähig werden», so Martin Kugler, Präsident des Observatory. Interessant dabei ist, dass auch Papst Franziskus von einer «höflichen» Christenverfolgung in Europa gesprochen hat. Diese sei «verkleidet als Kultur, getarnt als Moderne, als Fortschritt». Eine Einschätzung, die der päpstliche Gesandte in Bern, Erzbischof Thomas Gullickson, auf Anfrage bestätigt: «Es gibt in Europa Diskriminierung von Christen. Man kämpft gegen die

christliche Idee von Ehe und Familie, die natürlichen Unterschiede von Mann und Frau, gegen den Lebensschutz für Kinder im Mutterbauch oder vor Euthanasie am Lebensende. Es ist ein Kampf gegen das Christentum als geistige Wurzel des Westens.»

Trotz der dramatischen Zunahme der weltweiten Christenverfolgung behandeln viele westliche Medien und Politiker das Thema gar nicht oder nur am Rande. Gemäss dem Linzer Bischof Manfred Scheuer handelt es sich um «eine fast unheimliche Nichtbeachtung». Und der Chefredaktor der Catholic News Agency Deutschland, Anian Christoph Wimmer, sagt: «Die Christenverfolgung ist eine blutige Realität, die westliche Politiker und leider auch Bischöfe und andere Katholiken ausblenden, ja, mit wohlfeilen Worten abspeisen. Ich fürchte, es werden viele Kirchen brennen, auch in Europa, bis dieses eigentliche Problem eingestanden und angepackt wird.»

Abtreibungsgegner gleich Terroristen

Auffällig ist, dass man in öffentlichen Debatten, aber auch in populären Filmen oder Serien glaubenstreue Christen oft als rückständig und fundamentalistisch darstellt. So wie die Medien auch den «Marsch fürs Läbe» in der Schweiz oft mit verblendeten Reaktionen und «Abtreibungshassern» gleichsetzen. Ein Marsch, den Zürich für dieses Jahr sogar verboten hat.

Da passt es ins Schema, wenn in Schweden eine sozialdemokratische Politikerin 2017 kein Problem damit hat, Dschihadisten mit Abtreibungsgegnern zu vergleichen, während in Deutschland der ZDF-Moderator Claus Kleber den Katechismus der katholischen Kirche auf die gleiche Stufe wie die Scharia stellt. Das fördert ein Klima, in dem Christen, die einen Job zu verlieren haben, sich hüten, öffentlich zu ihrem Glauben zu stehen oder entsprechende Artikel auch nur zu liken.

Vielleicht ist das einer der Gründe, warum Kardinal Francis George, Erzbischof von Chicago, vor einigen Jahren sagte: «Ich erwarte, im Bett zu sterben, mein Nachfolger wird im Gefängnis sterben, und dessen Nachfolger wird als Märtyrer auf einem öffentlichen Platz sterben.» Eine düstere Prognose, die man natürlich nicht teilen muss. Sicher aber ist, dass das Morden, Vergewaltigen, Verbrennen, Attakieren, Stigmatisieren und Ausgrenzen von Christen kaum je einen medialen Aufschrei auslöst, einen Mahnmarsch, eine grosse Solidaritätskundgebung. Der Aufschrei bleibt dagegen selten aus, wenn es nicht um Christen geht, sondern um bedrohte Muslime, um «me too», Donald Trump oder den Klimawandel.

Es herrschen offensichtlich Doppelstandards. Ein Phänomen, das der deutsch-israelische Psychologe und Autor Ahmad Mansour nach den islamistischen Anschlägen in Sri Lanka so kommentierte: «Bei den Anschlägen in

Neuseeland (Christchurch) sucht man die Zusammenhänge zwischen den Tätern und der rechtsradikalen Ideologie! Muslimfeindlichkeit und sogar Islamkritiker sollen mögliche Ursache für die Gewalt sein. Und jetzt in Sri Lanka? Jetzt haben die islamistischen Attentäter gar nichts mit der Religion zu tun? Obwohl sie sich darauf berufen? Obwohl manche Theologie mehrfach Gründe für den Hass und die Abwertung von anderen (Christen, Juden) liefert? Man ist nicht bereit, bei islamistischen Anschlägen überhaupt Zusammenhänge zu erwähnen, sie dürfen nicht existieren!»

Diese beobachtete Ungleichbehandlung ist nichts Neues. Sie gereicht in der öffentlichen Wahrnehmung fast immer den Christen zum Nachteil und nährt den Verdacht, dass grosse Teile unseres Establishments tatsächlich einen «Kampf gegen das Christentum als geistige Wurzel des Westens» führen. Die Frage ist nur: Warum eigentlich?

Könnte es mit dem sogenannten Multikulturalismus zusammenhängen, der nach wie vor viele Anhänger hat? Zu dieser Weltanschauung gehört die Vorstellung, dass alle

Das Ganze läuft auf eine kulturelle Selbstverachtung hinaus.

Kulturen gleichwertig sind. Das Problem: Wie soll man auf dieser Grundlage die Tatsache erklären, dass die westliche Zivilisation für den Rest der Welt seit Jahrzehnten offenbar so attraktiv ist, dass immer wieder Millionen von Migranten aus nichtwestlichen Kulturen hierherkommen, aber nicht umgekehrt? Hat es damit zu tun, dass nur im christlich geprägten Westen die Menschenrechte entstehen konnten und heute ein Grad an Freiheit und Massenwohlstand existiert, wie die Geschichte ihn noch nie erlebt hat?

Kollektive Depression

Die Anhänger des Multikulturalismus lassen keine Überlegenheit der freien Welt gelten. Vielmehr kritisieren sie einen militärisch-ökonomischen Imperialismus, mit dem andere Kulturen angeblich seit Jahrhunderten an den Rand der Weltgeschichte gedrückt und ausgebeutet werden. Deswegen gehört zur Weltanschauung des Multikulturalismus immer ein Schuldeingeständnis für die «verbrecherische» Vorherrschaft des Westens – und eine entsprechende Suche nach den Opfern dieser bösen, patriarchalen Kultur.

Populäre Opfergruppen sind Frauen, Menschen mit nichtweisser Hautfarbe und nicht-heterosexueller Orientierung. Diese Gruppen werden regelmässig nicht nur von westlichen Soziologen, Historikern oder Politikern dazu benutzt, den Westen anzuprangern, sondern auch von Kulturschaffenden und Journalisten.

Das Ganze läuft auf eine kulturelle Selbstverachtung hinaus, bei gleichzeitiger Idealisierung fremder Kulturen und Ethnien. Man könnte sagen: Es handelt sich um eine kollektive Depression von Leuten, die es nicht als Privileg und Verdienst ihrer Vorfahren ansehen, der westlichen Gesellschaft angehören zu dürfen, sondern die damit ein Problem haben.

Was aber bedeutet das am Ende für die Christen selber? Für die Familien, die Gemeinschaften, die Kirchen? Sie müssen damit rechnen, dass man ihr brutales Leiden und Sterben in Afrika, Asien und dem Mittleren Osten seitens Europas weiterhin mehrheitlich ignoriert, ja dass man dieses Leiden insgeheim sogar als Sühne für den bösen, patriarchalen Westen ansieht. Und dass die Diskriminierung und die Ausgrenzung von bekennenden Christen in Europa weiter zunehmen werden.

Martyrium gehört zum Christentum

Vielleicht müssen sich die Christen schmerzhaft daran erinnern, dass Verfolgung und Kreuz seit jeher zum Christentum gehört haben. Schon im Römischen Reich wurden die Christen, eine kleine, damals fremdartig anmutende Minderheit, von Römern wie Griechen belächelt, verachtet und auch gehasst.

Auf eindrückliche Weise ist dies festgehalten im «Brief an Diognet», eine von einem Unbekannten verfasste Schrift aus der frühchristlichen Literatur, wahrscheinlich aus dem 2. oder 3. Jahrhundert. Darin wird erklärt, dass die Christen der Antike weder durch Heimat noch durch Sprache oder Sitten von den übrigen Menschen verschieden gewesen sind, dass sie sich an allem wie Bürger beteiligt haben. Es wird erklärt, dass jede Fremde für den Christen damals ein Vaterland und jedes Vaterland eine Fremde gewesen ist und dass diese Leute wie alle andern geheiratet und Kinder gezeugt, die Geborenen aber nicht ausgesetzt haben, wie das damals offenbar üblich war.

Zum Schluss heisst es im Brief: «Sie weilen auf Erden, aber ihr Wandel ist im Himmel. [...] Sie werden missachtet und in der Missachtung verherrlicht; sie werden geschmäht und doch als gerecht befunden. Sie werden gekränkt und segnen, werden verspottet und erweisen Ehre. Sie tun Gutes und werden wie Übeltäter gestraft. Sie werden angefeindet wie Fremde und verfolgt; aber einen Grund für ihre Feindschaft vermögen die Hassler nicht anzugeben.»



Giuseppe Gracia, 51, ist Schriftsteller und Medienbeauftragter des Bistums Chur. Am 19. Mai 2019 leitet er in Einsiedeln ein Podium zum Thema «Christenverfolgung: Fakten, Folgen, Hoffnungen». 15 Uhr im Dorfzentrum «Zwei Raben».

Der fabelhafte Hannes Keller

Von Thomas Renggli — Wie der Winterthurer Pionier auf den Meeresgrund tauchte, den Sport revolutionierte und einen russischen Pianisten erfand.

Hannes Keller bringt nichts so leicht aus der Fassung – auch nicht der unausweichliche Weltuntergang: «In fünf Milliarden Jahren wird in unserem Sonnensystem alles Leben ausgelöscht sein», sagt er. Aber auch im kleineren Zeitfenster klammert er Illusionen und Schönfärbereien aus: «Die Wissenschaft präsentiert möglichst keine Versuche, sondern fertige, hochglanzpolierte Resultate. Menschen, die die Forschung nicht kennen, täuschen sich sehr über die unendliche Zahl der Misserfolge.»

Der 84-jährige Winterthurer spricht diese Worte gefasst und kontrolliert aus. Er sitzt im Restaurant «Davinci's» in Niederglatt und nippt an einer Stange Bier: «Es ist fast unmöglich, in der Schweiz schlechtes Bier zu bekommen. Deshalb bin ich Biertrinker und kein Weintrinker», sagt er – und bringt das Gespräch kurzfristig in ganz andere Bahnen. Als sich die Servicefachfrau kurz darauf erkundigt, ob er den Salat vor ihm nicht fertigessen möchte, sagt er: «Ich höre dem Salat nicht zu. Das habe ich noch nie gemacht – Salat ist überbewertet.» Die junge Frau weiss nicht, was sie mit dieser Auskunft anfangen soll. Keller liefert die (mehr oder weniger) plausible Erklärung selber: «Wenn an einem Grillfest mehr Salat als Fleisch aufgetischt wird, stimmt etwas nicht.» Mit einem unsicheren Lächeln räumt die junge Frau Kellers Teller ab.

Legende des stummen Virtuosen

Hannes Keller nimmt zufrieden einen Schluck Bier. Er trägt einen kunterbunten Pullover und sagt: «Wenn ich ein Vogel wäre, wäre ich ein Pfau.» Als wir später das Gespräch in seinem Wohnzimmer in Niederglatt wieder aufnehmen, setzt er sich ungefragt an seinen Steinway-Flügel: «Der ist drei Meter lang – einen grösseren gibt es nicht.» Keller greift in die Tasten: «Am liebsten spiele ich Chopin.»

Die Liebe fürs Klavierspielen und die Freundschaft zum begnadeten Schweizer Pianisten Jean-Jacques Hauser brachten ihn 1968 auf eine abenteuerliche Idee. Um das Talent von Hauser einem breiten Publikum bekannt zu machen, inszeniert er eines der grössten Fantasieprodukte in der Schweizer Kunstgeschichte: die Legende des stummen russischen Virtuosen Antonei Sergejvitch Tartarov.

Keller verkündete grossspurig, dass Tartarov für ein einziges Konzert in die Schweiz reise, um die 33. Sonate von Beethoven und weitere sensationelle Neuentdeckungen ur-



Rekordmann: Keller tauchte in Kalifornien 1962 als erster Mensch in eine Tiefe von über 300 Metern.

aufzuführen. Die vergessenen Meisterwerke habe das Genie in einem alten Koffer einer Geliebten des ungarischen Meisterpianisten Franz Liszt gefunden.

Was die Öffentlichkeit nicht wusste: Tartarov war Hauser – oder Hauser war Tartarov. Keller freilich hatte die Illusion perfekt vorbereitet. Das Konzert war Stadtgespräch. Das Feuilleton überschlug sich schon vor dem ersten Ton mit Superlativen. Und das Publikum strömte am 18. April 1968 in Scharen in die Tonhalle, um die musikalische Sensation zu erleben.

Noch heute freut sich Keller diebisch über jene Episode: «Je schamloser man lügt, je dicker man aufträgt, desto glaubwürdiger wirkt man. Die Menschen sehen und glauben das, was sie sehen und glauben wollen.»

In seinen beruflichen Tätigkeiten war Keller ebenso präzise. Aber er bewegte sich diesseits der «Wahrheitsgrenze». Als Wissenschaftler, Erfinder und Entdecker hinterliess er Spuren in der ganzen Welt. Dabei war das eigene Scheitern stets ein Schritt im Findungsprozess. Keller flog aus dem Gymnasium, weil ihm das Latein in die Quere kam. Später studierte er Mathematik, Physik und Philosophie: «Am liebsten beschäftige ich mich mit Dingen, von denen ich anfänglich keine Ahnung hatte», sagt er.

So wurde er in der Rekrutenschule von einem Kollegen auf das Thema Computer aufmerksam gemacht – zu einer Zeit, als schon das Bedienen eines Taschenrechners als technologischer Durchbruch gefeiert wurde. Keller liess sich aus den USA die ersten Computer kommen: «Sie wurden in Plastikbeuteln geliefert und man musste sie selber zusammenschrauben.» Keller fand den richtigen Dreh. Der Mann, der sagt, es sei wichtig, einfach «draufloszudenken», erfand die erste automatische Rechtschreibkorrektur und die ersten Schreib- und Übersetzungsprogramme: «Der Computer macht Unmögliches möglich. Mit dem Menschen bildet er eine perfekte Symbiose», sagt Keller.

Im Garten spiegeln sich die Sonnenstrahlen auf der Oberfläche eines Teiches. «Ich lege Wert auf ein Haus mit Wasseranstoss», sagt Keller – womit er bei seiner zweiten beruflichen Passion ist: dem Tauchen. Ebenfalls im Militär hörte er einen Kameraden von dessen Tauchgängen erzählen. Keller wurde vom Tiefenrausch gepackt, begann im Selbstversuch zu experimentieren und schuf Tabellen, die das Tempo für gefahrloses Auftauchen aus grossen Tiefen definierte. «Im Zürichsee tauchte ich bis 120 Meter hinab. Die Theorie schrieb für diesen Bereich eigentlich eine Auftauchphase von zwanzig Stunden vor – das war die totale Inkompetenz.» 1961 stellte er im Lago Maggiore mit 230 Metern einen neuen Tiefenrekord auf. Vor der Insel Santa Catalina in Kalifornien verbesserte er die Bestmarke



PR-Instrument in eigener Sache: mit Rolls-Royce.



Traum vom Berufsmusiker: Keller am Piano.



«Wäre gerne auf den Mond geflogen»: Keller heute.

später auf über 313 Meter. Dabei ging er über die eigenen Grenzen hinaus. Beim Auftauchen verlor er das Bewusstsein, sein Begleiter Peter Small geriet in Panik, machte einen schweren Fehler und erstickte: «Noch heute plagen mich deswegen Schuldgefühle. Denn ich trug die Verantwortung für dieses Projekt.» Auch sein Bruder Albrecht starb später bei einem Tauchunfall: «Er wollte mich übertrumpfen – und das ist nie ein guter Ratgeber.»

Flair für triviale Unterhaltung

Weshalb Keller Tiefseetaucher geworden ist, erklärt er so: «Das war in den 1960er Jahren Neuland. Ich wollte Weltrekorde aufstellen – und ich wollte berühmt werden. Falsche Bescheidenheit ist mir fremd.» Deshalb fuhr er in jener Zeit einen goldenen Rolls-Royce: «Ein Tiefseetaucher mit goldenem Rolls-Royce ist für die Medien interessanter als ein Tiefseetaucher ohne goldenen Rolls-Royce.»

Kellers Leben hört sich an wie eine ständige Horizonterweiterung – und sozusagen auf dem Vorbeiweg half er in den 1970er Jahren mit, den Sport zu revolutionieren. Zusammen

mit dem gelernten Mechaniker und Aerodynamik-Experten Hans Hess entwarf er neuartige enganliegende wasserundurchlässige Tauchanzüge. Daraus entwickelten die beiden später Ganzkörperanzüge, die den Ski- und Radsport materialtechnisch auf ein neues Niveau hoben.

Keller war aber auch immer ein Mann mit Flair für triviale Unterhaltung. Dies lässt sich beispielsweise in der *Schweizer Illustrierten* vom 6. September 1976 nachlesen. Die Titelseite war dem Fernsehmoderator Kurt Felix gewidmet, der in seiner Sendung «Teleboy» die Schweiz mit dem «Monster vom Urnersee» an der Nase herumführte. Ohne Hannes Keller wäre das Ungetüm allerdings nie bis ins Bewusstsein der Öffentlichkeit geschwommen. Das erste Modell verbrannte nach einem Kurzschluss, das zweite platzte wegen Überdrucks. Guter Rat war teuer – und Hannes Keller schnell zur Stelle. Die *Taucher Revue* schrieb: «Tauschspezialist Hannes Keller wurde zugezogen. Ihm gelang es, den Mechanismus des Ungeheuers so zu gestalten, dass es naturgetreu für Sekunden auf der Wasseroberfläche zu sehen war.»

Keller schaffte quasi die perfekte Imitation des Unwahrscheinlichen. Am Freitag, 27. August 1976 schwamm das Ungetüm nach einem exakten Fahrplan und tauchte nur zweimal für dreissig Sekunden auf. Die zufälligen Fotos von «Nessie» waren ebenso vorbereitet wie die Anrufe auf den Medienredaktionen. Zum überwältigenden Echo, das dieser Jux auslöste, sagt Keller: «Die Menschheit hat offensichtlich ein grosses Bedürfnis nach Monstern, Ungeheuern und Dingen, die Angst machen.»

Doch das ist Schnee von gestern. Momentan erweckt Keller keine mysteriösen Kreaturen zum Leben. Sein aktuelles Projekt dreht sich um die bildende Kunst. Auf seiner Homepage (visipix.com) hat er rund 1,3 Millionen Bilder zusammengetragen, die er jedermann frei zugänglich macht. «Es ist die grösste Kunstsammlung der Welt», sagt er. Und wie finanzierte Keller sein eigenes Leben? «Das Geld ist mir immer dann nachgerannt, wenn ich es nicht erwartet habe.» Mit anderen Worten: Hannes Keller verdiente Millionen, gab das Geld aber immer wieder aus. Heute ist er mit sich und der Welt im Reinen und ist dankbar, dass sein Sohn Severin im oberen Stock seines Hauses wohnt. Denn auch beim verwegenen Tiefseetaucher gilt: Blut ist dicker als Wasser.



Thomas Renggli: Tiefenrausch – das fantastische Leben des Hannes Keller. Fona. 208 S., Fr. 34.90

Mächtig wie der liebe Gott

Von Christoph Mörgeli

Im *Blick* wird Bundesanwalt Michael Lauber von Lienhard Ochsner (SP) bespuckt, einem Hauptverursacher des grössten Skandals unseres Bundesstaats: Er blies harmlose Skizzen des unbescholtenen Bankiers Oskar Holenweger zur «politischen Dimension» auf und erfand einen Putsch von Justizminister Blocher gegen die Bundesanwaltschaft. Als Chefankläger gegen Holenweger versagte Ochsner vollkommen. Weil er sein Desaster kommen sah, wollte er den zuständigen Bundesstrafrichter absetzen. Später unterlag Ochsner Michael Lauber bei der Wahl zum Bundesanwalt. Diesen kritisiert jetzt auch Stefan Lenz, Ochsners Adjutant im Fall Holenweger. Als Anwalt übernahm Lenz das Mandat einer Klientel, gegen die er als Anwalt des Bundes noch untersucht hatte. Das Bundesgericht musste diesen Unfug stoppen.

In der *Weltwoche* wurde nachgewiesen, wie Bundesgerichtspräsident Ulrich Meyer (SP) die Steuererklärung seiner Freundin frisiert hat. Damit deren Noch-Ehemann mehr Unterhalt zahlen muss, bestreitet die seinerzeit illegal aus Kamerun eingewanderte Ex-Prostituierte ihre Beziehung zum Bundesgerichtspräsidenten und dass sie mit Meyer unter einem Dach wohnt. Bundesgerichtspräsident Meyer verhalf seiner Lebenspartnerin 2015 mutmasslich zu einer Steuerhinterziehung von 100 000 Franken. Doch nichts geschieht.

Laut Eigendeklaration wäre die Gerichtskommission des Parlaments «zuständig für die Vorbereitung der Wahl und Amtsenthebung von Richterinnen und Richtern der eidgenössischen Gerichte (Bundesgericht, Bundesstrafgericht, Bundesverwaltungsgericht, Bundespatentgericht, Militärkassationsgericht)». Wer diese Gerichtskommission aber im Fall von Bundesgerichtspräsidenten Meyer an ihre Verantwortung erinnert, erhält zur Antwort: «Was die Amtsenthebung anbelangt, gilt diese Bestimmung allerdings nur für Gerichte, die über eine entsprechende gesetzliche Grundlage verfügen, d.h. für das Bundesstrafgericht, das Bundesverwaltungsgericht und das Bundespatentgericht. Für Richterinnen und Richter des Bundesgerichts ist eine Amtsenthebung nicht möglich.»

Unsere Bundesrichter richten, aber über sie kann nicht gerichtet werden. Sie könnten möglicherweise nach Belieben betrügen, stehlen, morden und vergewaltigen. Über ihnen waltet nur der liebe Gott. Schweizer, fürchtet nicht eure Gesetze. Fürchtet eure Bundesrichter!

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.

Vermisst wird die «Solar Vision»

Von Peter Bodenmann — Die SVP bietet ihren überalterten Landsturm auf, um nicht im Hitzesommer 2019 unterzugehen.



«Tu das Sünneli in den Tank»: SVP-Präsident Albert Rösti.

Es gibt so etwas wie Tradition: Die Rechte in der Schweiz war immer gegen ökologischen Fortschritt. Sie bekämpfte das Gurtenobligatorium. Sie war gegen Katalysatoren für Benzinmotoren und für mehr Blei im Tank. Und für Feinstaubschleudern auf den Baustellen.

Alle diese Schlachten für eine dreckige Schweiz hat die SVP verloren. Dies hat ihr nicht geschadet, weil sie nach dem Prinzip von Konrad Adenauer politisierte: «Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern.»

Einst war Christoph Blocher der bewegliche, bürgerliche Chefbestatter des Atomkraftwerks Kaiseraugst. Zurzeit rollt eine neue Öko-Welle. Die SVP will diese Welle mit ihrem Landsturm brechen, statt sie zu reiten: Blocher ist mit zu wenig Inhalten omnipräsent. Toni Bortoluzzi hat den Marschbefehl im Tornister. Oskar Freysinger soll die welschen Pappenheimer revitalisieren. Dem Toni Brunner wird es im Haus der Freiheit bereits wieder etwas zu eng. Und Christoph Mörgeli will noch einmal nach Bern.

Die SVP soll wieder schriller werden. Mehr Farbe bekennen. Noch geht alles etwas nach hinten los. Weil man einmal Gewählte – wie etwa die SVP-Regierungsrätin Franziska Roth im Aargau – nicht wie Asylbewerber abschieben kann. Genauso wenig wie Luzi Stamm sein Koks. Und jetzt ist auch noch Maximilian Reimann auf der Gegenfahrbahn unterwegs. Die SP steckte einst in einer vergleichbaren Scheisse.

Dem politischen SVP-Landsturm fehlt im etwas unübersichtlichen Gelände die Kaiseraugst-Beweglichkeit. Sonst müsste die noch grösste Partei der Schweiz den Spieß umdrehen und aufzeigen, dass unser Land dank und mit dem SVP-Sünneli im Tank bereits 2035 klimaneutral unterwegs sein kann und wird.

Landsturm 1 — In den Schweizer Alpen produziert die «Solar Vision» der Herren Ebner und Blocher Solarstrom für 4 Rappen. Davon – dank bifazialen Zellen – mehr als die Hälfte im Winter.

Landsturm 2 — Alle Ölheizungen werden bis 2035 verboten. Stattdessen werden immer effizientere und leisere Wärmepumpen eingebaut, die ihren Strom von wem beziehen? Logo, von Ebner und Blocher.

Landsturm 3 — Elektroautos werden wie in Norwegen gefördert. Bald fahren alle richtigen Schweizerinnen und Schweizer mit Sünneli-Solarstrom.

Landsturm 4 — Entgegen den SVP-Prognosen entwickeln sich der Flughafen Zürich und die Swiss viel zu gut. Damit muss jetzt Schluss sein. In Zürich starten und landen darf nur, wer mit synthetischem Benzin fliegt.

Wir bleiben dankbar dran.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Hau den Lukas

Von Kurt W. Zimmermann — Warum ist die «Medienschelte» so populär geworden? Es liegt an der politischen Klimaveränderung.

Ueli Maurer formulierte ein paar Binsenwahrheiten. Es waren Binsenwahrheiten zu den Medien.

Er formuliert es in einem Interview mit der *Aargauer Zeitung*. Der Journalismus, sagte er, werde «immer kurzfristiger», er agiere nur noch «auf der Halbtagesachse», er habe «keine Tiefe», vieles sei «Mainstream».

Dann sagte Maurer einen Satz, der, etwas verkürzt, ein Klassiker werden könnte: «Pressefreiheit besteht oft darin, dem anderen abzuschreiben.»

Am nächsten Tag erregten sich sämtliche Blätter, Maurer habe zu einer «Medienschelte» ausgeholt.

Medienschelte. In der Politik gewinnt sie enorm an Beliebtheit.

Ueli Maurer hatte zwar recht, war aber eher zurückhaltend. Sonst gilt: Hau den Lukas.

Italiens Innenminister Matteo Salvini etwa will die «Journalistenbrut entgiften». Tschechiens Präsident Milos Zeman nahm zu einer Pressekonferenz eine nachgemachte Kalaschnikow mit, auf der «für Journalisten» stand. Der slowakische Ministerpräsident Robert Fico nannte die Medien «dreckige Prostituierte». Österreichs Kanzler Sebastian Kurz führte gegenüber den Medien eine «message control» ein. Ungarns Premier Viktor Orbán und der türkische Präsident Recep Erdogan bewirtschaften einen Journalisten-Index. Und auch Frankreichs Präsident Emmanuel Macron traut den Medien inzwischen alles zu, «ausser dass sie die Wahrheit suchen».

US-Präsident Donald Trump brauchen wir nicht speziell zu erwähnen. Für ihn sind Journalisten ohnehin «die wahren Feinde des Volkes».

Noch vor zehn Jahren gab es diese Polarisierung zwischen Politik und Presse nicht. Der Wandel hat eine politische und eine systemische Ursache.

Zuerst wollen wir noch das einzige Land beschreiben, wo sich Politiker und Journalisten noch in den Armen liegen. In Deutschland stehen die Medien voll hinter Angela Merkels schwarz-roter Koalition. Nur ganz wenige Blätter durchbrechen mit Kritik diese heile Welt. Es gibt also keinen Grund zur Medienschelte durch die Politik. Sie liebt ihre Journalisten.

Nur das deutsche Volk ruft mitunter noch «Lügenpresse».

In Deutschland funktioniert noch, was früher oft die Regel war. Die traditionell linken Journalisten sahen sich oft einer Regierung gegenüber, die ebenfalls linke Positionen vertrat.



«Die wahren Feinde des Volkes»: Präsident Trump.

Es entstanden zwei natürliche Verbündete, der politisch-mediale Komplex.

Nun sind linke Parteien und Koalitionen mit linker Beteiligung zuletzt fast überall aus der Regierung geflogen, von Italien über Österreich bis nach Osteuropa und den USA und, wie man erst jetzt merkt, auch in Frankreich. Das natürliche Gespann einer eher roten Regierung und der eher roten Journaille ist zerbrochen. Auch in der Schweiz sind Parlament und Bundesrat nach rechts gerutscht, die Journalisten aber mehrheitlich links geblieben.

Die konservativen Politiker, die neuerdings an der Macht sind, gehen mit den Medien nicht mehr auf Kuschelkurs. Sie setzen lieber auf Attacke.

Die Attacke fällt ihnen umso leichter, weil die Politik sich von den Medien emanzipiert hat. Bis noch vor drei, vier Jahren war eine politische Botschaft ohne Presse und TV nicht zu vermitteln. Heute kann jeder Politiker sich ohne das Mediensystem direkt an sein Wahlvolk wenden. Er nutzt dazu die explodierenden Kanäle Facebook, Instagram und Twitter.

Besonders aktiv in den Social Media sind Donald Trump, Recep Erdogan und Matteo Salvini. Sie sind auch die drei, welche die härtesten Medienschelten verabreichen.

Die Relation ist klar. Je weniger du die Journalisten brauchst, umso mehr machst du sie nieder.

Robocop

Von Henryk M. Broder — Clan-Kriminalität im Fokus.

In allen Programmen der deutschen Fernsehsender, von der ARD bis zum ZDF, gibt es immer öfter Berichte über die sogenannte Clan-Kriminalität, der die deutsche Polizei und die deutsche Justiz



neuerdings den Kampf angesagt haben. Man sieht Mannschaftswagen, aus denen Uniformierte steigen wie Marsmenschen, die versehentlich in Duisburg-Marxloh gelandet sind, weil ihr Navigationssystem versagt hat. Die «Marsianer» haben gepanzerte Helme, kugelsichere Westen, schwere Stiefel und eine Rüstung, wie sie auch Alex J. Murphy als Robocop getragen hat. Zuerst gehen oder laufen sie, ihre Waffen im Anschlag, in ein Haus, eine Schischa-Bar oder eine Diskothek, wenig später verlassen sie die Location mit einem Mann oder auch mehreren Männern in Freizeitkleidung, die offenbar festgenommen wurden, entweder weil sie schon zur Fahndung ausgeschrieben waren oder weil sie Widerstand gegen die Beamten geleistet haben. Aus dem Off heisst es dann, man habe grössere Mengen Bargeld und Waffen sichergestellt. Und Luxusautos beschlagnahmt, die mit Einnahmen aus illegalen Geschäften angeschafft wurden. Woher die Polizei das alles weiss und warum sie, wenn das alles bekannt ist, nicht schon eher interveniert hat, bleibt ungesagt. Das Einzige, was die dramatischen Bilder belegen, ist die Zusammenarbeit zwischen der Polizei und dem Fernsehen, das die Polizei vor Ort erwartet.

Nun gibt es die Clan-Kriminalität tatsächlich, und es gibt sie schon lange. Warum sie jetzt erst in den Blickpunkt der Medien gerät, hat wahrscheinlich etwas mit der Zuwanderungsdebatte zu tun, die relativ neu ist, und dem Umstand, dass sich die Clans aus dem Milieu der Zugewanderten rekrutieren. Allein in Berlin soll es, so der Bund Deutscher Kriminalbeamter, «etwa 20 bis 30 arabischsprachige Grossfamilien mit jeweils bis zu 900 Familienmitgliedern» geben, die ihren Lebensunterhalt mit Drogenhandel, Schutzgelderpressung, Glücksspiel und Mädchenhandel bestreiten. Niemand weiss, wie viele es im Ganzen sind, Schätzungen gehen bis zu 27 000 Personen, klar ist nur, in den Schischa-Bars wird nicht nur geraucht und den Kasinos nicht nur Billard gespielt. Jetzt sollen die Clans auch noch in das Geschäft mit der Versorgung von Flüchtlingen eingestiegen sein. Das ist legal, ungefährlich, und es wirft eine hohe Rendite ab. Ein dreifaches Hoch auf die Willkommenskultur!

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man einer im Zugsabteil gegenüber-sitzenden, elegant gekleideten Frau, die in regelmässigen Abständen die Nase hochzieht, ein Papiertaschentuch anbieten, oder sucht man sich besser einen anderen Platz?

Erika Amsler, Schinznach-Dorf

Den Wink mit dem Nastuch würde die Dame falsch verstehen. Für so was gibt's heute Smartphones: Posten Sie auf Facebook eine Nasenrümpfer-Animation mit dem Text: «Diese Dame hat mich angesteckt, warum hat sie sich bloss nicht geimpft?» Gut, das mag unlogisch und gemein sein. Aber schliesslich leistet sich der amerikanische Präsident täglich wesentlich grössere Ruppigkeiten. *Beda Stadler*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Es würde mich schon wunder nehmen, was die Chinesen besser machen!» *Niklaus Strolz*

Die Schönheit geniessen

Nr. 17 – «Zum Wachstum verurteilt»; Mathias Binswanger über den Kapitalismus

Der Autor fragt: Warum ist der Kapitalismus zum Wachstum verurteilt? Eine Ursache bleibt unerwähnt. Es sind die demografischen Gräben, die tiefer werden. Zum Beispiel: im Industriestaat Südkorea liegt die Geburtenrate bei 0,98 Prozent, im afrikanischen Niger wird sich die Bevölkerung bis 2050 vervierfachen. Auf der einen Seite ist es die enorme Konkurrenz, die die Konzerne zum Wachstum treibt, aber kaum Perspektiven für Familien mit mehreren Kindern schafft, auf der anderen Seite sind es Selbstbestätigung und Anerkennung durch Kinderreichtum (als Ersatz für Berufserfolg), was das Wachstum der Konsumgüterindustrie antreibt. Vordringlich ist demnach eine Weltsicht, die den Gräben überbrücken kann. Etwa diese: Wir alle sind nur Besucher auf diesem schönen Planeten. Wir dürfen geniessen und bewundern, welche Wunder er uns bietet. Wir sollten daher aus Dankbarkeit dafür sorgen, dass auch die nachfolgenden Besucher diese Schönheit geniessen können.

Gernot Gwehenberger, Dornach

Irreführende Zahlenspiele

Nr. 17 – «Klimatisten»; Editorial von Roger Köppel

Selbst als sogenannter Klimaskeptiker bin ich erstaunt, wie Roger Köppel in seinem jüngsten Editorial argumentiert. Es mag richtig sein, dass 97 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstosses direkt aus der Natur stammen. Allerdings spricht man beim CO₂-Ausstoss von der Freisetzung von CO₂ durch den Verbrauch fossiler Rohstoffe wie Erdöl, Erdgas und Kohle. Das aus der Natur, aus den Ozeanen freigesetzte CO₂ stammt allerdings zu nahezu 100 Prozent aus pflanzlichem und tierischem Material, das dort wiederum von Tieren freigesetzt wird. CO₂ also, das sich bereits im natürlichen Kreislauf befindet. Wie sich der CO₂-Gehalt in der Luft auf das Klima auswirkt, sei dahingestellt, aber mit solch irreführenden Zahlenspielen befördert sich Herr Köppel selbst ins Abseits.

Lukas Traub, Bremgarten

Trendige Kernenergie

Nr. 16 – «Fukushima im Faktencheck»; Alex Baur über Kernenergie

Wie der Autor schreibt, liegt die Kernenergie nach wie vor im Trend. Fünfzig neue Kern-



«Wir sind nur Besucher.»

kraftwerke sollen sich derzeit im Bau befinden, allein in China sollen im letzten Jahr sieben neue Atommeiler in Betrieb genommen worden sein. Da würde mich Konkreteres interessieren. Es ist ja so, dass das Kernkraftwerk Hinkley Point nach der ökonomisch motivierten Aufgabe der Kernkraftwerksprojekte Wylfa und Moorside durch Hitachi respektive Toshiba der einzig verbliebene Kernkraftwerksneubau in Grossbritannien ist. Das finnische Kernkraftwerk Olkiluoto ist – mit einer Bauverzögerung von zehn Jahren – immer noch nicht fertiggestellt. Es würde mich in diesem Zusammenhang schon wundernehmen, was die Chinesen besser machen!

Niklaus Strolz, Zürich

Eigene Regierung, eigene Richter

Nr. 16 – «Mythen und Wirklichkeit»; Kolumne von Christoph Mörgeli

Der NZZ-Chefredaktor und eifrige Befürworter des Rahmenabkommens Schweiz–EU, Eric Gujer, darf meinerwegen eidgenössische Mythen kritisieren. Er sollte aber gleichzeitig historische Tatsachen zur Kenntnis nehmen: So haben beispielsweise die Glarner am 11. März 1387 im Angesicht drohender Kriegsgefahr an ihrer ersten freien Landsgemeinde in ihren Land-satzungen beschlossen, ihre Freiheit und Unabhängigkeit zu sichern, eine eigene Regierung und eigene Richter vom Volk wählen zu lassen und das demokratische Verfahren einzuführen,

nach dem sich bei Abstimmungen die Minderheit der Mehrheit zu fügen hat.

Hans Glarner, Zollikon

Wird der Betrag zurückerstattet?

Nr. 15 – «Wenn die SRG dreimal zulangt»;
Peter Keller über Zwangsgebühren

Besten Dank für Ihren ausführlichen Artikel über die zusätzliche Besteuerung von KMU durch die SRG. Ich bezahle für den privaten Empfang Fr. 365.– und an derselben Adresse für meine Firma weitere Fr. 910.– für das Jahr 2019. Dies aufgrund des Umsatzes gemäss Mehrwertsteuerausweis von 2017 (Fr. 1050000.–). Wurde dieses (nicht aktuelle) Stichjahr auch gesetzlich bestimmt? Rechtlich lässt sich da ja wohl nichts machen. Wie sieht es denn aus, wenn der effektive Umsatz im Jahr 2018 oder 2019 unter Fr. 1000000.– liegt? Wird dann der zu viel bezahlte Betrag rückerstattet?

Max Stiefel, Unterengstringen

Wie Steuerhinterziehung entsteht

Nr. 15 – «Heute ja, morgen nein»;
Kolumne von Herodot

Was Herodot betreffend die Entziehung von Steuern beziehungsweise eine entsprechende Mitschuld sagt, stimmt nicht. Das Problem sind Politiker, die Steuersysteme etablieren, die Steuerhinterziehung überhaupt erst ermöglichen. Bei normalen Bürgern könnte man sämtliche Steuern auf beispielsweise die Mehrwertsteuer umwälzen, diese wäre dann zwar höher, aber alle anderen würden entfallen, so dass man im Endeffekt nicht mehr Steuern zahlen müsste. Dann wäre Steuerhinterziehung nur noch möglich, wenn man mit dem Händler etwas Betrügerisches aushecken würde. Oder der Arbeitgeber zieht nach demselben System (nur eine Steuer) einen bestimmten Prozentsatz vom Lohn ab und überweist den Betrag an die Steuerverwaltung und so weiter und so fort. Auch hier könnte man nur noch in Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeber betrügen. Nach diesem System könnte man dann auch gleich sämtliche Abzüge abschaffen, Steuererklärungen und die meisten Steuerbeamten wären dann auch nicht mehr nötig. Die Schweiz trifft also keine Schuld, die Politiker der entsprechenden Länder hingegen schon.

Mathias Roth, Allschwil

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der Weltwoche erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion Weltwoche,
Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.



Fragen Sie Dr. M. Der Experte für alle Lebenslagen

Alle paar Jahre gibt es wieder einen neuen Ernährungstrend. Zurzeit ist Intervallfasten das grosse Thema, also dass man sechzehn Stunden pro Tag nichts isst, zum Beispiel, indem man das Frühstück auslässt. Was halten Sie von solchen Trends? Ist das einfach für Leute mit übermässigem Gesundheitsfimmel? Oder sollte man das ernst nehmen?

Carla K., Bern

Sie haben recht, dauernd ist ein neuer Ernährungstrend Mode und verschwindet auch regelmässig wieder. Ich habe gar nicht gewusst, dass zurzeit Intervallfasten wieder ein solches Modethema ist. Ich sage «wieder», weil ich das schon vor Jahren erlebt habe, als die grosse Gesundheitserneuerung aufkam. Aber dieser Trend ist dann auch wieder verschwunden. Jetzt ist er anscheinend wieder da. Ich nehme solche Trends mit dem notwendigen Humor. Wenn jemand Freude hat, solche Moden mitzumachen, dann sollte man ihm die Freude lassen mit der Gewissheit, dass auch diese Freude nicht allzu lange dauert.

Schädlich sind diese Trends ja nicht. Ob sie nützlich sind, ist eine andere Frage. Anders ist es, wenn solche Ernährungsformen vom Arzt aus medizinischen Gründen gleichsam verschrieben werden. Dann muss es getan werden – unabhängig davon, ob es ein Trend ist oder nicht.

Mailen Sie uns Ihre Fragen zu allen Lebenslagen an drm@weltwoche.ch.

Oder schreiben Sie an Redaktion Weltwoche,
Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.
Die Fragen werden anonym publiziert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

DIE WELTWOCH

Die Weltwoche im «Taschenformat».

Sie brauchen auch unterwegs nicht auf die Weltwoche zu verzichten. Mit dem schnellen Download haben Sie jede Ausgabe seit 2013 im Nu zur Verfügung. Ideal als Ergänzung zur gedruckten Ausgabe.



Neu:
Mit Bildern
und
Illustrationen



Verhängnisvolle Versetzung

Der 300 000-Franken-Jahreslohn für den künftigen Verteidigungsattaché in den USA, Daniel Baumgartner, ist gesetzwidrig. Die neue Verteidigungsministerin Viola Amherd hat ein ernsthaftes Problem. *Von Christoph Mörgeli*

Der langjährige Militärpolitiker Helmut Hubacher (SP) spricht von einem «Lohnschutz» für einen «Schoggi-Job». Er habe es in 34 Jahren im Bundeshaus nie geschafft, herauszufinden, was ein Militärattaché eigentlich mache. In den Leserbriefspalten äussern sich zahlreiche Bürger erbost über die Wegbeförderung von Korpskommandant Baumgartner, der an den Spesenskandalen der Armee massgeblich beteiligt war. Zumal er Anspruch auf einen Jahreslohn von 300 000 Franken hat, was dem doppelten Lohn eines «normalen» Verteidigungsattachés entspricht. Obwohl Baumgartner sieben Positionen auf der Lohntabelle zurückgestuft wird, darf er in den USA seinen bisherigen Lohn beziehen.

Wie ist das erklärbar? Laut Bundespersonalverordnung kann der Bundesrat höhere Staboffiziere jederzeit aus ihrer Funktion oder ihrem Kommando entlassen und in eine andere Funktion versetzen. Liegt die neue Funktion tiefer auf der Lohntabelle und liegen die Gründe für die Versetzung nicht bei der angestellten Person, so können solcherart umplatzierte Bundesangestellte für zwei Jahre eine lohnmassige Besitzstandswahrung geltend machen. Für höhere Staboffiziere wie Daniel Baumgartner sieht die Verordnung sogar eine doppelte Besitzstandswahrung von vier Jahren vor.

Unauflöslicher Widerspruch

Nun besagt aber die Bundespersonalverordnung ganz klar: Diese Vorzugsbehandlung

während zweier Jahre, bei höheren Staboffizieren während vier Jahren, gilt lediglich bei Gründen, «die nicht bei der angestellten Person liegen». Laut eigener, unermüdlich wiederholter Aussage von Ausbildungschef Daniel Baumgartner hat er selbstbestimmt und von sich aus um die Versetzung nach Washington gebeten – der Grund für die Versetzung liegt also nach Version Baumgartner ausschliesslich bei ihm als Bundesangestelltem. Seine Mitarbeiter hat er am 12. April wörtlich wissen lassen: «Da viele Gerüchte kursieren, ist es mir ein Anliegen, Ihnen ein paar Zusammenhänge zu erläutern. Am 19. Februar habe ich die Chefin VBS, Bundesrätin Viola Amherd, um meine Versetzung gebeten. Ich tat dies auf eigenen Wunsch und ohne jeden Druck von aussen.»

Verteidigungsministerin Viola Amherd (CVP) hatte schon an ihrer Medienkonferenz vom 4. April Baumgartners Version bekräftigt. Der Chef Ausbildung werde «auf eigenen Wunsch eine neue Funktion übernehmen». Somit ist jeder Zweifel ausgeräumt: Die vorgesehene Versetzung von Bern nach Washington gründet ausschliesslich auf dem Willen der angestellten Person. Somit kann Daniel Baumgartner keine Besitzstandswahrung nach Art. 52a Abs. 1 Bundespersonalverordnung geltend machen. Er müsste gemäss seiner neuen Funktion als Verteidigungsattaché und damit deutlich tiefer entlohnt werden. Die jetzt für ihn vorgesehene Lösung widerspricht den gesetzlichen

Vorgaben. Bundesrat und Bundesverwaltung können sich nicht auf geltendes Recht berufen.

«Appenzeller-Alpenbitter-Orgien»

Überhaupt genügt auf der Stufe der obersten Armeekader das geringste Misstrauen der Vorgesetzten, um ein Anstellungsverhältnis sofort aufzulösen. Bereits die vom Verteidigungsdepartement in Auftrag gegebenen Administrativuntersuchungen hätten im Fall Daniel Baumgartner eine Kündigung ohne weiteres gerechtfertigt. Der vom Zürcher Rechtsanwalt Cornel Borbély umsichtig erstellte 73-seitige Bericht über Baumgartners grosszügigen Umgang mit Steuergeld während seiner Zeit als Chef der Logistikbasis der Armee brachte knüppeldicke Vorkommnisse an den Tag. Der Oberfeldarzt berichtete darin über «Appenzeller-Alpenbitter-Orgien» in Baumgartners Verantwortungsbereich, wobei die Leute «zum Teil fast nicht mehr ansprechbar und am Morgen nicht fähig» gewesen seien, die Arbeit weiterzuführen.

2015 organisierte der damalige Divisionär Baumgartner einen Jahresrapport seiner Logistikbasis mit 4014 Teilnehmern. Kostenpunkt: 580 000 Franken. Dabei sind weder die Millionenkosten von Löhnen mit eingerechnet noch der Aufwand für mehrere Angestellte, die während eines Jahres ausschliesslich für dieses Ereignis gearbeitet haben. Als Redner geladen waren neben Gastgeber Baumgartner Bundesrat Ueli Maurer (SVP),



«Da viele Gerüchte kursieren...»: Bundesrätin Amherd.



Goldmedaillen, Zigarren, Tabak: Divisionär Baumgartner.

Armeechef André Blattmann sowie Nobelpreisträger Kurt Wüthrich. Umrahmt wurde der Monsteranlass inklusive reichhaltigen Mittagessens von aufwendigen Licht-, Ton- und Filmeffekten, den Klängen eines Militärspiels und dem Gesang eines Schlagerstars.

Der Untersuchungsbericht Borbély beurteilt die Kosten als «ausserordentlich hoch» und stellt die Frage nach «Notwendigkeit und Mehrwert» solcher Rapporte; jedenfalls bestehe «die Verdachtslage auf Widerhandlung gegen den Grundsatz der Sparsamkeit». Eine «ernsthafte Verdachtslage» liege auch bei den Kosten von Fr. 5112.55 für die Verabschiedung zweier Mitarbeiter durch Baumgartner vor. Desgleichen für Alkoholkosten von Fr. 71.53 pro Person bei einem Geschäftsleitungsseminar. Oder für 82 Einheiten Spirituosen anlässlich eines anderen Seminars mit 22 Teilnehmern. So geht's weiter bei staatlich bezahlten Abschiedsgeschenken, Goldmedaillen, Zigarren und Tabak.

Vor allem die zahlreichen Goldgeschenke an Mitarbeiter übertrafen den Richtwert eines Maximalbetrags von 500 Franken regelmässig. Dabei wurden solcherart «ohne genügende Rechtsgrundlage» vergoldete Mitarbeiter im gleichen Jahr zusätzlich mit Leistungsprämien im fünfstelligen Frankenbereich ausgezeichnet.

«Eines Generals unwürdig»

Erschwerend kommt hinzu, dass sich Daniel Baumgartner – im Gegensatz zu Armeechef Philippe Rebord und Divisionär Thomas Kaiser, neuer Chef der Logistikbasis – bei Borbélys Untersuchung nicht kooperativ verhielt. Er verschwieg dem Untersuchungsbeauftragten beispielsweise bei der ersten Befragung, dass er selber eine Goldmedaille als Abschiedsgeschenk entgegengenommen hatte. Diese Gabe im Wert von 1170 Franken wurde in seinem Lohnausweis nicht ausgewiesen und

folglich nicht versteuert. Erst als Baumgartner bei einer zweiten Einvernahme konkret darauf angesprochen wurde, «bestätigte er die Entgegennahme der Auszeichnung».

Sein Budgetverantwortlicher sagte aus, er habe Baumgartner einmal ausdrücklich auf eine hohe Alkoholrechnung «aufmerksam gemacht und ihm gesagt, es habe Posten, die eindeutig über der Norm seien». Dennoch wurde die Rechnung von 82 Glas verschiedener Schnäpse von Baumgartner unterschrieben und mit Steuergeld beglichen. Wobei er sich später daran nicht erinnern mochte: «Schnaps sei selten ein Thema gewesen, eigentlich nie. Wenn es ihm recht sei, habe es nie einen Schnaps auf der Rechnung gehabt».

Baumgartner ist also angesichts seines Spesengebarens ausdrücklich gewarnt worden. Somit steht sogar der Verdacht auf Vorsatz oder

Daniel Baumgartner hat Steuergeld in beträchtlicher Höhe zweckentfremdet.

Eventualvorsatz im Raum. Warum ist die Bundesanwaltschaft nicht aktiv geworden, wie sie es zwingend hätte tun müssen? Aber auch die Vorgesetzten hätten auf den Bericht von Cornel Borbély mit einer Disziplinaruntersuchung reagieren müssen. Denn es bestand die «Verdachtslage, dass die Gesamtverantwortung für die entstandenen Anlässe und Kosten bei Korpskommandant Baumgartner liegt» und dass unter seiner Führung «mehrfach gegen den Grundsatz der Sparsamkeit verstossen wurde». Der Untersuchungsbeauftragte empfahl neben sachbezogenen Korrekturmassnahmen ausdrücklich, es seien «ebenfalls personenbezogene Massnahmen zu prüfen».

Der Tatbestand ist klar: Daniel Baumgartner hat Steuergeld in beträchtlicher Höhe zweck-

entfremdet. In Kreisen früherer höchster Offiziere und der militärischen Vereine ist der Unmut gross: «Dieses Gebaren ist eines Generals unwürdig», brachte es ein pensionierter Korpskommandant auf den Punkt. Bei jedem gewöhnlichen Bürger hätte ein solches Verhalten eine Strafuntersuchung wegen Veruntreuung zur Folge. Der Anfangsverdacht ist zweifelsfrei gegeben. Die Administrativuntersuchung Borbély hätte für das auftraggebende Verteidigungsdepartement die Grundlage bilden müssen, um neben der Disziplinaruntersuchung auch ein Strafverfahren zu prüfen.

Viele Feinde

Die Disziplinaruntersuchung von Ulrich Arbenz fiel auffallend milde aus. Der frühere Zürcher Oberstaatsanwalt schlug lediglich die personalrechtliche Massnahme eines mündlichen Führungsgesprächs mit Daniel Baumgartner vor. Diese «Verwarnung» gemäss Bundespersonalgesetz sei eine «mildere Art der Rüge» als eine Disziplinar-massnahme, die der Untersuchungsbeauftragte nicht für notwendig hielt. Andere Massnahmen, so Arbenz, seien nicht angebracht, «es sei denn, das Vertrauensverhältnis sei [...] gestört, eine Beurteilung, die den Vorgesetzten vorbehalten ist».

Daniel Baumgartner hat sich in seiner Karriere viele Feinde gemacht. Der gelernte Müller tritt charismatisch bis herrisch auf, hat aber durchaus die Gabe, Untergebene in allen Landessprachen anzufeuern und zu motivieren. Militärische Weggefährten irritiert sein Mangel an Kritikfähigkeit. Er gilt als ausgesprochen strenger Erzieher, auch als Vater seiner sechs Kinder. In amerikanischen Militärkreisen dürfte die Personalakte Baumgartner zweifellos bereits heute besser bekannt sein als in der Schweiz. Einem effizienten, nutzbringenden Wirken als Verteidigungsattaché in Washington sind deshalb von vornherein enge Grenzen gesetzt. ○

Wie reich muss ich sein, um Grün zu wählen?

Bio-Gemüse, Elektroautos, Solarstrom, energieeffizientes Wohnen – alles schöne Ideen. Aber man muss sich diesen Lifestyle auch leisten können. Die Öko-Politik kostet einen Familienhaushalt mehrere tausend Franken im Jahr. *Von Peter Keller*

Die Angst vor dem Klimawandel pflügt die politische Landschaft in der Schweiz um. Grüne und Grünliberale gewinnen in den kantonalen Wahlen in Luzern, Zürich, Basel-Landschaft kräftig hinzu. Grüne Dämmerung auch in Deutschland. Bei Umfragen liegt die Öko-Partei regelmässig auf dem zweiten Platz mit gegen 20 Prozent. Der Präsident Robert Habeck gilt als «beliebtester Politiker» im Land.

Was heisst dieser Erfolg politisch? Und was kostet die grüne Politik den einzelnen Bürger? Die deutsche *Bild*-Zeitung rechnete in verschiedenen Bereichen wie Verkehr, Lebensmittel, Energie, Ferien nach. Grüne Politik muss man sich offenbar leisten können. Das zeigen auch die folgenden Beispiele und Berechnungen aus der Schweiz.

Benzin — In der Beratung zum CO₂-Gesetz 2018 forderte die grüne Fraktionssprecherin und Waadtländer Nationalrätin Adèle Thorens eine Erhöhung des Benzinpreises um 20 Rappen pro Liter. Ein Familienhaushalt, der wegen des Arbeitswegs auf ein Auto angewiesen ist und dieses auch privat nutzt, kommt schnell einmal auf jährlich 25 000 Kilometer. Bei einem Verbrauch von 9 Litern auf 100 Kilometer kostete allein der Öko-Zuschlag 450 Franken im Jahr. Hier gilt es zu ergänzen, dass der Staat jetzt schon kräftig zulangt: Bei jedem Liter Tankfüllung zwackt die öffentliche Hand 85 Rappen ab für Mineralölsteuer und andere Abgaben.

Strassenabgabe — Die Autohersteller haben auf die erhöhten Treibstoffabgaben reagiert und bringen immer mehr Fahrzeuge mit geringerem Benzinverbrauch auf den Markt. Damit drohen Ausfälle bei der Mineralölsteuer. Die grüne Parteipräsidentin Regula Rytz setzt deshalb auf Mobility-Pricing, also eine Art Strassenzoll, berechnet nach zurückgelegten Kilometern und variablen Preisen je nach Verkehrsaufkommen. «Der Strassenverkehr verursacht heute über sechs Milliarden Franken ungedeckte externe Kosten pro Jahr», begründet Rytz ihre Forderung. Diese «Umwelt- und Gesundheitskosten» müssten über ein Mobility-Pricing-System abgegolten werden. Bei jährlich 60,9 Milliarden zurückgelegten Strassenkilometern durch in- und ausländische Personenwagen würde die Umwälzung rund zehn Rappen pro Kilometer ausmachen. Macht bei durchschnittlich 11 000 Kilome-

tern pro PW und Jahr einen Regula-Rytz-Obolus von 1100 Franken.

Auto — Der Fraktionschef der Grünen, Balthasar Glättli, reichte vorletztes Jahr eine Motion ein, laut der ab 2025 in der Schweiz keine Personenwagen mehr mit Benzin- oder Dieselmotor neu zugelassen werden sollen. Wer schon heute freiwillig umsteigt, muss ein dickes Portemonnaie haben. Durchschnittlich geben die Schweizerinnen und Schweizer 45 000 Franken für einen Neuwagen aus. Wer einen schicken Tesla (Model S) will, muss über 107 000 Franken hinblättern. Mit 836 Stück steht er auf Platz zwei der meistverkauften Elektroautos in der Schweiz. Derzeit liegt übrigens der Marktanteil von PW mit Elektroantrieb bei mickrigen 1,7 Prozent (2018). Grün wählen heisst also noch lange nicht grün Auto fahren.

Einkaufen — Gemäss Branchenverband Bio Suisse geben die Schweizer Konsumenten 3,1 Milliarden Franken für Bio-Lebensmittel aus, was rund 9 Prozent Marktanteil ausmacht. Das beliebteste Bio-Produkt sind Eier mit 27,6 Prozent Anteil am gesamten Umsatz. Ein Sechserpack Bio-Eier, Schweiz, Freiland, kostet heute in der Migros Fr. 4.85, M-Classic-Eier aus der Schweiz aus Bodenhaltung nur rund die Hälfte: Fr. 2.45.

Das Bundesamt für Landwirtschaft hatte 2015 für das Konsumentenmagazin «Kassensturz» erstmals berechnet, wie viel mehr eine Familie für Bio-Produkte bezahlen muss. Der Preisunterschied ist markant: Ein Warenkorb mit 25 Lebensmitteln des täglichen Gebrauchs

M-Classic-Eier aus der Schweiz aus Bodenhaltung kosten nur rund die Hälfte: Fr. 2.45.

ist 50 Prozent teurer. Die Kartoffeln waren 72 Prozent teurer, die Bio-Äpfel Golden Delicious kosteten 89,8 Prozent, die Pouletbrust sogar 90,8 Prozent mehr. Für den Warenkorb mit konventionell produzierten Produkten zahlt die Familie im Monat 238 Franken. Wer nur Bio-Produkte kauft, zahlt deutlich mehr, rund 358 Franken. Insgesamt gibt ein Schweizer Haushalt im Schnitt 632 Franken im Monat für Lebensmittel aus. Wer bei seinen Einkäu-

fen generell auf Nachhaltigkeit achtet, gibt schnell einmal 2000 bis 2500 Franken mehr aus im Jahr für ökologisch korrekte Konsumartikel. Grün muss man vergolden.



Das glückliche Hühnerei muss vergoldet werden:

Heizen — Das Heizen mit Öl wird heute schon mit einer Öko-Abgabe belegt. Sie beträgt derzeit 96 Franken pro Tonne CO₂, was rund 25 Rappen pro Liter Heizöl ausmacht. Die Grünen wollten diesen Betrag auf 210 Franken (oder 54 Rappen pro Liter) erhöhen. Für die Grünliberalen viel zu wenig. Vor der Beratung zum CO₂-Gesetz schrieben sie in einer Medienmitteilung: «Die CO₂-Abgabe ist an sich ein effektives Instrument, um den CO₂-Ausstoss zu verringern. Damit unser CO₂-Ausstoss aber in der gewünschten Geschwindigkeit reduziert werden kann, braucht es eine grössere Lenkungswirkung. Daher fordern wir eine Erhöhung des Maximalansatzes von 210 CHF pro Tonne auf 400 CHF pro Tonne.» Das ergäbe 104 Rappen Öko-Strafe pro Liter

Heizöl. Für einen Familienhaushalt in einer Mietwohnung von hundert Quadratmetern und einem durchschnittlichen Verbrauch von 21 l/m²/Jahr kostet die grünliberale CO₂-Abgabe 2184 Franken (heute 525 Franken).

Strom — Das Portal www.mynewenergy.ch vergleicht die verschiedenen Stromangebote. Als Beispiel dient ein Vier-Personen-Haushalt in der Stadt Zürich, Mietwohnung mit Wärmepumpenheizung, Stromverbrauch von 7590 kWh im Jahr. Der Standard-Strompreis beim Elektrizitätswerk Zürich beträgt 119 Franken im Monat. Wer ganz auf Sonnenenergie setzen möchte und das Produkt «ewz.solartop» wählt, zahlt für gleich viel Strom 337 Franken im

Monat. Das Öko-Sünneli kostet den Haushalt 2616 Franken mehr im Jahr als der Standardmix mit Kernkraft-Energie.

Fliegen — Auch eine CO₂-Abgabe auf Tickets für Flüge ab Schweizer Flughäfen scheint mehrheitsfähig zu werden. In der Beratung zum CO₂-Gesetz lagen entsprechende Anträge von links-grüner Seite vor, die bis zu 30 Franken für Flüge in EU-Länder sowie zwischen 30 und 48 Franken für Flüge in andere Länder vorsahen. Die Höhe soll von der Flugdistanz und der Anzahl der beförderten Passagiere abhängen. Eine vierköpfige Familie, die nach Mallorca in die Sommerferien fliegt, müsste bis zu 120 Franken Aufpreis zugunsten des Klimas zahlen.

Wohnen — Der Schweizerische Mieterinnen- und Mieterverband (SMV) ist im Dilemma. Traditionell dominieren Linke und Grüne den Vorstand. Momentan präsidiert der Genfer SP-Nationalrat Carlo Sommaruga den SMV. Eine Studie des Bundesamtes für Energie in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Wohnungswesen hat ergeben, dass die Energiesanierung von Häusern eine erhebliche



«Urban Gardening» auf einem Hausdach in Zürich.

Das Öko-Sünneli kostet den Haushalt 2616 Franken im Jahr mehr.

Mehrbelastung für die Mieter bedeutet. Fazit der untersuchten Beispiele: Die Kosteneinsparung aus dem reduzierten Energieverbrauch ist wesentlich geringer als die mit der Sanierung verbundene Mieterhöhung. Ein Mehrfamilienhaus mit 32 Wohnungen wurde rundum renoviert. Rechnet man den Anteil der Mieterhöhung heraus, der auf die energetische Sanierung zurückzuführen ist, kommt man auf 149 Franken, wobei die Mieter nur rund 55 Franken pro Monat an Energiekosten sparen. Der Öko-Aufschlag im Jahr: 1128 Franken.

Reisen wird zum Luxus, Pendler bluten, Mieter zahlen den Preis der Energiewende, das glückliche Hühnerei muss vergoldet werden: 450 Franken pro Jahr sind fällig für höhere Benzinpreise, 1100 Franken für Strassenbenützungsgebühren (Mobility-Pricing), 2500 Franken Mehrausgaben fallen für nachhaltig produzierte Konsumartikel an, 1128 Franken Mehrmiete für energetisches Wohnen (oder 2184 Franken CO₂-Strafe fürs Heizöl), 2616 Franken sind für das Solarstrom-Abo hinzublättern. Ein ökologisch geführter Haushalt muss bei diesem Berechnungsbeispiel mit zusätzlichen Ausgaben von 7794 Franken rechnen. Wer sich die höheren Benzinpreise sparen will, kann sich natürlich einen Tesla Model S für 107 000 Franken anschaffen. Den grünen Lifestyle muss man sich leisten können. ○

Mesos heikler Protonen-Deal

Unter Federführung des heutigen ETH-Präsidenten baute das Paul-Scherrer-Institut eine neue Anlage für fast 25 Millionen Franken. Bei der freihändigen Vergabe an einen US-amerikanischen Konzern wurden rechtliche Vorschriften missachtet. Sogar der Verdacht auf Korruption stand im Raum. *Von Florian Schwab*

Das Zentrum für Protonentherapie ist der medizinische Stolz des Paul-Scherrer-Instituts (PSI). Sein Herzstück, der Teilchenbeschleuniger, ist in drei Meter dicken Beton eingemauert. Protonen werden hier auf bis zu 180 000 Kilometer pro Sekunde beschleunigt (60 Prozent der Lichtgeschwindigkeit) und dann in einem Strahl zu den rund fünfzig Meter entfernten Behandlungsräumen zu den Krebspatienten geleitet, um Krebszellen zu zerstören.

Das PSI entwickelt seit dreissig Jahren Technologien, die es erlauben, einen Protonenstrahl zielsicher in einen Tumor zu lenken. Im Unterschied zu herkömmlicher Strahlentherapie nimmt das benachbarte Gewebe weniger Schaden. Dank der Grundlagenarbeit des PSI sind heute weltweit rund siebzig Behandlungsstationen für Protonentherapie im Einsatz – ein Siegeszug der PSI-Technik durch die globale Krebsmedizin.

So weit, so gut – die Grundlagenforschung ist der Kernauftrag des PSI. Das Institut ist dem ETH-Bereich zugeordnet und untersteht dem ETH-Rat. Offenbar nimmt es das PSI aber ausgerechnet in dieser Vorzeigesparte mit den gesetzlichen Regeln und mit der Transparenz nicht allzu genau. Das Protonenproblem des PSI begann im Jahr 2011, als kantonale Gesundheitspolitiker beschlossen, dass die innovative Krebsbehandlung keineswegs in private Hände gelangen dürfe. Zürcher Kantonsräte, wie der spätere Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger (FDP), beobachteten mit Argwohn, dass private Unternehmer in Galgenen, Kanton Schwyz, ein privates Zentrum für Proto-

Entgegen Webers Behauptung gab es überhaupt keine öffentliche Ausschreibung.

nentherapie errichten wollten. Um dieses Vorhaben auszubooten, gelangten sie mit einem verführerischen Angebot an das PSI: Zürich würde zwanzig Millionen aus seinem Lotteriefonds für einen neuen Behandlungsraum lockermachen. Das PSI liess sich einwickeln und stellte beim Lotteriefonds den bestellten Unterstützungsantrag. Ende 2011 war die Vergabe rechtsgültig beschlossen. Vor fast genau einem Jahr, am 14. Mai 2018, wurde die neue Anlage namens Gantry 3 eingeweiht. Am grossen «Festsymposium zur Inbetriebnahme» jubelte der damalige Zürcher Gesundheits-



Über alles im Bild: ETH-Präsident Mesot.



Private ausgebootet: Regierungsrat Heiniger.



Geschäftsgeheimnis: Chefarzt Weber im Protonentherapiezentrum Gantry 3.

direktor Heiniger, er sei froh über die «Zurückhaltung beim Bau von Protonenzentren an anderen Standorten in der Schweiz».

Lizenzannahmen sichern

Wir halten fest: Genau zu dem Zeitpunkt, da diese Technologien im klinischen Betrieb weltweit eine immer weitere Verbreitung finden und damit die Kosten sinken, baut das PSI, als Forschungsinstitut des Bundes, neue Behandlungskapazitäten auf, die hauptsächlich dem klinischen Betrieb dienen. Marktkenner sind überzeugt: Mit Fallpauschalen um die 38 500 Franken wird das PSI schon bald im internationalen Vergleich überteuert dastehen.

Innert viereinhalb Jahren, also bis Sommer 2015, so versprach das PSI dem Kanton Zürich, würde Gantry 3 bereitstehen. Ab dem positiven Entscheid des Lotteriefonds verbrachten Joël Mesots Leute fast dreieinhalb Jahre mit der Suche nach Partnern. Die Federführung dabei hatte der direkt Mesot unterstellte Stabschef des PSI, Thierry Strässle. Mesot, der per Januar 2019 zum Präsidenten der ETH Zürich berufen wurde, war über alle relevanten Geschehnisse im Bild. Und dann kam es zu einem Hauruckentscheid: Im März 2014, also rund ein Jahr vor der versprochenen Inbetriebnahme, entschied die PSI-Spitze, den Auftrag in der Höhe von zwölf Millionen Franken an den amerikanischen Konzern Varian freihändig zu vergeben, sprich: ohne öffentliche Ausschreibung. Quellen aus dem PSI berichten, der zuständige Projektleiter sei nicht eingeweiht gewesen und noch Tage vor der öffentlichen Ankündigung davon ausgegangen, dass man die Anlage (wie auch deren Vorgängerin Gantry 2) in Zusammenarbeit mit dem Ingenieurbüro Schär aus Flaach ZH realisieren werde. Der damalige Direktor Mesot liess sich nach diesem einsamen Entscheid zitieren, er «freue sich auf die neue Zusammenarbeit» mit Varian.

Warum hat das PSI den Auftrag in zweistelliger Millionenhöhe nicht öffentlich ausgeschrieben, obwohl das Beschaffungsgesetz dies ab der Grenze von 230 000 Franken verlangt? Auf Anfrage schreibt das PSI, man berufe sich auf eine Ausnahmebestimmung, welche «Erstanfertigungen von Gütern (Prototypen) oder neuartige Dienstleistungen» von der Pflicht entbinde, die «im Rahmen eines Forschungs-, Versuchs-, Studien- oder Neuentwicklungsauftrages hergestellt oder entwickelt werden». Gantry 3 basiere auf einem «nicht kommerziell erhältlichen Basismodell» von Varian.

Das Problem dabei: Weder aus Sicht des PSI noch aus Sicht der Firma Varian war Gantry 3 eine grosse technische Innovation. Varian führt die Transaktion in mehreren Berichten als einfachen Verkauf seines Produkts Probeam und nicht als Neuentwicklung. Damien Charles

Weber, der Chefarzt des PSI, schrieb 2018 in einem PSI-Newsletter nach der Inbetriebnahme, eine der grössten Herausforderungen habe darin bestanden, «ein kommerzielles Produkt in das komplexe System und die IT-Infrastruktur des PSI zu integrieren». Weiter behauptet er, «Ausschreibung und WTO-Prozess» hätten viel Zeit in Anspruch genommen, obwohl es überhaupt keine Ausschreibung nach WTO-Richtlinien gab.

Martin Jermann, der das Projekt Gantry 3 als externer Consultant begleitet hat und davor einige Jahre unter Mesot als Stabschef des PSI amtierte, sagt, Gantry 3 sei «bezüglich Bestrahlungstechnologie mit Gantry 2 vergleichbar». Der Zweck der Zusammenarbeit mit Varian habe darin bestanden, diese Technologie aus der vom PSI entwickelten Vorgängeranlage, welche die Bestrahlung neuer Krebsarten erlaube, einem kommerziellen Anbieter zugänglich zu machen. «Mit Varian



wurde ein Forschungszusammenarbeits- und ein nicht-exklusiver Lizenzvertrag unterschrieben, welcher dem PSI zusätzlich zur Forschungsunterstützung Lizenzannahmen sichert bei der zukünftigen kommerziellen Verwertung dieser Technologie.»

Weder den Vertrag über die Forschungszusammenarbeit noch den Lizenzvertrag will das PSI allerdings offenlegen. Das Institut beruft sich auf das Geschäftsgeheimnis. Bisher, so Jermann, seien noch keine Lizenzannahmen aus dem Gantry-3-Vertrag an das PSI geflossen, da diese neue Technik erst in zukünftigen Produkten von Varian eingesetzt werden soll.

Umso mehr wäre aber eine Ausschreibung zielführend gewesen, um sicherzustellen, dass das PSI für die Entwicklung und Verwertung seiner Technologie einen angemessenen Preis

erzielt und diese nicht unter Wert verkauft. Interesse bestand seitens eines japanischen Unternehmens. Auch wäre der Hersteller der mechanischen Teile von Gantry 2, das Schweizer Ingenieurbüro Schär, daran interessiert gewesen. Hugo Schär, Inhaber des gleichnamigen Ingenieurbüros, will sich auf Anfrage nicht zum Thema äussern. Ein ehemaliger PSI-Mitar-

Hat das PSI der US-Firma Varian einen ungerechtfertigten Vorteil verschafft?

beiter sagt aber, «durch den Zuschlag an die Amerikaner sah sich Schär dazu gezwungen, die Hälfte seiner Firma nach China zu verkaufen». Unsere Quelle versichert: «Am Ende wäre die Zusammenarbeit mit Schär das PSI günstiger zu stehen gekommen als jene mit Varian.» Schär, die Japaner und allfällige andere Interessenten konnten den Entscheid aber nicht juristisch anfechten. Dafür hätte das PSI den Zuschlag auf der Online-Datenbank Simap publizieren müssen, was es nicht tat – ein klarer Verstoß gegen die Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen. Diese verlangt in Art. 28: «Die Auftraggeberin veröffentlicht den Zuschlag, namentlich auch denjenigen im freihändigen Verfahren», und zwar (Art. 8) auf der «elektronisch geführten Internetplattform für öffentliche Beschaffungen».

Untätige Behörden

Hat das PSI unter Umgehung rechtlicher Vorschriften sein Tafelsilber unter Wert nach Amerika verscherbelt und damit der US-amerikanischen Firma einen ungerechtfertigten Vorteil verschafft? Der Verdacht liegt nahe. Doch ohne Transparenz über die Verträge ist das nicht abschliessend zu beurteilen. PSI-interne Stellen haben offenbar verschiedene Kontrollinstanzen auf die Fragwürdigkeit hingewiesen. Die Finanzkontrolle des Bundes (EFK), die auch für das Finanzgebaren im ETH-Bereich zuständig ist, schreibt, sie habe «sehr allgemeine» Hinweise erhalten und habe entschieden, «diese bereits abgeschlossene Beschaffung nicht im Nachhinein zu prüfen». Die *Weltwoche* allerdings weiss: Ein Informant hat der EFK bereits 2014 in einem über einstündigen Treffen detaillierte Informationen zum Fall vorgelegt.

Untätig war auch der ETH-Rat, der die direkte Aufsicht über das PSI innehat. Obwohl Anschaffungen in dieser Grössenordnung auch hier nicht alltäglich sind, hat «das interne Audit des ETH-Rats» dieses Projekt «nicht überprüft». Ebenfalls keine Lust, die Sache genauer anzusehen, hatte die Bundesanwaltschaft. Eine entsprechende Anzeige wegen des Tatverdachts der Korruption erledigte sie ohne eine einzige Ermittlungshandlung per Eingangsstempel: «Nichtanhandnahme». ○

Falsches Ziel

Die Geldpolitik der SNB folgt nicht dem Verfassungsauftrag. Die Kommunikation ist ungenügend.

Gemäss Bundesverfassung Art. 99 Abs. 2 muss die Schweizerische Nationalbank (SNB) eine Geld- und Währungspolitik führen, die dem Gesamtinteresse des Landes dient. Dieses besteht aus dem Interesse der Bevölkerung. Dass die SNB die Ziele Preisstabilität und konjunkturelle Entwicklung verfolgt, bedeutet eine Einschränkung auf den Bereich Wirtschaft. Ein wichtiges Instrument sind Negativzinsen. Nun kann die Bevölkerung nicht mehr sparen, weil kein Zins bezahlt wird, und Immobilien werden teurer. Die Altersvorsorge ist nicht mehr sicher, AHV und Pensionskassen gehen höhere Risiken ein, um Erträge von über 2 Prozent zu erwirtschaften. 2018 brachte ihnen grosse Verluste. Das ist eine Vernichtung von Volksvermögen mit negativen Langzeitfolgen.

Die SNB strebt eine Inflation von weniger als 2 Prozent pro Jahr an. Eine Inflation von 2 Prozent jährlich ergibt aber einen Verlust auf dem Kapital von 19,5 Prozent in zehn Jahren. Bei Negativzinsen von -0,75 Prozent verliert das Kapital der Altersvorsorge für die Bevölkerung noch viel mehr an Kaufkraft. Bei der Verwaltung des Vorsorgekapitals entsteht ein Druck in Richtung noch höherer Anlagerisiken. Angesichts der aktuellen Strukturveränderungen der Wirtschaft durch Internet und internationalen Handel ist das Inflationsziel der SNB falsch.

Die Nationalbank hat den Franken praktisch an den Euro angebunden. Sie folgt mit Negativzinsen der Politik der Europäischen Zentralbank. Dies ist unnötig, wie Tschechien und die skandinavischen Staaten zeigen, deren Währungen auch als Fluchtwährungen gelten und die ebenfalls in die EU exportieren. Sie haben den festen Wechselkurs zum Euro und die Negativzinsen aufgegeben, kombiniert mit einer sensiblen Kommunikation, die jeweils genug früh klare Signale gab, was zu erwarten sei. Diese Staaten haben eine selbständige Währungspolitik, die Wirtschaft entwickelt sich gleich gut wie die schweizerische, aber ohne die negativen Folgen. Die SNB gibt die Negativzinsen nicht auf, weil sie unfähig ist, richtig zu kommunizieren. Langsam wird die Kritik an den Negativzinsen nun stärker. Das Gesamtinteresse der Schweiz ist das Wohlergehen der Bevölkerung. Darauf bezieht sich die Aufgabe der SNB. Bundesrat und Parlament müssen dafür sorgen, dass die Nationalbank ihren Auftrag erfüllt.

Andreas J. Schlegel, alt Gemeinderat Zürich, Küssnacht

Vor der eigenen Türe kehren

Soll ein Land vor allem für sein eigenes Wohl besorgt sein oder lieber den anderen dreinreden? In der Schweiz nimmt die Neigung zu, dem Ausland Lehren erteilen zu wollen. Von Rudolf Walser



Prinzipientreu? Justizministerin Keller-Sutter.

Die heutige internationale Staatenwelt beruht im Wesentlichen auf dem Territorialitätsprinzip, das heisst, dass jeder Staat auf seinem Hoheitsgebiet hinsichtlich der Festlegung und Anwendung seines Rechts souverän ist. Die souveräne Gleichheit der Staaten ist sozusagen der Grundpfeiler der Uno. Auf dieser Grundlage wird in der Weltorganisation auch abgestimmt: von der Menschenrechtscharta (1948) über die Pariser Klimarahmenkonvention (2015) bis zum Migrationspakt (2018). Mit anderen Worten: Jedes Land ist für die Führung seines Staatsapparats, für die Einhaltung der Menschenrechte und für den Schutz der Umwelt selber verantwortlich, ohne dass geprüft wird, ob die einzelnen Staaten dazu überhaupt in der Lage sind.

Die politische Schweiz tut sich mit dem Territorialitätsprinzip offensichtlich schwer und schwankt zwischen Prinzipientreue und kopfloser Gefühllichkeit. Da ist einerseits das fast blinde Vertrauen in das Völkerrecht und das supranationale Recht, andererseits der leichte Griff zur Moralkeule und der Hang zum weltweiten Gutmenschentum, also zur Einmischung in fremde Angelegenheiten. Zwei Beispiele aus der jüngsten Zeit verdeutlichen das.

Der Bundesrat entschied kürzlich, keine Schweizer Dschihadisten aus Syrien zurückzunehmen, mit der Begründung, dass man auf die Strafverfolgung in den Tatortstaaten (Syrien, Irak) nach internationalem Standard setze. Man reibt sich ob so viel Vertrauen die Augen angesichts der katastrophalen Situation in den betroffenen Staaten. Offenbar vom schlechten Gewissen geplagt, führte der Bundesrat immerhin noch an, dass allenfalls auch noch ein internationales Spezialgericht die Aufgabe übernehmen könne. Man könnte den bundesrätlichen Entscheid als prinzipientreu bezeichnen, würden nicht so viel Naivität und Scheinheiligkeit mitspielen.

Ein völlig anderes Verhalten zeichnet sich bei der Konzernverantwortungsinitiative ab, die im Parlament zur Diskussion steht und nach einer kürzlich durchgeführten Umfrage des Zentrums für vergleichende und internationale Studien der ETH Zürich in der Bevölkerung eine hohe Glaubwürdigkeit geniesst. Demnach sollen Unternehmen auch in der Schweiz dazu verpflichtet werden, Menschenrechte und nicht näher umschriebenen Umweltschutz im Ausland zu respektieren. Damit spielt sich die Schweiz gleichsam als «juristische Kolonialmacht» (Avenir Suisse) auf und spricht im Grunde genommen den ausländischen Staaten die Fähigkeit ab, ein eigenes Rechtssystem zu entwickeln und umzusetzen, das Menschenrechte und die Umwelt schützt.

Damit liessen sich, so die Vorstellung der Befürworter der Konzernverantwortungsinitiative, mit einem Schlag gleich zwei Ziele erreichen: Einerseits würde man auf diese Weise wieder für mehr Moral in der Wirtschaft sorgen, vor allem in internationalen Unternehmen, und andererseits liesse sich das weltweite Renommee der Schweiz als moralische Instanz aufpolieren. Unerheblich scheint in diesem Zusammenhang zu sein, dass der Löwenanteil des schweizerischen Aussenhandels auf Industrie- und Schwellenländer mit funktionierendem Rechtssystem entfällt.

Moralische Wächterinstanz

Dass sich entwicklungspolitische NGO für die Konzernverantwortungsinitiative starkmachen, ist kaum eine Überraschung. Dass sich aber auch kirchliche Kreise und sogar rein binnenwirtschaftliche KMU für das Anliegen einspannen lassen, ist verantwortungslos. Daran ändern auch deren Hinweise nichts, dass man bloss einige Rohstofffirmen ins Visier nehmen wolle und die übrigen Unternehmen bei Wahrnehmung ihrer weltweiten Verantwortung ja nichts zu befürchten hätten. Nein, denn damit liesse sich sozusagen jeder staatliche Eingriff in die Wirtschaft rechtfertigen.

Es wird in der Aussenpolitik der Schweiz offensichtlich immer schwieriger, einen klaren und konsistenten liberalen Kompass zu bewahren. Dabei dienen Nationalstaaten dem globalen Gemeinwohl, wie es der bekannte Harvard-Ökonom Dani Rodrik sagt, am besten dadurch, dass sie vor der eignen Türe kehren, statt sich als moralische Wächterinstanz aufzuspielen.

Rudolf Walser war Chefökonom von Economiesuisse und anschliessend beim Think-Tank Avenir Suisse tätig.

Exklusiv für Weltwoche
LeserInnen

Gutschein*

Fr. 15.-

Ihre Gutschein-Nr.
454237W

**Gültig bis
30.05.2019**

Bitte bei Ihrer Bestellung angeben.
*Natürlich können Sie Ihren 15.-Fr. Gutschein auch im Internet unter www.proidee.ch einlösen. Eine Barauszahlung ist nicht möglich. Der Gutschein ist gültig für das gesamte Sortiment und ist nur einmalig einlösbar. Mindestbestellwert Fr. 150.-.



Aktuelle Produkte aus dem Sortiment Villa P. exklusiv für Sie zusammengestellt.

Der schönere Terrassenwärmer:
perfekte Funktionalität in skandinavischem Design.
Erbringt in 5 Sekunden volle Leistung.
Wärmt per Infrarot auf 2 m Entfernung
ca. 4,2 qm.

Ihr bequemer Gartenstuhl wird jetzt noch
komfortabler – 3-stufig behaglich beheizt
Behaglich gewärmt, sind Sie vom Frühjahr
bis weit in den Herbst viel öfter an der
frischen Luft, während alle anderen im Haus
sitzen.

Design-Terrassenwärmer HEATUP
Best.-Nr: 228-348 **Fr. 699.-**

Beheizbare Gartenstuhlauflage
Best.-Nr: 228-052 **Fr. 129.95**

Der Feuerkorb mit genialem Dreh.
Einfach kopfüber abstellen – und schon kommt
keine Luft mehr an das Feuer heran: die Flamme
erstickt von ganz allein.

Cube Feuerkorb
Best.-Nr: 227-863
Fr. 329.-



Am Tag erfrischender Schattenspende. Bei Nacht zauberhafter
Sternenhimmel.
100 Mikro-LEDs lassen im tiefblauen Spannsegel romantische
Lichtpunkte funkeln. Solar- oder akkubetrieben.

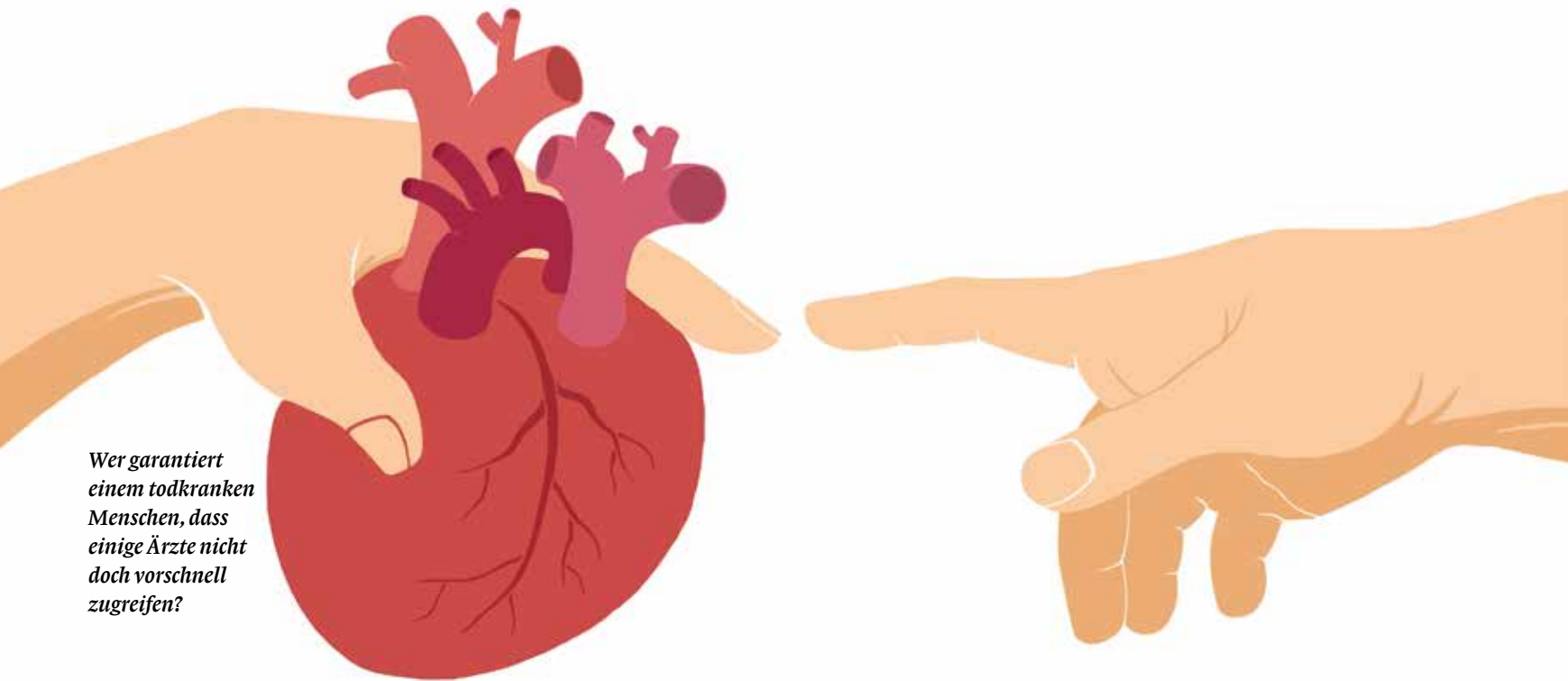
Sonnensegel „Sternenhimmel“ Best.-Nr: 227-890 **Fr. 89.95**

Stimmungsvoll leuchtende Lampions verzaubern Ihren Garten.
Ohne Stromanschluss. Ohne Kerzen.
Mit dieser bezaubernden Garten-Lichtsäule setzen Sie stimmungs-
volle Akzente in Ihrem Garten, auf Ihrer Terrasse.

Solar-Lichtsäule, 3er-Set Best.-Nr: 225-448 **Fr. 49.95**



Bestellen leicht gemacht
www.proidee.ch/aktion-weltwoche
Tel. 071-274 66 17



Wer garantiert einem todkranken Menschen, dass einige Ärzte nicht doch vorschnell zugreifen?

Was braucht ein Toter noch ein Herz

Eine Volksinitiative will die Bevölkerung zur Organspende drängen und argumentiert mit Moral und Nützlichkeit. Ist Sterben bald ein altruistischer Akt?

Von Katharina Fontana und Dorian Strolgo (Illustration)

Jeder, der nicht zu Lebzeiten nein sagt, kann nach dem Tod sein Herz verlieren. Oder seine Lunge, Leber oder Niere. Das verlangt die im März eingereichte Volksinitiative «Organspende fördern – Leben retten». Das Begehren verfolgt prima vista ein gutes Anliegen. Mehrere hundert Personen würden hierzulande sehnlichst auf Spenderorgane warten, zwei Menschenleben pro Woche könnte man retten, wenn genügend Organe verfügbar wären, sagen die Initianten. Sie verweisen auf Umfragen, gemäss denen vier Fünftel der Bevölkerung offenbar bereit sind, ihre Organe dereinst zu spenden, ihren Wunsch aber aus welchen Gründen auch immer nicht dokumentieren – und deshalb zusammen mit ihren Organen ins Grab wandern. Diese Verschwendung von wertvollen Organen, von Gewebe und Zellen wollen die Initianten beenden, mehr schwerkranke Menschen sollen auf diese Weise eine neue Lebenschance erhalten.

Getragen wird die Organspende-Initiative von der Jeune Chambre Internationale (JCI), genauer ihrer in Montreux ansässigen Lokalsektion Riviera. Die JCI, die in mehr als hundert Ländern aktiv ist und Persönlichkeiten wie Bill Clinton, Kofi Annan oder Al Gore zu ihren Alumni zählen kann, bezeichnet sich selber als «die führende Organisation junger Unternehmer und mutiger, aktiver und offener Führungskräfte». Ihre Mitglieder sind zwischen achtzehn und vierzig Jahre alt und

bereit, «neue Fähigkeiten zu entwickeln und die Welt ein bisschen zu verbessern» – dies am besten mit kollektiven Massnahmen, welche die Bevölkerung auf den guten Weg führen sollen. Für die JCI Europa lautet die offizielle Mission: «Wir vereinen und befähigen junge Führungskräfte, positive Veränderungen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft in ganz Europa voranzutreiben.» Und dazu zählt offenbar auch die Vereinfachung der Organspende in der Schweiz.

Noch am Sterben?

Der international ausgerichtete Klub, der mit «Be a hero» («Sei ein Held»-)T-Shirts für die Initiative wirbt, konnte bei der Sammlung der Unterschriften auf tatkräftige Unterstützung zählen. Besonders engagiert ist Swisstransplant, die nationale Stiftung für Organspende und Transplantation, welche für die Zuteilung gespendeter Organe zuständig ist und die Warteliste führt. Dort hält man die Hürden für die Organentnahme für zu hoch. Heute muss eine Person explizit erklären, dass man ihr ihre Organe dereinst entnehmen darf. Liegt keine solche Erklärung vor oder weiss man nicht, was der Betreffende wollte, müssen seine Angehörigen über die Organspende entscheiden – also beispielsweise die in Trauer aufgelösten Eltern eines verunfallten jungen Mannes, der im Spital vor ihnen auf dem Sterbebett liegt. Die

vorgeschlagene Regelung stelle gerade auch für die geprüften Angehörigen eine Erleichterung dar, argumentiert Swisstransplant-Direktor und Herzchirurg Franz Immer. Denn neu soll grundsätzlich jeder, der dies nicht ausdrücklich

Neu soll jeder, der dies nicht ausdrücklich ablehnt, ein potenzieller Organspender sein.

ablehnt, ein potenzieller Organspender sein. Anders gesagt: Wer nicht spenden will, muss sich rechtzeitig wehren.

Diese sogenannte Widerspruchslösung ist in Europa vorherrschend, worauf die Organspende-Bewegung gerne hinweist. Das System habe sich bewährt, die Schweiz solle nachziehen. Dass andere Länder ein anderes System kennen, kann allerdings noch kein ernsthaftes Argument sein, es ihnen gleichzutun. Schliesslich geht die Schweiz auch in anderen ethisch bedeutsamen Bereichen einen eigenen Weg, etwa bei der Sterbehilfe, wo sie der Selbstbestimmung deutlich mehr Gewicht beimisst, als man dies anderswo tut. Zudem kann nicht nachgewiesen werden, dass die Widerspruchslösung tatsächlich zu einer höheren Spenderrate führen würde – das zumindest sagt die Nationale Ethikkommission (NEK), welche schon 2012 gegen die Widerspruchslösung

Stellung bezogen hat. Ob die Ethikkommission noch heute zu dieser Meinung hält oder sie bald revidiert, ist allerdings offen.

Das Thema schlägt derzeit unter Medizinern einige Wellen. Die Ärztevereinigung FMH unterstützt die Volksinitiative, doch es gibt auch Einzelstimmen, die sich gegen die herrschende Meinung auflehnen. Jüngst hat eine kleine Gruppe von Ärzten und Pflegefachleuten auf sich aufmerksam gemacht, welche die Organentnahme am Lebensende grundsätzlich für unhaltbar erachten. In einem kürzlich erschienenen Artikel in der *Schweizerischen Ärztezeitung* schreiben sie, dass Organspender zum Zeitpunkt der Organentnahme am Sterben und noch nicht tot seien. Einzig auf den Hirntod eines Patienten abzustellen, wie dies heute getan werde, sei ein Fehler: Auch das Sterben des Körpers sei für das Sterben des Menschen bedeutsam. Diese Minderheitskritik am Hirntodkonzept, das in der Medizin seit Jahrzehnten international anerkannt ist, wird von Ärzten wie Swisstransplant-Direktor Franz Immer als komplett unqualifiziert und angstschürend zurückgewiesen.

Gleichwohl ist es paradox, sich vorzustellen, dass ein Toter lebende Organe spenden kann. Und die Annahme, dass der Nachweis des Todes immer eindeutig gelinge, ist nicht über jeden Zweifel erhaben. International für Schlagzeilen sorgte letztes Jahr der Fall eines 13-jährigen Jungen aus den USA, der für hirntot erklärt worden war und einen Tag vor der angesetzten Organentnahme wieder aufwachte. In der Schweiz dürfen die Ärzte bereits fünf Minuten nachdem der Herztod (und dann der Hirntod) festgestellt wurde, mit der Organentnahme beginnen. Fachleute versichern zwar, dass hierzulande für die Todesfeststellung strengste Massstäbe gelten würden und der Tod bei einer Organspende in jedem Fall zwei-

felsfrei belegt sei. Doch wer garantiert einem todkranken Menschen, dass einige Ärzte nicht doch vorschnell zugreifen, um ihrem eigenen, dringend auf ein Organ angewiesenen Patienten zu helfen? Entsteht hier nicht ein Druck, zu sterben? Ist es würdevoll, auf diese Weise die Welt zu verlassen? Und ist es nicht das mindeste, dass man sich nur dann an einem Körper bedient, wenn der Betreffende klipp und klar eingewilligt hat?

Revolutionärer Ansatz

Schwerkranke, die auf der Warteliste für ein Spenderorgan stehen, dürften solche Einwände verständlicherweise nicht allzu hoch gewichten. Doch die persönliche Betroffenheit einiger vergleichsweise weniger Patienten kann beim Umgang mit der Organspende wohl kaum die Richtschnur sein. Klar ist: Wer



Swisstransplant-Direktor Franz Immer.

Nächstenliebe üben und sich im Tod altruistisch zeigen will, kann das tun – er wird viele Menschen und deren Angehörige überglücklich machen. Etwas ganz anderes ist es aber, fast schon einen Anspruch auf die Organe Sterbender zu erheben und mit Nützlichkeitsargumenten zu operieren nach dem Motto: «Ein Toter braucht kein gesundes Herz, geben wir es jemand anderem, bei dem es noch Sinn

macht.» Doch genau dahin zielt die neue Initiative. Schon jetzt rühren mehr oder minder bekannte Personen wie Politiker und Künstler die Werbetrommel, zeigen ihren Spenderausweis und fordern die Bevölkerung dazu auf, es ihnen gleichzutun und als Donator Men-

Man müsste die Leute in jungen Jahren dazu zwingen, sich mit dem eigenen Tod auseinanderzusetzen.

schlenleben zu retten. Die Organspende wird damit fast schon zur moralischen Pflicht emporstilisiert, das körperlich intakte Sterben als egoistischer Akt abgetan. Doch darf man bei der Vorstellung, dass das eigene Herz im Körper eines fremden Menschen weiterschlägt, wirklich kein mulmiges Gefühl haben?

Die Initianten betonen, dass die Selbstbestimmung in jedem Fall gewahrt bleibe, weil ja niemand zum Organspenden gezwungen werde; man könne schliesslich nein sagen. Das stimmt, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass auch der Hinterletzte weiss, wie ihm im Falle seines Todes geschieht. Dass er riskiert, als Einzelteil in einem anderen Körper weiterzuleben, wenn er nicht rechtzeitig sein Veto einlegt. Man müsste die Leute also schon in jungen Jahren dazu zwingen, sich mit dem eigenen Tod auseinanderzusetzen. Und allenfalls einen Entscheid gegen die Organspende zu fällen, sonst würde ihr sterbender Körper von Gesetzes wegen zu einem öffentlichen Gut. Hierin liegt der eigentlich revolutionäre Ansatz der Volksinitiative: Sie würde in einem Bereich, wie er höchstpersönlicher nicht sein kann, die Beziehung von Individuum und Staat auf den Kopf stellen. Der eigene Körper gehörte dann in erster Linie der Medizin, der Allgemeinheit, dem Staat – und nicht mehr einem selber, unbeding und vorbehaltlos. ○



12 FRANKEN KANN SELBST
WARREN BUFFET NICHT
BESSER INVESTIEREN.

Die spannendsten Seiten der Wirtschaft.

Hier für
Newsletter
anmelden:





Eifrig am Rechnen: Guy Parmelin.



Schweizer Fonds hilft bei Ernteeinbussen: Bauern in Ruanda.

Kriegskassen der Weltretter

Die Schweiz will ab 2020 über 600 Millionen Franken pro Jahr ausgeben, um den Klimawandel in Entwicklungsländern zu bekämpfen. Der Bund überweist dafür heute schon mehr, als den Bürgern bewusst ist. *Von Hubert Mooser*

Es gibt Grund zur Sorge: Das Wirtschaftsdepartement von Guy Parmelin (SVP), das Infrastrukturdepartement von Simonetta Sommaruga (SP) und das Departement für auswärtige Angelegenheiten von Ignazio Cassis (FDP) sind zurzeit eifrig am Rechnen, wie man den «fairen Beitrag» der Schweiz zur Bekämpfung des Klimawandels in Entwicklungsländern zusammenkratzen könnte. Auslöser ist das Versprechen der Industriestaaten, bis 2020 100 Milliarden Franken dafür bereitzustellen. Und wenn der Bundesrat über Klimafinanzierung nachdenkt, kommt das die Steuerzahler teuer zu stehen.

Denn die Schweiz hat bereits 2017 in die Welt hinausposaunt, der «faire Beitrag» des Landes betrage zwischen 450 und 600 Millionen Franken. Wobei die Klimaexperten des Bundes in einem neuen Bericht vom März 2019 zum Schluss gekommen sind, dass die «Zielvorgabe

Das Parlament, das die Kredite beschliesst, hat kaum mehr den Durchblick.

für die internationale Klimafinanzierung der Schweiz nicht am Minimum der vom Bundesrat festgelegten Bandbreite ausgerichtet werden sollte». Mit anderen Worten: Der künftige Beitrag wird näher bei 600 Millionen Franken pro Jahr als bei 450 Millionen liegen.



Arsenal von Instrumenten: Sommaruga.

Dieser sogenannte faire Beitrag der Schweiz wurde in den letzten Jahren still und leise stets ein bisschen mehr nach oben korrigiert. Nach der Klimakonferenz von Kopenhagen 2009 ging man laut einem Bericht des Infrastrukturdepartements (Uvek) von 150 bis 400 Millionen Franken aus. Später schätzte der Bundesrat den Mittelbedarf bereits auf 450 bis 600 Millionen. Jetzt orientiert man sich

schon am oberen Ziel der vom Bundesrat festgelegten Bandbreite.

Undurchsichtiger Dschungel

Dabei wäre es nur schon gut, zu wissen, wie viel die Schweiz bereits heute insgesamt für die internationale Klimafinanzierung ausgibt. Das ist alles andere als klar.

Der Solothurner SVP-Nationalrat Christian Imark, Mitglied der Umweltkommission des Nationalrates (Urek), spricht zu Recht von einem regelrechten «Dschungel», bei dem das Parlament, das die Kredite beschliesst, kaum mehr den Durchblick hat. Laut dem Papier vom März 2019 hat die Schweiz 2017 offiziell fast 350 Millionen Franken für Klimaschutzmassnahmen in Entwicklungsländern aufgewendet. Das sind über 50 Millionen mehr als 2014, obwohl man beim Bund stets zu hören bekommt, die internationale Klimafinanzierung stagniere. Fast zwei Fünftel flossen an internationale Klimafonds und multilaterale Entwicklungsbanken, während fast drei Fünftel für spezifische Klimaprogramme und -projekte verwendet wurden.

Die wichtigsten multilateralen Fonds zur Klimafinanzierung mit Schweizer Beteiligung sind der Green Climate Fund (GCF) und die Global Environment Facility (GEF). Die Schweiz ist zusätzlich auch am Adaptation Fund (AF) sowie den viel kleineren Special



«Fairer Beitrag»: Ignazio Cassis.

Climate Change Fund (SCCF) und Least Developed Countries Fund (LDCF) beteiligt. So hat das Parlament in der Frühjahrssession 2019 beschlossen, die GEF in den kommenden vier Jahren mit 148 Millionen Franken zu unterstützen – das sind 23 Millionen Franken mehr als beim letzten Mal. Diesen Herbst steht die Wiederauffüllung des GCF an. 90 Millionen Franken zahlte der Bund für die erste Periode hier ein. Wie viel es diesmal sein wird, hängt davon ab, wie die Verhandlungen zur Wiederauffüllung des GCF laufen werden. Diese würden voraussichtlich Ende Oktober 2019 abgeschlossen, sagt ein Sprecher des EDA.

Weitere öffentliche Akteure sind der Swiss Investment Fund for Emerging Markets (Sifem) und die Schweizerische Exportrisikoversicherung (Serv). Die Sifem ist eine Aktiengesellschaft, die zu 100 Prozent in den Händen der Eidgenossenschaft ist. Sie hat nach eigenen Angaben seit 2008 gegen 120 Millionen Franken in klimarelevante Projekte investiert – allein im letzten Jahr waren es

Tatsächlich fliesst aber noch viel mehr Geld in die Rettung der Welt vor dem Klimawandel.

insgesamt 20 Millionen Franken für zwei Projekte. Die Private Infrastructure Development Group (PIDG) ist eine Initiative, um private Mittel in Entwicklungsländern zu mobilisieren. Das Seco beteiligt sich daran. Dann besteht noch ein Technologiefonds, der beim Bundesamt für Umwelt (Bafu) angesiedelt ist, laut Voranschlag 2019 mit 25 Millionen Franken gespiesen wird und ebenfalls für Projekte in Entwicklungsländern genutzt werden kann. Und schliesslich gibt es Plattformen wie zum Beispiel REPIC – zur Förde-

rung erneuerbarer Energien in Entwicklungsländern.

Von Topf zu Topf

Doch das ist alles nur die offizielle Spitze des Eisberges, also jener Teil, den die Schweiz als Beitrag an die internationale Klimafinanzierung anrechnen darf. Tatsächlich fliesst aber noch viel mehr Geld in die Rettung der Welt vor dem Klimawandel – zum Beispiel über die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA). Dieser Weltbank-Ableger finanziert erneuerbare Energiesysteme in Ländern wie Moçambique. 2018 hat die Schweiz 190 Millionen Franken an die IDA überwiesen, 2019 werden es laut Voranschlag 206 Millionen Franken sein.

Der UNDP, das ist wieder ein anderer von der Uno verwalteter und von der Schweiz unterstützter Fonds, fokussiert seine Aktivitäten auf effiziente Wasserverwaltung, den Zugang zu nachhaltigen Energien, nachhaltige Landwirtschaft – alles in Zusammenhang mit dem Klimawandel. Dann gibt es einen Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung, kurz Fida genannt. Er hilft Bauern in Ruanda, die wegen des Klimawandels von Ernteeinbussen betroffen sind. Dazu kommen noch Beiträge an Weltbank und Entwicklungsbanken, die sich ebenfalls als Klima- und Weltretter in den Entwicklungsländern engagieren. Kurzum: Der heutige Beitrag der Schweiz liegt wohl heute schon über der vom Bundesrat fixierten Bandbreite.

Wie mit diesen Geldern dann verfahren wird, hat SVP-Nationalrat Felix Müri bei der Debatte über die Wiederauffüllung der GEF im März treffend beschrieben. Die Schweiz zahle Millionen in einen Topf. Aus diesem Topf würden dann andere Töpfe alimentiert und so weiter. Das läuft teilweise auch so,

wenn die Schweiz direkt Geld in die Bekämpfung des Klimawandels investiert. Das Seco gibt jährlich im Durchschnitt 80 Millionen Franken dafür aus. Das Amt beteiligt sich mit diesem Geld unter anderem am Energy Sector Management Assistance Program der Weltbank-Gruppe, das in Entwicklungsländern nachhaltige Reformen im Energiesektor fördert und dafür weitere Töpfe in den entsprechenden Ländern speist.

Die gesamte Klimafinanzierung ist eigentlich ein gigantisches Bürokratiemonster. Allein beim Bund stehen sich drei Bundesämter dabei auf den Füßen, das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco), das Bundesamt für Umwelt (Bafu) und die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza). Der Koordinationsaufwand ist hoch und wird über die Plattform Plafico sichergestellt. Und obwohl schon heute nicht mit letzter Sicherheit gesagt werden kann, in welche internationalen Klimaprojekte Schweizer Gelder fließen, verlangen linke und grüne Kreise einen Beitrag der Schweiz von über einer Milliarde Franken. Das Bundesamt für Umwelt hält denn auch ein ganzes Arsenal an Instrumenten in den Schubladen griffbereit, wie man die Schweizerinnen und Schweizer noch stärker belasten könnte, um damit die Kriegskassen der Weltretter aufzufüllen. Man darf sich Sorgen machen – aber nicht wegen des Klimawandels. ○

Grosse Bücher Grosse Autoren

Eine Gesprächs- und Lesereihe von Pia Reinacher und der VHSZH

Montag, 6. Mai, 19.30 Uhr

Robert Menasse: «Die Hauptstadt»

Gesprächsleitung

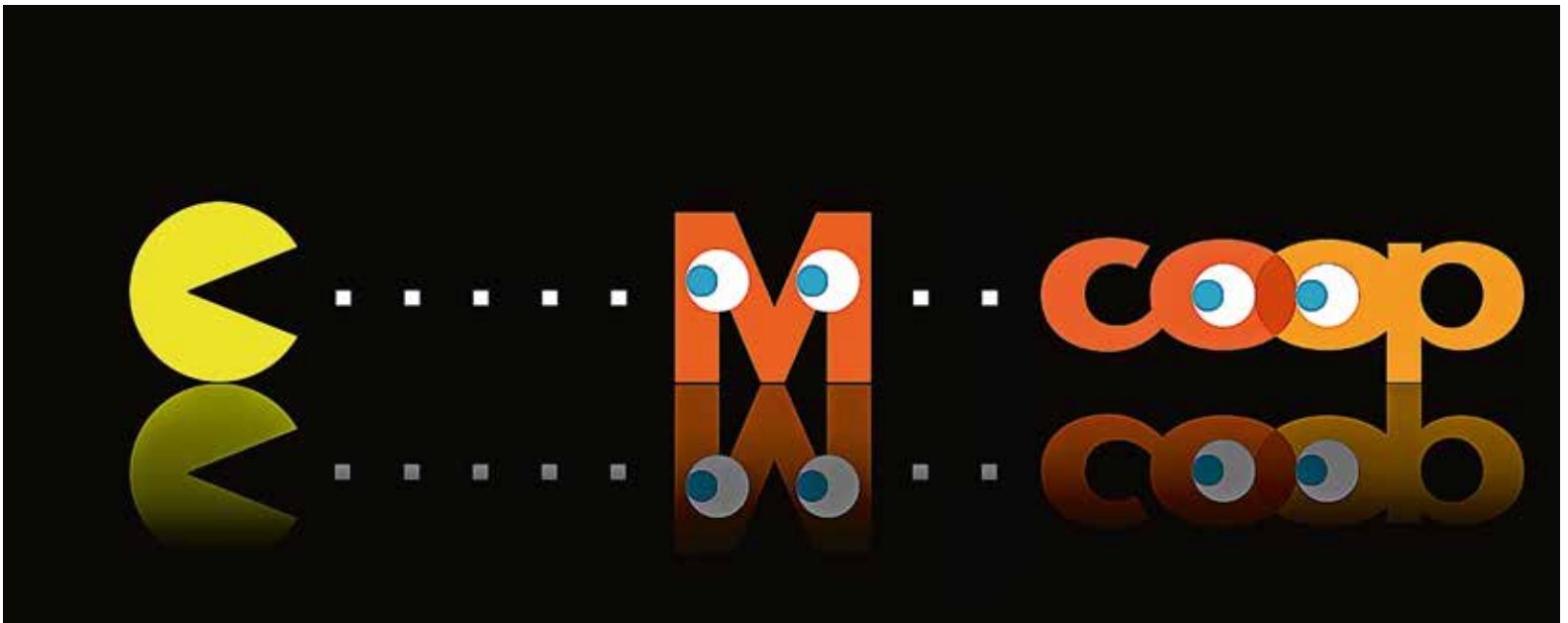
Pia Reinacher, Kritikerin und Autorin

Ort

Uni-Zentrum, Rämistrasse 71, Zürich
Tickets Fr. 30.– (inkl. Apéro) an der Abendkasse oder
www.grossebuechergrosseautoren.ch

Unterstützt von

Prof. Dr. Ursula Spichiger-Keller
Dr. Corinna T. Sievers
MUELLER Consulting & Partner



Resistenz gegenüber unerwünschte Übernahmen.

Unternehmen

Einfach unverkäuflich

Immer wieder übernehmen ausländische Firmen einheimische Betriebe. Manchmal ist das aus schweizerischer Sicht alles andere als erwünscht. Soll der Staat eingreifen? Es gibt eine bessere Möglichkeit: Genossenschaften.

Von Wolf Linder

Migros an Lidl verkauft!» Diese kurze Schlagzeile versetzt am Donnerstag, den 2. Mai 2024 die ganze Schweiz in Aufregung. Dazu teilt der ehemalige Schweizer Grossverteiler mit: «Mehrere Jahre schwindender Umsätze und Erträge sowie die unbefriedigenden Aussichten einer Expansion im Ausland haben den Verwaltungsrat veranlasst, das Unternehmen an Lidl zu verkaufen. Das europaweit tätige Familienunternehmen sichert weiterhin den Vertrieb hochwertiger Produkte zu günstigsten Preisen. Es übernimmt die meisten Filialen und ihre Angestellten, mit Ausnahme der Mitarbeitenden für das Kulturprozent der Migros, das Lidl nicht weiterführt.»

Die NZZ kommentiert: «Die Übernahme von Migros durch Lidl ist der vorläufig letzte aus einer ganzen Reihe von Unternehmensverkäufen ins Ausland und überaus schmerzhaft für die Kunden und Konsumenten in der ganzen Schweiz. Denn die Migros war nicht nur der initiativste Grossverteiler während Jahrzehnten, sondern eine der grössten Kulturinstitutionen der Schweiz: Sie unterstützte jährlich mit über hundert Millionen Franken gemeinnützige Aufgaben, von den Klubschulen, der Beratung für Vereine, der Lebenshilfe für Jugendliche und Alte bis hin zur Förderung von Musikkonzerten. Der Verlust, so

bedauerlich er sein mag, ist aber ordnungspolitisch nicht zu beanstanden.»

Chinesen investierten 50 Milliarden

Eine solche Schlagzeile wird es glücklicherweise nie geben. Denn die Migros ist unverkäuflich. Davon später. Lang und länger wird indessen die Liste anderer einheimischer Unternehmen, die von ausländischen Investoren übernommen werden. So haben Chinesen in den letzten Jahren über 50 Milliarden US-Dollar in den Kauf von Schweizer Unternehmen investiert: Syngenta, Bally oder Sigg, Swissport, SR Technics, Gategroup, aber auch traditionelle Uhrenfirmen wie Eterna gehören dazu. Manche dieser Übernahmen gelten als «unerwünschte Direktinvestitionen», und sie beschäftigten Schweizer Parlamentarier wiederholt. Der Bundesrat sieht darin kein Problem, Brüssel hingegen erkennt Handlungsbedarf: Die EU-Kommission diskutiert die Idee einer Melde- oder gar Bewilligungspflicht für «sensible» Unternehmensaufkäufe aus dem Ausland.

Avenir Suisse hat untersucht, was deren Definition «sensibler Branchen» für die Schweiz bedeuten würde. Von den 180 ausländischen Übernahmen aus den Jahren 2017 und 2018 wäre fast die Hälfte prüfpflichtig geworden: 33 davon betrafen Branchen hoher Sensibilität (Rüstung, Sicherheit, Energie, IT-Hardware

sowie Finanzen), 25 Verkäufe entfielen auf Unternehmen mittlerer Sensibilität (Software, Telekom, Verkehr); hinzu kamen noch 23 Fälle geringer Sensibilität (Rohstoffe, Verarbeitung, Maschinen).

Eine ordnungspolitische Kontroverse über Sinn und Unsinn solcher Wettbewerbskontrollen mag uns daher bevorstehen: grenzenlose Investitionsfreiheit oder Heimatschutz für schweizerische Unternehmen? Ein Teil dieser Auseinandersetzung liesse sich ersparen, wenn man sich das Unternehmensmodell der Migros vor Augen hält: Diese braucht eine Übernahme durch kaufkräftige Grossinvestoren – sei es durch schweizerische oder chinesische oder durch Aldi – nicht zu befürchten. Der Grund ist einfach: Die Migros ist – wie auch Coop – nicht als Aktiengesellschaft, sondern als Genossenschaft organisiert und daher faktisch unverkäuflich. Während die Kapitalgesellschaft nach dem Prinzip «Ein Franken, eine Stimme» regiert wird, ist die Genossen-

Beide, Migros und Coop, setzen einen erklecklichen Teil des Profits für Gemeinwohlinteressen ein.

schaft eine Personengemeinschaft, und ihre wichtigen Unternehmensentscheide laufen nach dem Grundsatz «Eine Person, eine Stimme». Es ist darum unvorstellbar, dass die mehr als zwei Millionen Genossenschafter der Migros dem Verkauf «ihres» Unternehmens zustimmen würden.

«Eine Person, eine Stimme»

Unverkäuflichkeit sowie Entscheidungen und Teilhabe nach dem Prinzip «Eine Person, eine Stimme» machen die Genossenschaft für Finanzinvestoren und deren kurzfristige Profitinteressen uninteressant. Das sind

wichtige Gründe, warum Genossenschaften im Vergleich zur Aktiengesellschaft weit weniger verbreitet sind. Trotzdem finden wir sie als markttüchtige Unternehmen in jeder Grösse und Branche: von den Banken (Raiffeisen) über die Versicherungen (Groupe Mutuel), die Bau- und Wohngenossenschaften bis hin zu jungen, innovativen Unternehmen wie Mobility. Sie sind eine echte Alternative zur kapitalgetriebenen Unternehmung. Sie alle stellen sich dem Markt, sind aber nicht primär gewinnorientiert, sondern dienen den gemeinsamen Interessen ihrer Mitglieder. Und wenn Genossenschaften Aufgaben erbringen, wie vielerorts in der Elektrizitäts- und Wasserversorgung, sind sie zugleich eine echte Alternative zu staatlich-bürokratischen Unternehmen.

Kleine und mittlere Genossenschaften, die ausschliesslich für ihre Mitglieder tätig sind, haben wegen des «Eine Person, eine Stimme»-Prinzips bis heute viele Ähnlichkeiten mit der lokalen direkten Demokratie behalten. Dass nachhaltiges Wirtschaften ohne Staat am ehesten in genossenschaftlichen Organisationen gedeihen kann, hat die Nobelpreisträgerin Elinor Ostrom gezeigt. Diese lösen nämlich das «Allmende-Problem»: die Übernutzung begrenzter Ressourcen. Die sogenannte *tragedy of the commons* wird abgewendet, wenn ein begrenzter Kreis von Eigen-

tümern gemeinsame Nutzungsregeln aufstellt und Verstösse gegen sie sanktioniert. War in früheren Zeiten die physische Eigenleistung der Genossenschafter wichtig, so ist es heute zunehmend das Teilen von Wissen und Information. Genossenschaften nutzen das kontextbezogene Wissen und Können ihrer Mitglieder: Mobility weiss, dass seine Kunden die besten Plätze für die Standplätze seiner Mietautos finden.

Aus Sicherheitsgründen erwünscht

Grossgenossenschaften verlieren einige dieser Vorteile: Sie müssen wachsen, um konkurrenzfähig zu bleiben und werden mehrstufig organisiert. Die direkte Kontrolle der Genossenschafter mag auf lokaler Ebene weiterhin funktionieren, doch sind das zentrale Management, dessen Besetzung und Geschäftstätigkeit der Mitwirkung von unten mehr oder weniger entzogen. Grossgenossenschaften wie Migros und Coop verkaufen zudem auch an Nichtgenossenschafter – an Kunden also, die nur auf das Preis-Leistungs-Verhältnis schauen und wenig Bezug zu «ihrem» Unternehmen haben. Der Handlungsspielraum für gemeinwohlorientierte soziale oder kulturelle Aktivitäten wird damit enger, aber er besteht weiter. Beide, Migros und Coop, setzen einen erklecklichen Teil des Profits für Gemeinwohlinteressen ein, während das

Surplus der Lidl- und Aldi-Ketten in die Taschen von zwei der reichsten Familienclans Deutschlands abfließt.

Wie immer man diese Probleme beurteilt, eines teilen alle Genossenschaften: ihre Unverkäuflichkeit und die Resistenz gegenüber «unerwünschten Übernahmen» jeglicher Art. Das gilt für Jungunternehmerinnen, die sich zusammenschließen für ein nachhaltiges Projekt, das nicht verkauft werden soll, sobald die Innovation «marktreif» ist. Und es gilt für etablierte Unternehmen in sensiblen Bereichen wie Cyber-Sicherheit, Energie, IT-Hardware oder -Software, in denen Globalisierung und nationale Sicherheit in einem Spannungsverhältnis stehen. Eidgenössische Eigentümerschaft kann in diesen Bereichen aus Sicherheitsgründen erwünscht sein. Sie vermag – wo nötig – lokale, regionale und nationale Interessen zu schützen und zu berücksichtigen. Mit der Unternehmensform der Genossenschaft lässt sich dies alles realisieren ohne staatliche Unternehmen und staatliches Gesetz.



Wolf Linder ist emeritierter Professor der Politikwissenschaft an der Universität Bern.

Mehr Zeit für die richtigen Entscheide.



Der Sonntag beginnt schon am Samstag.

Samstags im Briefkasten. Samstag & Sonntag am Kiosk.
Sonntags digitales Update. Abo unter schweizamwochenende.ch
oder Tel. 058 200 55 05.

Die trügerische Sanftmut des Paradieses

Bianca Sharma lebte ein glückliches amerikanisches Vorstadtleben. Ihr Mann arbeitete, sie kümmerte sich um die Kinder. Als er verstarb, hinterliess er ihr ein Vermögen von Hunderten Millionen Dollar, von dem sie nichts gewusst hatte. *Von Michael Bahnerth*



Nach den fünf Phasen des Sterbens: Hotelbesitzerin Sharma an der Amalfiküste.

Wahrscheinlich hat fast jede Küste dieser Welt einen unverwechselbaren Klang. Aber nur die Amalfiküste südlich von Neapel hat ihre eigene Musik. Es ist «Caruso» des Cantautore Lucio Dalla, er hat es 1986 an dieser Küste komponiert. Es ist ein Lied, so harmonisch wie der Zauber einer Welle, die weiss, dass sie bald auf ewig versickern wird, und die sich ein allerletztes Mal und ein wenig elegisch aufbaut, um so elegant, wie es ihr möglich ist, und mit ein paar Tränen in der Woge zu sterben.

Jedes Jahr geht die fünfzig Kilometer lange, inzwischen zum Weltkulturerbe gewordene Amalfiküste ein wenig mehr unter. Wird erdrückt von diesem Ozean an Besuchern während der warmen Jahreszeit, wird verletzt von den Erdbeben im Winter, und in ihrem Rücken steht der Vesuv, dieser schlummernde Vulkan, der allem ein abruptes Ende bereiten könnte. Vielleicht liegt darin das Geheimnis der Schönheit und der Musik und des Lebens dieser Küste; an der gesteigerten Möglichkeit des Vergänglichens.

Märchenschloss und Schwalbennest

Es ist, auch, eine amerikanische Küste. In Neapel ist die 6. US-Flotte stationiert, das sind vierzig Schiffe, 175 Flugzeuge und 21000 Mann. An den steilen Hängen lebte lange der Schriftsteller Gore Vidal in der Villa La Rondinaia, einem Gebäude zwischen Burg, Märchenschloss und Schwalbennest, in dem sich die amerikanische Aristokratie des Geldes, des Geistes und des Glamours einfand und die Küste jenseits des Atlantiks damals in den 1970ern zu einem Sehnsuchtsort der amerikanischen Mittelschicht werden liess.

Ein paar atemberaubende Kilometer vor Amalfi zwängt sich ein Fels aus dem Küstengebirge ins Meer, und auf diesem Felsen stand über die Jahrhunderte ein Kloster mal mit mehr, mal mit weniger Nonnen. Die letzte starb vor hundert Jahren, das Kloster war in den letzten Jahrzehnten mal dies und das, hauptsächlich aber Niedergang. Niemand wollte es, es war zu teuer, zu umständlich zu renovieren, irgendwie zu tot, um nochmals ins Leben zu kommen. Vielleicht hat es auch gewartet, wer weiss das schon, bis jemand es wollte, der unter all dem Grau seiner Fassade den bröckelnden Zauber sah und spürte.

Bianca Sharma begann gerade wieder, etwas mehr zu fühlen als jenen Schmerz, der sie ein Jahr lang gefangen genommen hatte, nachdem ihr indischer Mann gestorben war. Er war 57, als der Tumor in seinem Hirn so dominant geworden war, dass nichts mehr daneben Platz hatte. Sie war vierzig, halb Deutsche, halb Amerikanerin. Da waren ein kleines Häuschen in South Carolina, ein wohlbehütetes amerikanisches Vorstadtleben, zwei Kinder, zwei Autos; Kinder zur Schule bringen, Kinder abholen, kochen, für den Mann da sein, der alles andere erledigte und sie von allem andern

fernhielt. Er kümmerte sich um die Finanzen, er buchte die Ferien, sie fragte nicht. Er war viel unterwegs, sie immer zu Hause.

Zwei Jahre lang dauerte sein Kampf, und irgendwann war da keine Hoffnung mehr, die metastasierte, sondern nur noch der Tumor. Das war nicht leicht, aber die schwierigere Zeit kam, als er nicht mehr da war, als sie ihn nicht mehr pflegen konnte und trösten auch nicht. «Es war», sagt sie zwanzig Jahre später, «eine grosse Liebe, eine wunderbare Ehe voller Leidenschaft und Weisheit. Nachdem er gegangen war, fühlte ich mich wie ein erloschener Vulkan, mein ganzes Magma war nur noch Stein.»

Ein paar Wochen nach dem Tod ihres Mannes erhielt sie einen Anruf von der Bank. Ob sie vorbeikommen möge, es gehe um das Vermögen ihres Mannes. «Vermögen?», fragte sie. «Ja.» Sie ging hin, wunderte sich, dass sie sich im obersten Stockwerk in einem eleganten Zimmer wiederfand. Das Vermögen, es war ein hoher dreistelliger Millionenbetrag. Wie das war, als sie vom Reichtum erfuhr? Sie sei

«Es war sein letztes Geschenk, aber es hatte einen hohen Preis», sagt sie.

dankbar gewesen, aber es habe ihn natürlich auch nicht wieder lebendig gemacht. Warum ihr ihr Mann nichts davon gesagt habe? Sie weiss es auch nicht. Vielleicht habe er einfach gewollt, dass ihr Leben ein normales bliebe. Ihr Mann hatte eine Software-Firma, die in jenem Moment an die Börse ging, als er im Sterben lag. «Es war sein letztes Geschenk, aber es hatte einen hohen Preis», sagt sie.

Als er ein Jahr lang tot war, fuhr sie mit Freunden an die Amalfiküste, Sonne tanken und Luft, bei Sonnenuntergängen an ihren Mann denken und die Wehmut in den Griff kriegen. Sie besuchten all diese Orte, die wie göttliche Vogelnester sind: Amalfi, Positano, Ravello; sie assen, tranken, lachten gelegentlich. Sharmas neues Leben, das waren die zwei Kinder, die Möglichkeit, zu kaufen, was sie wollte, das war eine Liebe, die nicht aufhörte in ihr zu pochen, und sie lebte ein wenig wie in einem inneren Kloster, wie eine Nonne mit der unsterblichen Liebe zu einem unfassbaren Gott.

«Danach war ich schwanger»

Sie mieteten ein Boot, wie sie sagt, das allerdings eine kleine Jacht war, und begaben sich in die Strömungen des Golfes von Sorrent, liessen sich von Neapel die Küste hinuntertreiben, und dann geschah ein kleines Wunder. Sie kann heute noch nicht erklären, was genau passiert ist. Sie sah dieses heruntergekommene Kloster, liess die Jacht anhalten, verschmolz mit diesem Haufen Stein auf einem Felsen. Es war,

so versucht sie zu erklären, wie eine Zeugung, und «danach war ich schwanger».

Niemand wollte, dass sie mit einem Kloster schwanger geht. Ihre Kinder nicht, ihre Freunde nicht und ihr Buchhalter, inzwischen ein wichtiger Mann in ihrem Leben, schon gar nicht. Das Kloster war zu verkaufen, für reiche Amerikanerinnen war es wenig Geld, sie sagt nicht, wie viel, irgendwas um die fünf Millionen Euro waren es. Sie konnte kein Italienisch, ihr Verstand sagte, dass es keinen Sinn mache, aber ihre Seele flüsterte ihr zu, dass es Schicksal sei. Vor neunzehn Jahren reiste sie mit einem Hotel im Gepäck zurück in die USA.

Neunzehn Jahre später sitzen wir an der Bar ihres Hotels, zwanzig Zimmer, nur das Beste, es ist eines der schönsten Hotels der Welt, mit einem Pool, der ins Meer fliesst, mit einer Terrasse für Träumer und zwei Gärten für Flaneure. Die Grimaldis von Monaco steigen dort gerne ab und hin und wieder jemand aus Hollywood. Sie fragt, was man trinken solle:

«Weisswein?»

«Oh, nein», antwortet sie, «ich brauche etwas Stärkeres. Gin Tonic.»

Gin Tonic ist gut. Sharma plaudert gerne auf diese unverbindliche amerikanische Art, über das Hotel, über Handwerker, über das Personal. Über sich selber weniger. Die erste halbe Stunde des Gespräches plätschert ein wenig wie der Brunnen auf der Terrasse vor der Bar. Sie sei schon immer eine Zigeunerin gewesen, von Geburt an sozusagen, ihr Vater GI im Hauptquartier in Heidelberg, der Krieg war schon länger zu Ende, und schneller, als die Deutschen wieder Fett angesetzt hatten, hatten sie vergessen, es war das bohnerwächsene Adenauer-Zeitalter und das unbeschwertere Erhard-Wirtschaftswunder, es war 1960. Ihre Jugend ein Hin und Her, mal für ein paar Jahre in die USA, dann wieder nach Deutschland, eine Jugend in American Schools, die Wochenenden bei den Grosseltern in Göppingen. Keine besonderen Vorkommnisse. Es ist ein amerikanisches Leben in Deutschland, und bald sollte sie ein amerikanisches Leben in Dallas, Texas, führen, bei Texas Instruments.

Diagnose Gehirntumor

So wie sie sich in dieses Kloster verliebt hat und darin etwas Schicksalhaftes ausmacht, verliebte sie sich auch in ihren Mann, den Inder Sharma. Er war ihr Abteilungsleiter, siebzehn Jahre älter, sie fanden in der Abgeschiedenheit seiner Wohnung zueinander, weil Beziehungen zwischen Vorgesetzten und Untergebenen im Unternehmen nicht gerne gesehen waren. Ob es Mut gebraucht habe, in Texas, wo nur ein Mann mit Pferd und Hut ein Mann ist, und dann auch nur, wenn er oben drein noch eine weisse Hautfarbe hat? Mut nicht, sagt sie, natürlich hätten die Leute geguckt, eine weisse Blonde mit einem schwarzhaarigen Dunklen. >>>

Sie blieben nicht lange in Texas, nachdem sie sich gefunden hatten, zogen umher, Connecticut, dann South Carolina. Sie brachte zwei Söhne zur Welt, einer dunkler, einer heller, einer wurde Künstler, der andere Geschäftsmann. Sie wurde das, was man eine *professional mum* nennen könnte. Wenn die Kinder in der Schule waren, arbeitete sie im Garten, wenn im Garten alles gemacht war, passte sie auf andere Kinder auf, so lange bis ihr Mann ihr sagte: «Du passt so viel auf andere Kinder auf, werd' doch Kindergärtnerin», was sie dann tat, darauf ist sie stolz, Montessori-Kindergärtnerin. Das war ihr Leben, und sie dachte, das ginge jetzt so weiter in diesen unerschütterlichen Bahnen, das Haar ihres Mannes würde grau, die Kinder erwachsen und sie irgendwann Grossmutter.

Sie war 38 Jahre alt, als bei ihrem Mann ein Gehirntumor diagnostiziert wurde und ihr Kokon des Wohlbehütetseins aufplatzte und sie fallen liess. Es war der Moment, als die Endlichkeit in ihr Leben drang, das sie im Grunde Tag für Tag als unendlich empfand. Vielleicht war es ein Leben, das zu schön war, um wahr zu sein, wie man so sagt, zu glatt. Es gibt keine Sonne ohne Schatten, auch wenn amerikanische Leben bisweilen so tun als ob. Sie hoffte, betete, wünschte sich, dass alles gut werden würde, sie weinte, sie haderte, sie wurde wütend. Sie durchlebte zusammen mit ihrem Mann die fünf Phasen des Sterbens. Da ist immer noch eine leise Melodie der Trauer, wenn sie über ihren Mann spricht.

Kann man Steine lieben?

Wahrscheinlich deshalb die Amalfiküste, diese Liebe zum Kloster, ihrem Hotel. Die Amalfiküste ist, wie ihre Ehe war: von einer unvergleichlichen Schönheit, voller Hügel ohne Täler, und der Krebs der Küste ist der Vulkan, der vielleicht ausbricht, wahrscheinlich aber eher nicht dieser Tage. Einmal sagt sie, sie sei vielleicht eine weltliche Nonne, schon immer gewesen, und es mag daran liegen, dass dieser Ort hier ihre Liebe geworden sei, weil sie niemals mehr einen Mann so sehr lieben könne, wie sie das getan hat. Nicht aus Angst vor dem Verlust, dem Schmerz, sondern einfach, weil es die Liebe ihres Lebens gewesen sei, die perfekte Liebe.

Kann man Steine lieben?, ist die Frage beim zweiten Gin Tonic. Vor der Bar und hinter der Terrasse glüht das bisschen blauer Himmel, das man heute gesehen hat, und man geht baden. Zwölf Jahre hat der Umbau des Klosters in ein Hotel gedauert, er hat etwas über fünfzig Millionen Euro gekostet und ähnlich viele Nerven. Das Hotel ist nicht pompös, schnörkelloser Luxus ist es, nirgends zu viel, kaum



Schnörkelloser Luxus: Sharma in ihrem Hotel «Santa Rosa».

irgendwo zu wenig. Nur vielleicht der Zaun, der die Terrasse abgrenzt, ist etwas ausser Kontrolle geraten. Er erinnert sehr an texanische Weidezäune und versperrt, wenn man in den Lounge-Sesseln angenehm in seinem Leben treibt und ein wenig versinkt, die Aussicht auf den Horizont, diese göttliche Öffnung der Bucht von Sorrent, der grössten Italiens. Bis auf den Zaun ist das Hotel mit nur zwanzig Zimmern so perfekt, wie es ihre Liebe war.

Aber nochmals, kann ein Hotel Liebe werden?

Sie zuckt mit der Schulter, und ihr Blick geht durch die Terrassentür über den Zaun, sie sagt etwas wie, «Steine sind Steine und keine Menschen». Und dass ihr Mann ihr wahrscheinlich den Hintern versohlen würde, wenn er wüsste, dass sie dieses Hotel gekauft habe, das nie all das Geld, das sie dafür ausgegeben hat, wieder

reinholen werde. Und natürlich, sie liebe diesen Ort hier, wenigstens zwischen April und Juni, aber dann müsse sie weg. Zu viele Menschen, wenn die Saison losgeht. Dann überkomme sie die Sehnsucht nach Zeit für sich selber. Sie zieht sich jeweils auf ihr Anwesen in Colorado zurück, weit weg von allem, da ist nur sie, die Seele einfangen, nennt sie es, und wenn sie andere Gesellschaft braucht, geht sie ins Klubhaus eines nahegelegenen Golfklubs auf einen Drink und ein paar unverbindliche Gespräche.

Sie hat es einmal versucht mit einer neuen Liebe, nicht lange, es hat, natürlich, nicht funktioniert. Wie soll Sonne scheinen, wenn der Schatten so riesig ist? Sie erzählt das beinahe entschuldigend und beteuert unverzüglich, dass man immer noch freundschaftlich verbunden sei. Und sie glaube nicht, dass man einen Menschen suchen sollte, das sei wie mit dem Hotel, man müsse es finden, und man findet es, wenn die Zeit reif ist. Dann nimmt sie einen Schluck und das Wort Schicksal in den Mund.

Sehnsucht nach Unvergänglichem

Sie blickt auf die Uhr, es ist bald sieben Uhr abends, sie möchte nach Hause. Das ist ein Haus in Positano, wo sie Pause macht vom Hotel jede Nacht und eine Bedienstete hat, die ihr alles Häuslich-Weltliche abnimmt. Wie es weitergeht? Nach dem Juni, nach Colorado? Vielleicht reise sie um die Welt, sagt sie. Nicht alleine, das könne sie nicht, dafür sei sie nicht gemacht. Sie habe gehört, man könne das im Privatjet tun, in 32 Tagen, zusammen mit andern. Oder Japan vielleicht. Es gebe dort so einen Trail in der Nähe von Kioto, den würde sie gerne laufen, so als spirituelle Erfahrung. So richtig mit Rucksack?, fragt man. Nein, winkt sie ab: «Ich mach' das auf meine Weise; ich finde schon jemanden, der meinen Rucksack trägt», sagt sie und lacht und geht.

Die Bar hat sich geleert, die paar Leute, die im Hotel sind, sind jetzt ein Stockwerk höher im Ein-Michelin-Stern-Restaurant. Draussen löst die Nacht gerade den Tag ab, der Pool schimmert in Lapislazuliblauf, die Küste ist eine Lichterkette. Man sitzt da und trinkt und raucht, und die wirkliche Welt ist woanders, jenseits dieser Mauern. Das «Santa Rosa» ist ein Kokon, ein Bollwerk gegen die Unbill der Zeit und des Lebens auch, eine Sehnsucht nach Unvergänglichem. Eine Frage geht einem durch den Kopf, während unten die allerletzten Fährboote unter dem Zaun vorbeituckern, ein paar Sterne sich durch die Wolken zwängen und der Kellner nach jeder Zigarette einen neuen Aschenbecher bringt: Ist die Geschichte von Bianca Sharma eine traurige? ○

Ständerats-
kandidat



Roger Köppel spricht

in allen 162 Gemeinden des
Kantons Zürich! Mehr Infos auf
www.rogerkoepfel.ch
www.weltwoche.ch

Ständeratskandidat Roger Köppel (SVP) wird bis zum Wahltag, dem 20. Oktober 2019, alle 162 Gemeinden im Kanton Zürich besuchen und mit der Bevölkerung direkt über die dringendsten Probleme unseres Landes sprechen.

Thema

Für eine freie und weltoffene Schweiz:

- Kein EU-Unterwerfungsvertrag
- Keine rot-grüne Klimadiktatur
- Schluss mit der masslosen Zuwanderung

Jedermann ist herzlich eingeladen. Kommen auch Sie! Lernen Sie Roger Köppel, Chefredaktor **DIE WELTWOCH**, in Ihrer Wohngemeinde kennen und diskutieren Sie mit. Sie können alles fragen.

Frei und sicher.



	Adlikon	12. April
	Adliswil	13. April
	Aesch (ZH)	13. April
	Aeugst am Albis	20. Mai
	Affoltern am Albis	21. Juni
	Altikon	18. Mai
	Andelfingen	18. Mai
	Bachenbülach	17. Mai
	Bachs	11. Mai
	Bäretswil	29. Mai
	Bassersdorf	15. Juni
	Bauma	12. Mai
	Benken (ZH)	22. Juni
	Berg am Irchel	10. Juli
	Birmensdorf (ZH)	24. Juni
	Bonstetten	27. Juni
	Boppelsen	5. Juli
	Brütten	6. Juli
	Bubikon	6. Juli
	Buch am Irchel	2. August
	Buchs (ZH)	11. Juli
	Bülach	12. Juli
	Dachsen	15. Mai
	Dägerlen	13. Juli
	Dällikon	30. August
	Dänikon	4. August
	Dättlikon	3. August
	Dielsdorf	11. August
	Dietikon	3. August
	Dietlikon	4. August
	Dinhard	5. August
	Dorf	7. August
	Dübendorf	29. Juni
	Dürnten	8. August
	Egg	9. August
	Eglisau	10. August
	Elgg	10. August
	Ellikon an der Thur	18. August
	Elsau	23. August
	Embrach	3. Juli
	Erlenbach (ZH)	15. August

	Fällanden	16. September
	Fehraltorf	17. August
	Feuerthalen	17. August
	Fiscenthal	18. August
	Flaach	1. September
	Flurlingen	24. August
	Freienstein-Teufen	19. August
	Geroldswil	22. August
	Glattfelden	24. August
	Gossau (ZH)	28. August
	Greifensee	29. August
	Grüningen	15. Juni
	Hagenbuch	22. Juni
	Hausen am Albis	4. September
	Hedingen	12. September
	Henggart	5. September
	Herrliberg	7. September
	Hettlingen	7. September
	Hinwil	8. September
	Hittnau	8. September
	Hochfelden	9. September
	Hombrechtikon	14. September
	Horgen	14. September
	Höri	15. September
	Humlikon	15. Oktober
	Hüntwangen	19. September
	Hüttikon	20. September
	Illnau-Effretikon	21. September
	Kappel am Albis	21. September
	Kilchberg (ZH)	22. September
	Kleinandelfingen	23. September
	Kloten	27. September
	Knonau	28. September
	Küsnacht	28. September
	Langnau am Albis	29. September
	Laufen-Uhwiesen	29. September
	Lindau	2. Oktober
	Lufingen	3. Oktober
	Männedorf	4. Oktober
	Marthalen	16. Juni
	Maschwanden	6. Oktober

	Maur	12. Oktober
	Meilen	9. Juli
	Mettmensstetten	11. Oktober
	Mönchaltorf	19. Oktober
	Neerach	17. August
	Neftenbach	10. Oktober
	Niederglatt	19. Juli
	Niederhasli	5. Oktober
	Niederweningen	28. September
	Nürensdorf	12. Oktober
	Oberembrach	16. Juli
	Oberengstringen	13. Oktober
	Oberglatt	13. Oktober
	Oberrieden	14. Oktober
	Oberweningen	18. Oktober
	Obfelden	1. Juni
	Oetwil am See	13. Juni
	Oetwil an der Limmat	1. Juni
	Opfikon	23. Juni
	Ossingen	2. Juni
	Otelfingen	2. Juni
	Ottenbach	1. Juli
	Pfäffikon	5. Oktober
	Pfungen	10. Mai
	Rafz	30. Juni
	Regensberg	11. September
	Regensdorf	23. Juni
	Rheinau	18. Juli
	Richterswil	30. Juni
	Rickenbach (ZH)	4. Juni
	Rifferswil	12. Juni
	Rorbas	3. Juni
	Rümlang	14. Juli
	Rüschlikon	14. August
	Russikon	18. Juni
	Rüti (ZH)	11. Mai
	Schlatt (ZH)	15. Juli
	Schleinikon	5. Mai
	Schlieren	16. Oktober
	Schöfflisdorf	19. Mai
	Schwerzenbach	19. Juni

	Seegräben	12. Oktober
	Seuzach	25. Mai
	Stadel	6. Mai
	Stammheim	6. Oktober
	Stäfa	19. Oktober
	Stallikon	14. Juli
	Steinmaur	17. Juni
	Thalheim an der Thur	24. Mai
	Thalwil	18. September
	Trüllikon	11. Mai
	Truttikon	13. Juli
	Turbenthal	13. September
	Uetikon am See	11. August
	Uitikon	11. Juni
	Unterengstringen	10. September
	Urdorf	17. Juli
	Uster	14. Juli
	Volken	9. Oktober
	Volketswil	12. Mai
	Wädenswil	1. August
	Wald (ZH)	22. September
	Wallisellen	6. September
	Wangen-Brüttisellen	20. Juli
	Wasterkingen	19. Mai
	Weiach	15. Juni
	Weiningen (ZH)	25. September
	Weisslingen	8. Oktober
	Wettswil am Albis	6. August
	Wetzikon	13. Juli
	Wiesendangen	26. September
	Wil (ZH)	21. Juli
	Wila	26. Juni
	Wildberg	19. Oktober
	Winkel	5. Oktober
	Winterthur	15. September
	Zell (ZH)	1. Oktober
	Zollikon	15. April
	Zumikon	7. Oktober
	Zürich	27. Mai



Vergleiche mit Che Guevara: Widerstandsprophetin Alaa Salah vor dem Hauptquartier der Streitkräfte in Khartoum.

Flüchtige Ikonen

Alaa Salah heisst die neuste Hoffnungsträgerin der muslimischen Welt. Die Architekturstudentin aus dem Sudan wirkt wie eine Botticelli-Venus. Andere Beispiele zeigen, dass solche Frauen-Rebellionen im Nahen Osten wenig zu verändern vermögen. Von Pierre Heumann

Plötzlich war es da: das Gesicht der sudanesischen Rebellion. Nachdem die Medien die Proteste gegen die brutale Herrschaft des sudanesischen Langzeitherrschers Omar al-Bashir während Monaten stiefmütterlich behandelt haben, berichten sie jetzt fasziniert bis euphorisch über Alaa Salah, die weissgekleidete Frau, die auf dem Dach eines Autos wie eine Prophetin zum Widerstand aufruft. Die Menge, die sie vergötternd umgibt und die Linsen der Handys auf sie richtet, erhöht die Ausstrahlungskraft der ikonenhaften Figur, die frech und temperamentvoll gegen die Mächtigen im Staat vom Leder zieht.

Die Proteste gegen das Regime begannen am 19. Dezember. Al-Bashir wies seine Soldaten an, hart durchzugreifen. Doch am 6. April, dem Datum, an dem 1985 der ebenfalls verhasste

Immer wieder profilieren sich Frauen in Ägypten, Algerien oder im Jemen als starke Figuren.

Dschafar an-Numeiri gestürzt worden war, setzten sich Teile der Armee vom Regime ab. Bei einem grossen Sit-in vor dem Hauptquartier der Streitkräfte liessen die Soldaten die Demonstranten gewähren, statt den Anweisun-

gen des Herrschers zu gehorchen. Kurz darauf, am 11. April, wurde al-Bashir von einem «provisorischen» Militärrat abgesetzt, der das Zepter an sich riss. Aber die Proteste gingen weiter.

Time-Cover und Friedensnobelpreis

Im Zentrum des medialen Interesses steht jetzt ein Handy-Schnappschuss, der im Universum der sozialen Medien aufgetaucht war und den Fokus auf die energetische, in weisses Tuch gewickelte Alaa lenkte. Ob in *Le Monde*, in der *Washington Post*, bei BBC, CNN oder der *FAZ*: Die junge Studentin ist ein Top-Thema. Die *New York Times* lässt ihre Moderedaktorin über den blütenweissen Umhang schreiben,

den Alaa trägt, und weiss: «Das wird das Bild der Revolution sein.» BBC vergleicht den ikonenhaften Effekt der Aufnahme gar mit «Guerrillero Heroico», dem Porträt von Che Guevara aus dem Jahr 1960: ein didaktisches, kraftvolles Bild, das einen zwingen wolle, zu beten und zu gehorchen.

Dass Musliminnen die Mächtigen das Fürchten lehren können, haben sie mehrfach gezeigt. Alaa hat prominente Vorgängerinnen, unter ihnen die Iranerin Neda Agha-Soltan. Sie wurde 2009 zum «Symbol der Opposition gegen die Tyrannei», als auf einem Clip zu sehen war, wie sie bei Protesten gegen die Herrschaft der Ajatollahs getötet wurde. *Time* machte sie posthum zur «Person des Jahres».

Immer wieder profilieren sich Frauen in Ägypten, im Jemen, in Algerien, in Saudi-Arabien oder in Tunesien als starke Figuren. Sie kämpfen für mehr Bürgerrechte und werden so eine Zeitlang zu Hoffnungsträgerinnen. Das gilt auch für den Sudan. Frauen beteiligten sich aktiv am Widerstand gegen die Osmanen und dann gegen die Briten, ebenso am Sturz von Dschafar an-Numeiri 1985, an den Protesten gegen die Höhe der Lebenshaltungskosten 2012 und jetzt am Sturz von al-Bashir.

Auch 2011, während des sogenannten Arabischen Frühlings, spielten Frauen eine führende Rolle. In Bahrain schwang sich Zainab al-Khawaja zum Kopf des Widerstandes auf, mit dem die Opposition mehr Rechte forderte. Später flüchtete sie aus ihrer Heimat. In Kairo schleppten Frauen Nahrung und Decken zu den Anti-Regime-Demonstrationen auf dem Tahrir-Platz und kümmerten sich um die medizinische Hilfe für die Verletzten. So schufen sie die Bühne, auf der letztlich der Sturz von Hosni Mubarak inszeniert wurde.

Populär über Nacht

Im Jemen ging die Journalistin Tawakkol Karman zusammen mit Männern auf den Uni-Campus. Sie setzte sich nicht nur über kulturelle Normen der Geschlechtertrennung hinweg, sondern forderte auch Meinungsfreiheit. 2011 erhielt sie den Friedensnobelpreis, weil

sie dazu beigetragen habe, Präsident Ali Abdullah Saleh zu vertreiben.

In den sozialen Medien formulieren mutige Bürgerinnen Saudi-Arabiens ihre Forderungen nach Gleichberechtigung, obwohl sie wissen, dass sie danach mit Peitschenhieben und Gefängnisstrafen rechnen müssen.

Doch die Bilanz der arabischen Rebellionen gegen die Diktatur ist ernüchternd. In Syrien, im Jemen und in Libyen brachen in diesem Jahrzehnt blutige und verlustreiche Bürgerkriege aus, in Kairo herrscht ein Klon Mubaraks, in Bahrain wurde der Aufstand mit Hilfe Saudi-Arabiens niedergeschlagen. Zudem haben sich radikale, toxische Ideologien ausgebreitet. Islamisten überziehen mit ihrem Terror nicht nur die Region, sondern die Welt.

Jetzt aber haben Optimisten wieder eine Lichtgestalt, zu der sie aufblicken können: die 22 Jahre junge Architekturstudentin Alaa Salah. Sie trägt einen grossen vergoldeten traditionellen Ohrring, der in der untergehenden Abendsonne glänzt, und sie singt ein revolutionäres Lied, das sie mit präzisen Gebärden untermalt. Die Menge imitiert diese und skandiert mit, voller Hoffnung auf bessere Zeiten. Kaum zirkulierte der Clip im Netz, prangte in der Hauptstadt ein Banner mit dem Bild der zuvor anonymen Alaa, um das sich die Protestierenden scharten, als wäre es eine Prozessionsfahne. Die über Nacht populär gewordene Revoluzzerin eröffnete flink einen Twitter-Account, auf dem sie mittlerweile 15 000 Followers hat. Dort bezeichnete sie es zum Beispiel am 15. April als «nicht akzeptabel», dass der neue Militärrat erst in zwei Jahren eine zivile Regierung einsetzen wolle.

Dass sich Musliminnen als Revolutionäre engagieren, ist aus mehreren Gründen verständlich. Sie werden im Nahen Osten in der Regel stärker als Männer unterdrückt, ganz besonders auch im Sudan des als Kriegsverbrecher gesuchten al-Bashir. Da sie bei der Versorgung des Haushalts täglich mit den schwierigen Lebensbedingungen und steigenden Preisen konfrontiert sind, ist ihre Wut oft grösser als bei Männern. Im Vergleich

zu Männern sind ihre Chancen zudem sehr viel kleiner, ihre Heimat je einmal verlassen zu können, um im Ausland einen Job zu suchen. Schliesslich geniessen sie es auch, im Kampf gegen die Mächtigen für einmal, wenn auch nur vorübergehend, von den Männern respektiert zu werden und ihnen gleichgestellt zu sein.

Koran ausser Kraft

In revolutionären Zeiten werden die strengen Regeln des Koran nicht durchgesetzt, der bestimmt, dass ein Mann der Frau übergeordnet ist, wie das Beispiel des «Züchtigungsverses» unzweideutig zeigt. Die Sure 4, 34 billigt dem

Alaa schürt die Hoffnung, Muslime aus der Sackgasse befreien zu können, in der sie festsitzen.

Ehemann ein Erziehungsrecht an seiner Frau zu: «Und wenn ihr fürchtet, dass (irgendwelche) Frauen sich auflehnen, dann vermahnt sie, meidet sie im Ehebett und schlagt sie!» Beim Kampf gegen die Mächtigen im Staat werden solche Verse, zumindest vorübergehend, irrelevant. Auf Frauen muss das wie eine Erholung vom ehelichen Alltag wirken.

Die weisse Ikone in Khartum, die jetzt mit ihrem Gehabe und Outfit an die Tradition nubischer Königinnen anknüpft, ist als Gesicht der Revolution auch aus einem anderen Grund attraktiv. Sie schürt die Hoffnung, Muslime aus der Sackgasse befreien zu können, in der sie festsitzen. Das Bild verfängt ferner, weil es eine komplexe Story so stark vereinfacht, dass sie für jedermann verständlich ist. Die Gestalt ist unbefleckt von Politik, Tradition, Religion, Macht oder Korruption, naiv und unbelastet von Erfahrung – eine Figur eben, für die man sich leicht begeistern kann. Im Westen ist Alaa zudem populär, weil sie in der Region, in der Frauen unterdrückt werden, als Kämpferin einen exotischen Mehrwert schafft. Das ist sexy, weil es dem Klischee von der rechtlosen Muslimin zu widersprechen scheint.

Nur: Enthusiasmus allein genügt nicht, um Konflikte und Probleme zu lösen. Der Arabische Frühling scheiterte unter anderem deshalb, weil die Revolutionäre keine positiven Ziele formulierten, über keine politische Erfahrung verfügten und ihre unterschiedlichen Interessen nicht definierten, geschweige denn ausdiskutierten.

Der Alaa umgebende Glanz könnte deshalb schnell erlöschen. Auf dem Autodach wirkt sie zwar wie eine Botticelli-Venus. Dieses kitschig anmutende Symbol der Revolution birgt allerdings die Gefahr in sich, dass über unbequeme, umstrittene oder einer Lösung schwer zugängliche Themen nicht diskutiert wird, weil es schöner und leichter ist, sich an der neuen Hoffnungsträgerin festzuklammern. ○



Neda Agha-Soltan, Iran.



Tawakkol Karman, Jemen.



Zainab al-Khawaja, Bahrain.

«Krieg gegen die Kreuzfahrer»

Der Sicherheitsexperte und Regierungsberater Rohan Gunaratna über die Terrorziele des islamischen Staats, die Rolle der Schweiz in Sri Lanka– und die Mitschuld Europas am Blutbad vom 22. April. Von Pierre Heumann

Kurz nach dem Massaker in Sri Lanka erhielt Rohan Gunaratna in Singapur einen Anruf aus Colombo. Der ausgewiesene Anti-Terror-Experte wurde aufgefordert, sofort in seine Heimat zu kommen, um die Regierung in der Krise zu beraten.

Herr Gunaratna, der sri-lankischen Regierung wird vorgeworfen, konkrete Warnungen aus Indien über bevorstehende Attentate ignoriert zu haben. Weshalb reagierten die Sicherheitskräfte nicht?

Sri Lankas Sicherheitskräfte waren vor zehn Jahren sehr stark. Aber dann wies die Regierung das Militär und die internen Geheimdienste zum Rückzug in die Kasernen an. Alle Checkpoints wurden beseitigt, und den Geheimdiensten wurde befohlen, ihre Tätigkeit zu reduzieren.

Auch nach und trotz den Warnungen aus Indien?

Ja. Der Sicherheitsapparat war ja empfindlich geschwächt worden.

Weshalb?

Westliche Regierungen hatten Sri Lanka unter Druck gesetzt, die Sicherheits- und internen Spionagedienste aufzulösen, nachdem Sri Lanka den Krieg gegen die Terrororganisation Tamil Tigers gewonnen hatte. Wären unser Militär und unsere Nachrichtendienste nicht zurückgebunden worden, hätten sie die Angriffe auf sri-lankische Kirchen und Hotels verhindern können.

Sie machen den Westen im Ernst dafür verantwortlich, dass Sri Lanka die Terroranschläge nicht verhindert hat?

Nach dem Sieg über die Tamil Tigers im Jahre 2009 verlangte die EU einen Abbau des Sicherheitsapparates. Sie drohte Sri Lanka mit Sanktionen für den Fall, dass Colombo nicht auf Brüssel höre. Doch Politiker in der EU verstehen Sri Lanka nicht. Leider folgten die Politiker in Colombo den Vorgaben Europas, indem sie die Sicherheitsdienste schwächten, um der EU zu gefallen. Das war ein riesiger Fehler.

Erwarten Sie weitere Anschläge?

Der Islamische Staat wird aktiv bleiben und mit seinen Attacken fortfahren.

Der Islamische Staat ist nicht besiegt?

Ganz und gar nicht. Er befindet sich in einer Phase der Expansion. So hat er



«Phase der Expansion»: St.-Sebastian-Kirche, Negombo.

Teile Afrikas, Asiens oder des Kaukasus infiltriert und verstärkt seinen Terror im Mittleren Osten.

Wie ist das möglich, wo der IS doch kein Territorium mehr kontrolliert, weder im Irak noch in Syrien?

Die Anführer des IS haben sich unter die Bevölkerung gemischt, so dass sie sozusagen anonym operieren können. Ihr Hauptquartier ist vor allem im Grenzgebiet zwischen dem Irak und Syrien, im Euphrat-Tal. Von dort führen sie einen Krieg gegen die «Kreuzfahrer». Deshalb attackieren sie Kirchen und Ziele, die von Touristen aus dem Westen frequentiert werden.

Wie lange haben die Terroristen für die Vorbereitung ihrer Attacken gegen Sri Lanka gebraucht?

Die Planungs- und Vorbereitungsphase hat mindestens ein Jahr gedauert.

Was gehörte dazu?

Leute mussten rekrutiert und radikalisiert werden, es mussten Explosionsstoffe gekauft und versteckt werden. Die Attentäter wurden

trainiert, und die Ziele wurden überwacht, um in Erfahrung zu bringen, wann ein Anschlag besonders blutige Folgen haben würde.

In Colombo hiess es nach dem Attentat, es habe sich bei den Terroristen überwiegend um lokale Leute gehandelt.

41 Sri Lanker wurden in Syrien und im Irak trainiert. Einige wurden getötet, andere kamen zurück.

Mehrere Länder, darunter auch die Schweiz, haben jetzt Polizisten nach Colombo entsandt, damit sie Sri Lanka bestehen. Wie nützlich ist diese Hilfe?

Sie ist sehr wichtig. Sri Lanka muss mit möglichst vielen Ländern zusammenarbeiten, vor allem mit den Europäern. Denn die EU hat nicht begriffen, dass Sri Lanka bis 2009 einen Krieg gegen die brutale Terrororganisation Tamil Tigers geführt hat.

Und was erwarten Sie von der Schweiz?

Die Schweiz war früher ein wichtiger Hub für die Finanzierung der Tamil Tigers. Die Kooperation mit der Schweiz ist jetzt aber auch deshalb wichtig für die sri-lankische Regierung, weil Bern dann verstehen wird, mit welchen Gefahren Sri Lanka konfrontiert ist und wie dringend es jetzt ist, den Sicherheitsapparat wieder auf Vordermann zu bringen.

Wie lautet Ihr wichtigster Rat an die Regierung in Colombo?

Sie sollte einen nationalen Sicherheitsplan ausarbeiten, der Hassreden und Anstiftung zur Gewalt kriminalisiert.

Und welche Lehren haben Politiker im Westen aus den Attentaten in Sri Lanka zu ziehen?

Sie sollten Sicherheitsmassnahmen von Regierungen, die gegen den Terror kämpfen, unterstützen. Es darf keine Einmischung mehr von aussen geben, mit der eine Reduktion des Sicherheitsapparates gefordert wird, sonst kommt es wieder zu Terrorattacken.



Rohan Gunaratna, 58, aufgewachsen in Colombo, ist Professor für Sicherheitsstudien an der Nanyang Technological University in Singapur und Co-Autor des Buchs «The Three Pillars of Radicalization: Needs, Narratives, and Networks», das in den nächsten Wochen erscheint.



VIP-Reise «Queen Mary 2»

Willkommen an Bord!

Mit ihrer majestätischen Eleganz zählt die «Queen Mary 2» zu den schönsten, grössten und imposantesten Transatlantik-Linern der heutigen Zeit. Auf unserer Schnupperkreuzfahrt von Hamburg nach Southampton erleben Sie das Flair des goldenen Zeitalters der Seereisen.

Die Fahrt entlang der niederländischen, belgischen und französischen Küste und durch den Ärmelkanal wird Ihnen unvergesslich bleiben. Als weitere Höhepunkte erleben Sie Hamburg (Hafencity, Speicherstadt, Elbphilharmonie) und als krönenden Abschluss die Monumente von Stonehenge sowie das pulsierende London (Tower, Westminster- und Buckingham-Palast).

Programm: 1. Tag:

- Flug Zürich–Hamburg
- Stadtrundfahrt, Hafencity und Abendessen im Restaurant im Rathauskeller

2. Tag:

- Barkassenfahrt durch den Hafen
- Mittagessen im Restaurant «Wasserschloss»
- Besichtigung Speicherstadt, Kontorhausviertel und Kaffeerösterei Burg

3. Tag:

- Besuch der Elbphilharmonie
- Einschiffen und Abendessen an Bord der «Queen Mary 2»

4. Tag:

- Kurs auf Southampton via Niederlande, Belgien, Frankreich und Ärmelkanal
- Vielseitiges Unterhaltungsangebot an Bord

5. Tag:

- Ankunft in Southampton
- Ausschiffung nach dem Frühstück
- Besichtigung von Stonehenge und Fahrt nach London

6. Tag:

- Rundfahrt zu den Sehenswürdigkeiten Londons
- Rückflug London–Zürich

Verwirklichen Sie diesen Lebenstraum und buchen Sie Ihr persönliches VIP-Arrangement über Telefon 091 752 35 20 oder per E-Mail an info@mondial-tours.ch.
Detailliertes Reiseprogramm und Anmeldeformular unter www.weltwoche.ch/platin-club.

Veranstalter:

Mondial Tours MT SA, 6600 Locarno

Platin-Club-Spezialangebot

Schnupperkreuzfahrt «Queen Mary 2» 19. bis 24. Juni 2019

Reiseleistungen:

- Flug Zürich–Hamburg–London (inkl. Gebühren)
- 2 Übernachtungen mit Frühstück im 4-Sterne-Hotel in Hamburg
- 1 Übernachtung mit Frühstück im 4-Sterne-Hotel in London
- Abendessen Rathauskeller Hamburg (1. Tag)
- Mittagessen Restaurant «Wasserschloss» (2. Tag)
- Mittagessen Restaurant «Deichgraf» (3. Tag)
- Besichtigungen/Rundfahrten in Hamburg
- Ausflug «Steinkreise von Stonehenge»
- Ausflug «Weltmetropole London»
- Qualifizierte, Deutsch sprechende Reiseleitung

Leistungen an Bord:

- Hamburg–Southampton (inkl. Gebühren)
- 2 Übernachtungen in der Kabine/Suite
- Vollpension
- Bordveranstaltungen und Unterhaltung
- Benützung Fitnesscenter und Bibliothek

Preise:

Mit *Weltwoche*-Abo: ab Fr. 1900.– p.P. im DZ
Für Nichtabonnenten: ab Fr. 2200.– p.P. im DZ
Einzelzimmerzuschlag: ab Fr. 810.–
(Innenkabine Britannia «Kategorie IE».
Weitere Kabinengebote auf Anfrage und nach Verfügbarkeit.)

www.weltwoche.ch/platinclub



Ein intaktes westliches Wertesystem kann die Impulse von ethnischen Minderheiten absorbieren.

Sterben die Weissen aus?

Europas Gesellschaft durchläuft einen fundamentalen Wandel zu einer hybriden, gemischten Bevölkerung – wegen der Migration. Die weisse Bevölkerungsmehrheit in Europa werde verschwinden. Diese Prognose wagt der linke kanadische Politikwissenschaftler Eric Kaufmann. *Von Rolf Hürzeler*

In den USA ist die Hälfte der Neugeborenen heute schwarz, dunkelhäutig oder asiatisch. In 22 der hundert grössten amerikanischen Städte sind die Weissen heute in der Minderheit. Grossbritannien wird in einem halben Jahrhundert soweit sein, andere europäische Länder ohne koloniale Vergangenheit wie die Schweiz vermutlich später. Aber ob heute oder morgen: Das Aussehen der Bevölkerung wird sich zwangsläufig verändern. Zu diesem Schluss kommt der britische Politikwissenschaftler Eric Kaufmann in seinem neuen Buch «Whiteshift» (frei übersetzt: «Verblasen»).

Die westliche Welt befindet sich im Wandel von einer weissen Mehrheit zu einer hybriden, gemischten Bevölkerung – wegen der Migration. Selbst wenn Europa die Einwanderung aus Afrika oder Asien politisch erschweren würde, wäre diese Entwicklung nicht aufzuhalten. Denn die Menschen tendieren dazu, sich durch Heiraten zu vermischen.

Politikwissenschaftler Eric Kaufmann bewegt sich mit diesen Aussagen auf rutschigem Terrain: Die Diskussion um das Aussehen von Menschen ist politisch belastet. Schnell sind die Vorwürfe von «Rassismus» und «Diskriminierung» zur Hand: «Umso wichtiger ist die Diskussion darüber», sagt er im persönlichen Gespräch, «denn das Tabuisieren ist schädlich.» Auch wenn man stets ein «ungutes Gefühl verspürt, über das Aussehen von anderen Menschen zu reden», wie er einräumt. Kaufmann kann es sich leisten, weil er in Kanada aufgewachsen ist und asiatische, jüdische und lateinamerikanische Vorfahren hat, mithin den globalen Typ verkörpert.

Tabuisierter Wandel

Der Bevölkerungswandel kann laut dem Buchautor zu einem tiefgreifenden Wandel in den westlichen Gesellschaften führen, muss aber nicht. Er geht von drei Markern

aus, die Menschengruppen unterscheiden: das Aussehen, die Sprache und die Religion sowie damit verbundene kulturelle Eigenheiten. Am einfachsten wandelbar ist die Sprache im Sinn einer Assimilation: Meist lernt die erste Generation der Neuankömmlinge die Sprache des Ziellandes. Die beiden anderen Merkmale halten sich dagegen länger – vor allem das Aussehen. Ein mehr oder weniger intaktes westliches Wertesystem könne jedoch die neuen Impulse von ethnischen Minderheiten absorbieren. Kaufmann erklärt den Sachverhalt anhand der britischen Flagge, dem Union Jack: «Schwarze, weisse und asiatische Briten akzeptieren ihn als Symbol, auch wenn er für die einen Tradition bedeutet und für andere ein funktionierendes Sozialsystem.» Schwierig sei es indes, wenn gemeinsame Symbole auf Widerstand stossen. So lehnen nordirische Republikaner den Union Jack als provokativ ab, weil sie sich als Iren und nicht als Briten fühlen.

Wissenschaftler Kaufmann stellt vier Szenarien vor, um auf das sukzessive Verschwinden der weissen Bevölkerungsmehrheit zu reagieren: Die Entwicklung lässt sich teilweise unterdrücken, wie dies rechtskonservative Gruppierungen anstreben, um ihre Wählerbasis zu verbreitern. Im Gegensatz dazu steht die zweite Variante, das Tabuisieren des Wandels, um der politischen Korrektheit zu genügen, wozu die liberale Linke neigt. Laut Kaufmann kann, drittens, die schwindende weisse Mehrheit vor der Entwicklung flüchten, wie dies in bürgerlichen Vorstadtgemeinden geschieht, wenn an Schulen Fremdsprachige die überwältigende Mehrheit bilden.

Kaufmann, er versteht sich als Linker, setzt auf eine vierte Variante: Er hält die Vermischung von Europäern und Zuwanderern für zwingend, meint aber, die westlichen Tra-

Für eine gedeihliche Assimilation ist eine gelassene Diskussion über die Migration nötig.

ditionen müssten dabei nicht geopfert werden. Stellt sich dem Leser hier allerdings die Frage, wie realistisch diese Option ist. «Vielleicht bin ich zu optimistisch», sagt er, «die Gefahr von Konfrontationen zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft besteht immer.» Er verweist auf einzelne Länder wie Südafrika, wo die Hautfarbe nach wie vor eine Konstante der politischen Auseinandersetzung ist. Gerade weil der Anteil der weissen Minderheit relativ hoch ist, kommt es indes zu weniger gemischten Beziehungen: Die Auswahl an Partnern unter seinesgleichen ist gross, so dass die Vermischung zögerlicher verläuft als anderswo.

Der Autor führt Beispiele an, die seine These der Koexistenz unterstützen. Dazu gehört etwa das «Wachstum» der Indigenen auf Hawaii – die heute allerdings nur eine verschwindende Minderheit von 7000 Menschen bilden. Mehr als 300 000 Menschen auf diesen Inseln fühlen sich aber heute als Einheimische und bekennen sich zu Hawaii als ihrem Heimatland, selbst wenn nur weit entfernte Verwandte auf den Inseln geboren wurden. Mehr noch: Auch Zugezogene aus anderen US-Gliedstaaten oder gar aus Europa identifizieren sich mit Hawaii. Denn sie teilen mit den «Eingeborenen» das gleiche Wertesystem, etwa eine besondere, vielleicht romantische Naturverbundenheit. Trotz alledem: Die Generationen «wirklicher» Indigener auf Hawaii sind gezählt.

Bunte Palette

Wer nun meint, die demografische Entwicklung in Europa führe zu einem Aussterben weisser Menschen, täuscht sich. Sie werden, wenn auch in kleinerer Zahl, überleben. Kauf-

mann erinnert an zahlreiche Gruppierungen, die sich trotz widriger Umstände behaupteten. Dazu gehört etwa die Sekte der Amischen in den USA, die sich seit dem 17. Jahrhundert halten konnte. Kaufmann denkt auch an entlegene Gemeinden in Wales, wo die Umgangssprache noch immer Walisisch ist. Wichtiger als das «Überleben der Weissen» ist jedoch die Frage nach deren Definition: Kaufmann verweist richtigerweise auf den genetischen Mix der Europäer, der sich aus einer bunten Palette von Herkunftsregionen zusammensetzt – vom Kaukasus über den Nahen Osten bis zum Maghreb. So bestehe zwischen Herkunft und Nation kein Zusammenhang, wie sich am besten anhand der gemischten Länder Lateinamerikas belegen lässt. Der verstorbene Schriftsteller Ernesto Sabato brachte diesen Sachverhalt in einem Bonmot auf den Punkt: «Die Argentinier sind Italiener, die spanisch sprechen, in französischen Häusern wohnen und glauben, sie seien britisch.»

Für eine gedeihliche Assimilation von Zugezogenen ist gemäss Buchautor Kaufmann eine gelassene Diskussion über die Migration nötig. Unsinnig sei es, Fragen der Zuwanderung als politisch unkorrekt zu disqualifizieren und damit auf einen «repressiven Liberalismus» zu setzen. Der Begriff illustriert einen offenkundigen Widerspruch, der indes an zahlreichen Universitäten der angelsächsischen und zum Teil auch der deutschsprachigen Welt praktiziert wird.

Kaufmann konstatiert weiter eine gespaltene Wahrnehmung der derzeit noch weissen Mehrheit, was ihre eigene Herkunft angeht; dies verunmögliche einen gelassenen Umgang mit der Migration. Zahlreiche weisse Menschen schämten sich wegen der Hautfarbe, weil sie diese mit Untaten in der Kolonialgeschichte in Verbindung brächten oder mit rassistischen Übergriffen auf Andersfarbige. Laut Kaufmann ist diese Fremdscham bei anderen gesellschaftlichen Gruppierungen nicht zu finden.

Kaufmanns Thesen lassen entscheidende Fragen offen. Weshalb ist etwa die japanische Gesellschaft homogen geblieben? «Sie hatten stets eine restriktive Einwanderungspolitik; entscheidender ist aber, dass Ehen mit Ausländern verpönt sind», sagt er, der selbst acht Jahre in Tokio lebte. So gebe es sehr wenige Verbindungen mit Europäern und kaum je mit Afrikanern – mithin keinen «Asianshift». Damit bleibt jedoch ungeklärt, woher diese Vorbehalte in Japan kommen.



Eric Kaufmann: Whiteshift. Populism, Immigration and the Future of White Majorities. Allen Lane. 624 S., Fr. 35.90



Inside Washington

Senioren-Wahl

Demokrat Joe Biden kämpft um die Krone. Und gegen sein Image als Mann von gestern.

Jetzt ist es offiziell! Der ehemalige Vizepräsident Joe Biden steigt ins Rennen ums Weisse Haus. Einen Tag nach Bidens Ankündigung auf Video machte sich Präsident Trump, 72, über den 76-Jährigen lustig und prahlte vor Reportern im Weissen Haus: «Ich fühle mich wie ein Jungspund. Unglaublich, ich bin ein dynamischer junger Mann. Dann schaue ich mir Joe an. Da hegt man schon Zweifel.»

Etliche Demokraten teilen Trumps Skepsis. Donna Brazile, einst nationale Chefin der Demokraten, warnt, dass der Politiker alter Schule mit einer Partei zurechtkommen müsse, die sich verändert habe – selbst im Vergleich zu derjenigen, die sein alter Chef Barack Obama 2008 entzückte. Brazile erinnert daran, dass der Grapscher Biden eine junge Parteibasis mobilisieren muss, die von der #MeToo-Bewegung geprägt ist.

Die *Washington Post* berichtet, dass «eine Reihe von Demokraten – inklusive ehemaliger Obama-Aktivistinnen und Spender» – Bidens Idee, «sich als eine Art neuer Obama zu inszenieren» für unmöglich halten. Die *New York Times* enthüllt, dass Obama Biden schon vor vier Jahren davon abhielt, ins Rennen zu steigen. Unter vier Augen «drängte er ihn wiederholt sanft», auf die Präsidentschaft 2016 zu verzichten. Trotz dieser Kommentare berichtet Bidens Kampagnenleitung nun, dass er einen Tag nach der Ankündigung seiner Kandidatur 6,3 Millionen Dollar eingestrichen habe, mehr als sein grösster Rivale, Bernie Sanders, 77. Laut Meinungsforscher Nate Silver profitiert Biden «von mehr als nur seiner Bekanntheit... er genießt die grösste Popularität im gesamten zwanzigköpfigen Bewerberfeld der Demokraten».

«Onkel Joe» mag kein Trendsetter sein, aber er hat bereits 6 Prozent Vorsprung auf Trump in Wählerumfragen. Der alte Biden liefert dem jungen und dynamischen Trump ein Rennen ums Geld. *Amy Holmes*



Britney loslassen, um Britney zu werden: Jugendikone Spears, 1999.



Ikone der Woche

Heruntergekommenes Sternchen

Von Michael Bahnerth

Unter all den Sätzen, die über die inzwischen 37-jährige US-amerikanische Popsängerin Britney Spears geschrieben worden sind, findet sich einer, der möglicherweise die ganze Tragik ihres Seins erklärt. Er geht so: Sie wurde als kollektive Jungfrau geschaffen, um vor uns allen zu unserem Amusement defloriert zu werden. Vor ein paar Tagen wurde sie, wieder einmal, aus einer psychiatrischen Klinik entlassen. Sie sah aus wie jene dicken Mädchen, die früher ganz zuvorderst bei ihren Konzerten standen und davon träumten, jemand anderes zu sein.

Die Geschichte ihrer zwölfjährigen Entjungferung vom kleinen «American sweetheart» zur Tablettensüchtigen und abgewrackten Popsängerin, brachte uns ein paar Geschichten und ihr ein Vermögen von 200 Millionen Dollar. Das scheint ein angemessener Preis, wenn man sozusagen nackt durch die Welt laufen muss und alles, was man tut, umgehend zu News wird.

Sie war achtzehn, als sie ein Star wurde und die Prinzessin des Pop, sie war eine Mischung aus Lolita und Milchkönigin, sie konnte singen und tanzen und war diszipliniert. Mädchen wollten so sein wie sie, Männer stellten sich allerlei vor mit ihr, und erwachsene Frauen waren neidisch auf ihre Jugend. «Baby One More Time» hiess ihr Debütalbum, und sie machte es noch ein paarmal, sie machte mit, war ein gefügiges Rädchen der Popindustrie, aber dann wurde sie erwachsen, die Probleme begannen. Vielleicht liegt es daran, dass in jenem Alter, in dem Mädchen Poster an ihre Wände hängen, sie das Poster war und nie ein pubertierendes Etwas. All das Selbstfindungs- und Rebellionszeugs, das einen Menschen ab siebzehn Jahren heimsucht, um aus ihm im besten Fall eine Persönlichkeit werden zu lassen, kam bei ihr zehn Jahre später, mit einer unkontrollierbaren Wucht.

Verliebt in Flaschen

Britney konnte mit drei schon tanzen, sie tat das in Kentwood, Louisiana, kurz darauf erhielt sie Gymnastik- und Gesangsunterricht. Als sie acht war, schleppte sie ihre Mutter zum Vorsprechen für eine Rolle im «Mickey Mouse Club», einer TV-Sendung für Kinder und Jugendliche, durch die Christina Aguilera, Justin Timberlake oder Ryan Gosling berühmt wurden. Das Erfolgsrezept war simpel; ein Haufen Jugendlicher, die kaum dem Rat von Erwachsenen folgten. Britney wurde nicht genommen im ersten Anlauf, zu jung. Als sie elf Jahre alt war, klappte es dann.

Die nächsten Jahre wurde sie hin und her geschoben zwischen Plattenlabels und Managern, bis sie dann 1999 ihren Durchbruch hatte. Bis 2007 etwa schien alles glattzugehen, oder vielleicht bis 2006. Nachdem Justin Timberlake sich von ihr getrennt hatte, heiratete sie das erste Mal, liess sich nach 48 Stunden wieder scheiden, sie heiratete wieder, bekam Kinder, sie liess sich wieder scheiden; sie verliebte sich in die Flaschen und wusste die Richtigen nicht zu halten.



«All is well»: Spears in einer Video-Botschaft.

2007 begann der Fall aus dem Pophimmel und die Landung in den Sümpfen der eigenen Seele. Sie war zu alt für einen Teenie-Star und noch nicht reif genug, eine

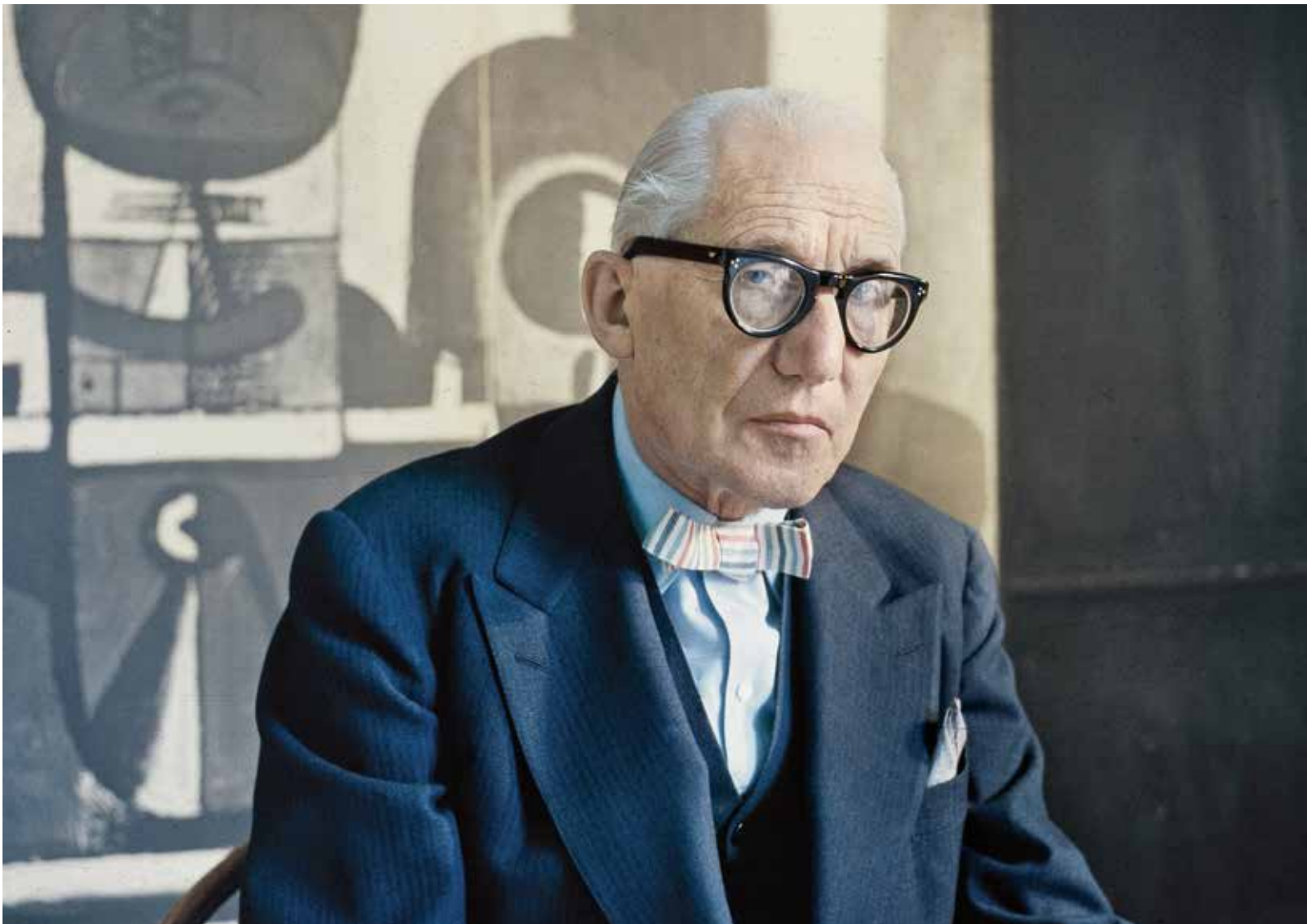
Königin des Pop zu werden. Sie erhellte ihre Tage mit Tabletten und ihre Wochenenden mit Tabletten und Drogen. Sie konnte noch lächeln wie die Britney von früher, aber in ihr drin zersetzte sich in jenem Tempo, das Kokain braucht, bis es im Hirn angekommen ist, all die Künstlichkeit, die sie für ihr Ich gehalten hatte.

Sie war nur noch eine Sternschnuppe ohne eigene Flugbahn im Popuniversum. Sie liess sich kahlscheren, kümmerte sich einen Scheiss um alles, ihre Konten wurden per Gerichtsbeschluss vom Vater geführt, sie schluckte, was gerade da war, und nannte es euphemistisch «meine Vitamine». Häufiger als ihre Lover wechselte sie die psychiatrischen Kliniken. Sie hatte alles, ausser sich selber. Eine Zeitlang sah es so aus, als ob sie sich gefangen hätte, sie veröffentlichte ein paar Alben, die immer weniger hören wollten, und dann kam das Angebot für Shows in Las Vegas, diesem Friedhof der sterbenden Stars: «Britney: Piece of Me», hiess die Show, die 250-mal aufgeführt wurde und 137 Millionen Dollar einspielte. Britney war immer noch Britney und doch nicht mehr.

Im Februar hätte wieder eine neue Bühnenshow beginnen sollen, «Domination», 32 Auftritte, sie sagte sie ab. Offiziell war der Grund, dass sie ihrem Vater beistehen wollte, der einen doppelten Darmdurchbruch erlitten hatte. Inoffiziell knallte sie einfach wieder durch, aufgeweicht durch ihre Unfähigkeit, Britney loszulassen, um Britney zu werden. Einen Tag nach der Entlassung aus der Anstalt postete sie kürzlich ein 30-Sekunden-Video auf Instagram, auf dem sie Gymnastik macht, ganz alleine für 21 Millionen Followers. Es sah aus, als versuchte sie, jene Britney Spears zu sein, die sie einmal war und nie mehr sein wird.

Le Corbusiers Schattenwurf

Von den Zehn-Franken-Noten ist er verschwunden. In Frankreich sorgt ein geplantes Museum für Streit. Nun droht der Ausschluss aus dem Weltkulturerbe. Der Genfer Schriftsteller Daniel de Roulet über die zähe Aufarbeitung von Le Corbusiers faschistischer Vergangenheit. *Von Jürg Altwegg*



«Das Modell Banlieue stammt von Le Corbusier»: Architektur-Ikone Le Corbusier und seine «Cité Radieuse» bei Marseille.

Der 1944 geborene Genfer Daniel de Roulet studierte Architektur und Informatik, bevor er sich vollständig dem Schreiben zugewandt hat. Er verfügt über ein vielfältiges Werk mit Romanen und Essays und gehört zu den wichtigsten Vertretern der Westschweizer Gegenwartsliteratur. In Paris erscheinen seine Bücher in führenden Verlagen, sie werden in viele Sprachen übersetzt. Auf Deutsch sind sie bei Hoffmann und Campe und vor allem im Limmat-Verlag erschienen. Im Winter 1975 setzte er das Chalet des deutschen Verlegers Axel Springer (*Bild, Die Welt*) im Berner Oberland in Brand. Obwohl der Schweizer Staatsschutz, wie sich anlässlich der Fichenaffäre herausstellte, den Schriftsteller aufmerksam observiert hatte, wurde der Anschlag nie geklärt.

Nach Ablauf der Verjährungsfrist bekannte sich Daniel de Roulet 2006 in einem Buch zu seiner Täterschaft: «Ein Sonntag in den Bergen. Ein Bericht». Über Le Corbusiers Jugend in La Chaux-de-Fonds hat er soeben einen Aufsatz im Sammelband «Le Corbusier, zones d'ombre» (Les Editions Non Standard) veröffentlicht. Sein neuestes Buch befasst sich mit Ferdinand Hodler, den er – wie Le Corbusier – im Kontext der historischen Wahrheit und Wirklichkeit analysiert: «Wenn die Nacht in Stücke fällt. Ein Brief an Ferdinand Hodler».

Auf wann geht Ihre erste Begegnung mit Le Corbusier zurück?

Auf mein Studium der Architektur in Lausanne, Le Corbusier war das Vorbild und der Meisterdenker meiner Generation, die man als Achtundsechziger bezeichnen kann. Ich habe alle seine Bauwerke gewissermassen auswendig gelernt und nach Möglichkeit besucht. Zu meiner Heirat wünschte ich mir einen Corbusier-Fauteuil.

Und wann entdeckten Sie das Dunkle seiner Vergangenheit?

Um die Jahrtausendwende. Ich war längst als Schriftsteller tätig und Mitarbeiter von *Tracés*, der Zeitschrift der Schweizer Architekten und Ingenieure, die seit weit über hundert Jahren erscheint, als ich mit einem Aufsatz über Le Corbusier beauftragt wurde. In den Archiven sah ich, dass sich *Tracés* ein einziges Mal mit ihm befasst hatte: als es in den zwanziger Jahren um den Auftrag für den Bau des Völkerbundpalasts ging, den Le Corbusier nicht bekommen hatte. Damals erschienen bei Birkhäuser seine Briefe an die Familie auf Deutsch. In den vierziger Jahren kamen sie aus Vichy. Seine Anwesenheit in der Hauptstadt der Kollaboration wurde damit erklärt, dass ein Architekt, der bauen will, ein Opportunist sein muss. Ich begab mich vor Ort und entdeckte eine ganz andere

Realität. Le Corbusier hatte ein Büro in der Nähe von Pétain und war omnipräsent. Er teilte den Alltag der regierenden Faschisten und verfasste Schriften, die ihn als eifrigen Sympathisanten ausweisen. In meinem Artikel unterstrich ich meine Begeisterung für sein Werk, beschrieb aber auch seine Verstrickung in die Kollaboration. Le Corbusier war ein übler Antisemit. Der Artikel erschien im Oktober 2005.

Man kann sich die Reaktionen ausmalen.

Er löste einen gewaltigen Wirbel aus. Der Text wurde in einer deutschsprachigen Zeitschrift und später in einem Buch nachgedruckt. Ich bekam Probleme mit den Architekten unter meinen Freunden. Es war ihnen wie mir und praktisch der gesamten Öffentlichkeit ergangen: Wir wussten von nichts. Das darf nicht wahr sein! Von Le Corbusier hatten wir unseren Beruf gelernt. Ich habe bewegende Briefe bekommen, zum Beispiel von Paul Andreu,

«Er hatte schon viel früher, in den dreissiger Jahren, mit den Faschisten paktiert.»

dem kürzlich verstorbenen Architekten des Pariser Flughafens Roissy-Charles de Gaulle. Er drückte sein Entsetzen über die «Katastrophe» aus.

Dann kam die Affäre mit der Zehnfrankennote.

Ein Journalist des *Matin* schrieb, ich hätte gefordert, die Banknoten einzustampfen. Das stimmt nicht, und ich halte diese Massnahme nach wie vor für falsch. Nationalbank-Präsident Jean-Pierre Roth erzählte mir, dass der Geldschein auch geschaffen worden war, damit Jean Zwahlen vom Direktorium eine Note mit dem Konterfei seines Verwandten unterschreiben konnte. Die Nationalbank teilte schliesslich mit, dass man sie 2010 sowieso aus dem Verkehr ziehen werde – es hat dann etwas länger gedauert. Aber die Legende, dass sie wegen mir eingezogen wurde, ist geblieben.

«Pech» hatte auch die UBS mit ihm. Aufgrund der Briefe und einer in Amerika erschienenen Biografie von Nicholas Fox Weber veröffentlichte die Weltwoche im Oktober 2009 einen Artikel über den Architekten, der die Nazis bewundert hatte. Gleichwohl wollte die Bank ausgerechnet mit Le Corbusier ihren angeschlagenen Ruf reparieren.

Nach der Affäre um die nachrichtenlosen Vermögen plante die Bank, die mich für mein literarisches Gesamtwerk ausgezeichnet hatte, eine weltweite Kampagne. Sie durfte, wie mir gesagt wurde, eine Milliarde Dollar kosten. Mit Le Corbusier im Mittelpunkt. Erneut wurde ich von Journalisten

angerufen, die sich wunderten, dass ich nicht dagegen protestierte. Ich kritisierte nur die historische Ahnungslosigkeit der Bank. Weltweit führende, auch jüdische Agenturen wurden in die Aktion einbezogen. Erst als jüdische Organisationen intervenierten, hat man die angekündigte Kampagne gestoppt – nachdem die Spitzen der Bank und der Agenturen von Freitagabend bis zum Montagmorgen ununterbrochen beraten hatten.

2015 fand in Paris eine grosse Ausstellung statt.

Aus diesem Anlass erschienen drei Biografien, in denen die Vergangenheit detailliert wie nie dargestellt wurde (siehe Kasten). Die Fondation Le Corbusier reagierte völlig hysterisch auf diese Bücher. Nach und nach räumte sie ein, dass Le Corbusier tatsächlich in Vichy gewesen war, aber auch in Moskau und dass er freundschaftliche Beziehungen zu Linksextremisten unterhalten hatte. Doch er hatte schon viel früher, in den dreissiger Jahren, mit den Faschisten paktiert – das Argument des politischen Opportunismus brach zusammen. Auf die Tatsache, dass er ein ausgekochter Antisemit gewesen war, reagierte die Le-Corbusier-Stiftung nun mit einer neuen Strategie: Er sei vom Klima in seinem Heimatland geprägt worden, Le Corbusier sei Schweizer und ergo Antisemit gewesen. Als ob die Schweiz antisemitischer als Frankreich gewesen wäre. Noch immer will man die historische Wahrheit nicht wahrhaben. Und was bleibt den Architekten, wenn sie Le Corbusier nicht mehr haben? Nichts. Seine Schriften sind nicht einfach Kommentare zu seinen Bauten, sie sind Bestandteil seines Werks. Er schrieb mehr, als er baute. Wenn er sagt, dass «Hitler sein Leben mit einem grandiosen Werk krönen» könne, ist das schon ziemlich unerträglich. Er war durchdrungen vom Willen, alles neu zu schaffen – für den neuen Menschen. Was mich heute am meisten empört, sind diese Schriften. Und dass man die Schweiz zum Sündenbock für seinen Antisemitismus hochstilisiert.

Wie soll man mit seinem Werk umgehen?

Es zugänglich machen. Die Le-Corbusier-Stiftung hat sich lange geweigert, die ominösen Briefe aus Vichy zu veröffentlichen. Das Museum of Modern Art in New York setzte sie unter Druck: Solange es keine Publikation gebe, mache man keine Ausstellung. Und die Korrespondenz erschien. Die Fondation verfügt über alle Rechte und versucht, jegliche Aufklärung zu verhindern. Jüngst hat sie ein Schreiben von de Gaulle vorgelegt, im dem er dem Architekten zur Aufnahme in die Ehrenlegion gratuliert. Das ist für den Staatschef eine Pflichtübung. Aber de Gaulles Position war eindeutig, und er war offensichtlich besser

Hitler als «Lichtgestalt»

Le Corbusier freute sich über die Niederlage der Franzosen.

Anfang Januar wurde in Poissy bei Paris, wo Le Corbusier die Villa Savoye gebaut hatte, eine zwei Meter hohe und 400 Kilo schwere, von einem russischen Künstler gestaltete Skulptur, die Le Corbusier darstellt, eingeweiht. Die Gemeinde plant den Bau eines Museums, gegen das renommierte Kreise Anfang April in *Le Monde* mit einer Petition protestierten. Im Umfeld der *gilets jaunes* war es zu antisemitischen Manifestationen und Grabschändungen in jüdischen Friedhöfen gekommen: «Die Regierung kann nicht gegen den Antisemitismus kämpfen und gleichzeitig das Werk eines Antisemiten unterstützen.»

Neben Daniel de Roulet und anerkannten Historikern gehört der Journalist Xavier de Jarcy zu den Unterzeichnern. Er ist Verfasser des Buchs «Le Corbusier, un fascisme français». Der Schweizer Architekt gehörte in den dreissiger Jahren zu einer rechtsextremen Vereinigung, die die Zeitschrift *Prélude* herausgab und einen Staatsstreich gegen die linke Volksfrontregierung mit dem Juden Léon Blum an der Spitze propagierte. Er war auch Mitglied einer faschistischen Bewegung und einer Stiftung des Eugenikers Alexis Carrel. Le Corbusier freute sich über die Niederlage der Franzosen und feierte 1942 Hitler als Lichtgestalt: «Une lueur de bien: Hitler.» Bei Kriegsende befreundete er sich mit dem kommunistischen Architekten Andre Lurçat, was ihm ermöglichte, den antifaschistischen Säuberungen zu entgehen.

2016 war Le Corbusiers Werk, das über mehrere Länder verstreut ist, nach ins Weltkulturerbe der Unesco aufgenommen worden. Bereits ist der Eintrag wieder in Gefahr: Marseille will in unmittelbarer Nähe seiner «Cité radieuse» neue Wohnblöcke erstellen. Zwar fordert niemand den Abbruch des Denkmals, man kann sich indes lebhaft vorstellen, dass die Stadt Marseille Le Corbusiers düstere Vergangenheit als Alibi benutzen wird, um die Pläne zu verwirklichen.

Aus dem Weltkulturerbe gestrichen würden mit der «Cité radieuse», die von der Bevölkerung von Marseille als «La maison du Fada» – des Spinners – bezeichnet wird, der Wohnblock «Clarté» in Genf und die Villa «Le Lac» in Corseaux am Genfersee.

Jürg Altwegg

informiert als die Zeitgenossen. Dem Staatsbegräbnis von Le Corbusier, bei dem André Malraux die Rede hielt, blieb er fern.

Wie hat die Stiftung auf die Petition reagiert?

Sie hat ein Buch von Historikern angekündigt, das vor Jahresende erscheinen soll. So hat sich auch Kulturminister Franck Riester ausgedrückt: Jetzt seien die Historiker gefordert. Das ist ein Witz. Die Fakten sind bekannt. Man wollte den Amerikaner Tom Paxton, der das erste wichtige Buch über Vichy geschrieben hatte, gewinnen. Er winkte ab. Die Fondation müsste alle ihre Archive öffnen, Le Corbusier ist schon lange genug tot. Mir hat man damals den Zugang verweigert. Wir verlangen, dass der Staat die Fondation Le Corbusier, in der er vertreten ist, nicht mehr finanziell unterstützt. Ich habe nie dafür plädiert, dass man eine nach ihm benannte Strasse oder einen Platz umbenennt. In Genf trägt eine Schule seinen Namen. Das stört mich überhaupt nicht. Aber man muss über seine Vergangenheit und sein Werk informieren. Ich erinnere mich sehr gut an eine Wanderausstellung. Sie ging bis 1939 und setzte bei 1945 wieder ein.

Aber das geplante Museum wollen Sie verhindern?

Nein. Nur: Der Staat soll es nicht subventionieren. Denn dieses Museum ist Teil der systematischen Weisswäsche, wie sie von der Fondation betrieben wird.

Wir leben in einer Epoche der antifaschistischen Reinigungen, Angela Merkel hat gerade im Kanzleramt Gemälde von Emil Nolde abhängen lassen.

Mit solchen Reaktionen kann ich nichts anfangen. Ich bin dafür, dass auch die üblen antisemitischen Pamphlete des Schriftstellers Céline gedruckt werden, nicht als Taschenbuch ohne Kommentar, aber in einer kritischen Ausgabe. Der Umgang mit Geschichte ist ein schwieriges und hartes Geschäft. Ich habe 1975 das Chalet des deutschen Verlegers Axel Springer in Rougemont bei Gstaad in Brand gesteckt. Und ich bekenne hier und heute: Das war eine Dummheit. Damals sah ich das anders. Die 68er Revolte war von den Nazis besessen, es gab die Anti-Springer-Demonstrationen in Berlin. Im Mai 68 schrien die Studenten: «CRS=SS!». Für mich war Springer ein ehemaliger Nazi, der aus Steuergründen in die Schweiz geflüchtet war. Und das war er auch für weite Teile der deutschen Öffentlichkeit. Heute weiss ich es besser, ich habe ein Recht auf Selbstkritik. Ich hatte mich in der historischen Einschätzung getäuscht und mich

bei Springers Witwe entschuldigt. Die gesamten Honorare des Buchs spendete ich der Feuerwehr von Rougemont. Die Gemeinde hatte ein Abkommen mit Springer, dass sie nach seinem Tod das Chalet bekommen sollte. Es wurde, weil es sich ausserhalb der Bauzone befand, nicht wiederaufgebaut.

Le Corbusiers Gebäude müssen nicht abgefackelt werden?

Nein. Aber ich bin froh, dass Le Corbusier nicht ganze Pariser Stadtviertel dem Erdboden gleichmachen konnte. Und auch nicht das historische Genfer Rousseauviertel Saint-Gervais, in dem ich wohne und

wo seine Wohnhäuser geplant waren. Und ich gestehe, ich schwärmte damals für diese Architektur, die man als totalitär bezeichnen könnte.

Auch Max Frisch liebte und propagierte sie.

Absolut. Das ist ein ungelöstes Problem der Moderne. Le Corbusier bewunderte die «Casa del Fascio» in Como – ein Monument der Mussolini-Architektur und der Avantgarde. Aber schön. Es gibt eine rechtsextreme Ästhetik, die aber auch dem gleichen konnte, was Stalin vorschwebte. Dieser Zusammenhang ist schwierig zu dekonstruieren. Meine ästhetischen Vorlieben haben sich nicht

verändert. Was ich bei Le Corbusier nicht mag, sind nicht so sehr seine Dummheiten, sondern seine Lebenslügen. Er hat nach dem Krieg so getan, als sei er im Widerstand gewesen, und hat sich die Verdienste eines Cousins, der ein Résistance-Kämpfer war, angeeignet. Wenn man etwas weiss, darf man es nicht verschweigen und das Gegenteil behaupten. Man muss sich zu seinen Irrtümern bekennen.

Insgesamt hat die französische Presse eher ablehnend auf Ihre Petition reagiert.

Bei den Vergehen Le Corbusiers handelt es sich keineswegs um Details der Geschichte. Viele Architekturkritiker halten an ihrem Idol fest. Das kann ich verstehen, ich bin ja auch von dem kleinen Haus, das er für seine Eltern am Genfersee gebaut hat, tief beeindruckt. Aber man will nicht wahrhaben, dass die grossen urbanen Siedlungen wie Sarcelles nach seinen Ideen gebaut wurden.

Ohne den Schweizer keine Banlieues?

Man kann diese auf die von ihm inspirierte «Charta von Athen» zum Städtebau im Jahre 1933 zurückführen: die «funktionale Stadt» mit der Trennung der Orte, in denen man lebt und arbeitet. Es fehlte das Geld, um sie nach seinen ausgeklügelten Vorstellungen auszugestalten. Aber das Modell Banlieue stammt von Le Corbusier.



Autor de Roulet.

«Was ich bei Le Corbusier nicht mag, sind seine Lebenslügen.»

„GUT ZU WISSEN,
WIE ICH RECHT BEKOMME,
WENN ICH RECHT HABE.“

Daniel H., Beobachter-Abonnent



Mit Beobachter Assistance geniessen Sie für nur CHF 58.– im Jahr (zzgl. CHF 129.– Beobachter-Abonnement) einen breiten Schutz bei Rechtsstreitigkeiten. Die clevere Versicherung deckt 5'000 Franken Anwaltskosten pro Rechtsstreit, dies auch bei Fällen im Steuerrecht, Familienrecht und Erbrecht, und sie versichert alle Personen, die im gleichen Haushalt wohnen. Mehr Infos: www.beobachter-assistance.ch

Wissen hilft.

Beobachter

Eine letzte Umarmung

Es ist die unvergleichliche Sanftheit in Hannelore Elsners Stimme, diese liebevolle Behutsamkeit, mit der sie jeder Silbe eines Textes ihre Ehre erweist, der man augenblicklich und auf immer verfällt.

Von David Klein



«Tschau, tschau, tschau»: Hannelore Elsner (1942–2019).

Vor sechzehn Jahren klingelte mein Handy, am anderen Ende – Hannelore Elsner. Sie hatte sich – man glaubt es kaum – vertippt. Wir hatten kurz davor im Rahmen eines Projektes, das nicht zustande kam, miteinander zu tun gehabt, aber uns nie persönlich gesprochen. Sie hatte meine Nummer gespeichert und versehentlich gewählt. Was für eine glückliche Fügung! Seit dieser Zeit verband uns eine innige Zuneigung, welche die vielen erfüllenden Bühnenmomente möglich machte, die ich mit ihr erleben durfte. Auch abseits der Bühne entwickelte sich eine tiefe Verbundenheit. Unsere Telefongespräche dauerten oft mehrere Stunden, und am Ende mochte keiner zuerst auflegen («Tschau, du Lieber» – «Tschau, tschau, bis ganz bald, Hanni» – «Tschau, tschau, tschau»). Ich will es noch immer nicht glauben, dass ich ihre Stimme nie mehr hören werde.

In unseren SMS verabschiedeten wir uns mit «Umarmung» oder «Sei umarmt». Auch wenn wir uns trafen, umarmten wir uns oft und lange. Wenn wir uns in den Armen hielten, spürte ich ihre enorme Kraft, diese unbändige, unbeugsame Lebenslust, die durch ihren zarten Körper strömte. Es war diese fast übermenschliche Energie, die es ihr ermöglichte, die schreckliche Krankheit in Schach zu halten, die in ihr wütete und ihr das Leben abspenstig machte, das sie «ums Verrecken» liebte. Hannelore war nicht «überraschend schwer erkrankt», wie es im offiziellen Statement des Familienanwalts hiess, sie lieferte sich mit dem Krebs einen erbarmungslosen Kampf auf Leben und Tod, der mehr als zwei Jahrzehnte dauerte. Die brennende Neugier, atemlose Hingabe und schon fast preussische Gewissenhaftigkeit, mit der sie während dieser Zeit trotz der immensen körperlichen und seelischen Belastung die Herausforderungen meisterte, die das Leben eines Filmstars an eine Frau und alleinerziehende Mutter stellt, dafür gebühren ihr tiefster Respekt und grösste Bewunderung.

«Ganz steppenwölfisch»

Immer wieder musste sie kräfteraubende Prozeduren über sich ergehen lassen, die an ihrer Substanz zehrten. Darauf folgten Tage, manchmal Wochen der Regeneration, während deren sie in ihrer Dachwohnung in Frankfurt oft auf sich allein gestellt war. Dazwischen musste sie drehen, sich an Filmfestspielen in München oder an der Berlinale zeigen, wo sie sich nicht nur nichts anmerken liess, sondern schon mal auf dem Tisch tanzte, ausgelassen, unwider-

stehlich, das blühende Leben. Wenn ich sie so erlebte oder Fotos in den Zeitungen sah, empfand ich – wissend um ihren ständigen Kampf – eine unendliche Zärtlichkeit für sie, und ich schrieb ihr, wie hinreissend sie sei und dass ihr inneres Leuchten alle anderen überstrahle. Nicht aus Mitleid, sondern als Ausdruck meiner bedingungslosen Loyalität und Liebe.

Und doch: Hatten wir nicht eben noch telefoniert und uns über alternative Krebsbehandlungen ausgetauscht? Hatte sie nicht noch mit galgenhumorigem Schalk über Termine im 2020 sinniert: «Wer weiss, ob ich dann überhaupt noch lebe?» – «Natürlich lebst du dann noch!», entfuhr es mir. «Du bist doch ein bayerischer Tank, absolut unkaputtbar, denk doch daran, was du schon alles überstanden hast!» Wir sprachen von den Ärzten, die ihr schon bei Ausbruch der Krankheit fälschlicherweise ein kurzes Leben prognostiziert hatten. So machten wir uns gegenseitig Mut (sie mir wohl mehr als ich ihr), und am Ende des Telefonats war zumindest ich überzeugt, sie würde ewig leben.

Zu den Aufnahmen für das Hörbuch ihrer Autobiografie «Im Überschwang», die ich betreute, kam sie für mehrere Wochen nach Basel. Sie wohnte im Hotel «Krafft», mit Blick auf den Rhein. Ein geschichtsträchtiger Ort, wo Hermann Hesse seinen täglichen Absacker nahm, während er an seinem «Steppenwolf» schrieb. Sie fühlte sich dort sehr wohl, obwohl die rotgrün angehauchte Belegschaft sich weigerte, ihr das Frühstück aufs Zimmer zu bringen. Immerhin erlaubte man ihr, sich das Frühstück im dafür vorgesehenen Raum selbst zu holen und auf ihr Zimmer zu nehmen. Hannelore lachte nur darüber und schrieb ins Gästebuch: «Fühle mich hier schon ganz steppenwölfisch.»

Im lichtdurchfluteten Aufnahmestudio sass sie im Schneidersitz barfuss auf dem Boden, vertieft in ihr schillerndes Leben, in all die Erinnerungen von Geburt und Tod, von Freude und Trauer, Leben und Sterben, die sie gerade erst zu Papier gebracht hatte. Natürlich wusste Hannelore um ihr Können, trotzdem war sie wie jede ernsthafte Künstlerin nicht frei von Selbstzweifeln: «Du musst sofort unterbrechen», pflegte sie zu sagen, «wenn ich wie die Elsner klinge.» Auch für die Tonmischung hatte sie eine ganz spezifische Anordnung: «Ich möchte, dass man mein Herz hört.»

Wir hingen an ihren Lippen, als sie vom frühen Tod ihres geliebten älteren Bruders Manfred erzählte, oder wie sie, nachdem ihre Mutter gestorben war, in deren Kleiderschrank ein ungetragenes Abendkleid fand, das die Mutter sich eigens für die Verleihung der ersten Goldenen Kamera an ihre Tochter gekauft hatte, wo Hannelore sie aber nicht dabei haben wollte. Sie erzählte berührend, unprätentiös und aufrichtig, und sie hatte sich glücklicherweise erfolgreich gegen das Glattbügeln ihrer eigenwilligen Prosa durch das Verlagslektorat gewehrt. Beim Schneiden der Aufnahmen ertappte ich

mich dabei, wie ich an einigen Stellen still vor mich hinweinte. Hannelore liebte es, eine Stadt zu Fuss zu erkunden. So schlenderten wir täglich vom Studio über die Rheinbrücke zum Hotel auf der anderen Seite der Stadt. Auf diesen ausgiebigen Spaziergängen sprach sie über alles, was sie ihrer Biografie nicht anvertrauen wollte.

Bodo Kirchhoff (FAZ), Philipp Holstein (Rheinische Post) oder Anke Sterneborg (Die Zeit) gaben ihr mit wunderschönen Hommagen das letzte Geleit. In vielen hastig hingeworfenen Nachrufen erkenne ich Hannelore jedoch nicht wieder. Grösstenteils zitieren sich die Journalisten selbst, käuen alte Interviews mit ihr wieder oder resümieren ihre Karriere mit wikipedantischen Auflistungen ihrer Filme, Auszeichnungen und Amouren, hinter denen Hannelore als Mensch bestenfalls schemenhaft bleibt. Manches erschöpft sich in Belanglosigkeiten, mit denen sie die Medien selbst nach ihrem Tod in Schubladen zwängen, die ihr schon zu Lebzeiten zu eng waren. Und oft schwingt bei allem



«Ewigkeitszeit»: Klein, Elsner, 2018.

Lob der Feuilletonisten eine seltsam störrische Widerwilligkeit mit, anzuerkennen, dass sie trotz ihren Anfängen in den Nachkriegs-Schmonzetten, inszeniert von den «Papa-Männern» der damaligen Filmindustrie, eine grosse Schauspielerin war.

In jeder Hinsicht selbstbestimmt

Aber auch einige der letzten Worte ihrer langjährigen Wegbegleiter wirken eigenartig distanziert. Til Schweiger verabschiedet sich auf Englisch mit Plattitüden («You will be missed tremendously. RIP»). Alice Schwarzer scheint erstaunt, dass sich Hannelore der Frauenbewegung zugehörig fühlte. Mit Verlaub, Frau Schwarzer, Hannelore kam seit ihren Teenagerjahren für sich selber auf, unterstützte jahrzehntelang ihren Sohn und jüngeren Bruder finanziell und avancierte in jeder Hinsicht selbstbestimmt zu einer unangefochtenen Ikone des deutschen Films. Das ist gelebter Feminismus und echte Emanzipation. Dass sie sich dabei selbst managte, ihre Verträge ohne die Hilfe einer Agentur aushandelte und alles Organisatorische in Eigenregie stemmte, sei nur am Rand erwähnt.

Nur einmal begab sie sich in die trügerische Obhut einer Agentur. Mit fatalen Folgen. Die Agenturchefin sah in Hannelore offensichtlich einen Selbstläufer, lehnte sich entspannt zurück, worauf die Aufträge ausblieben. Hannelore war natürlich alles andere als begeistert, die Agentin konnte jedoch kein eigenes Verschulden entdecken in ihrer Unfähigkeit, einer der beliebtesten deutschen Charakterdarstellerinnen Arbeit zu beschaffen, deren Begabung sich in Komödien ebenso grandios entfaltete wie in «schwerer Kost». Stattdessen beklagte sie sich bei Hannelore: «Wie, glaubst du, soll eine Agentur so überleben können?»

Wir sprachen oft über neue Projekte. Hannelore, belesen und gebildet, wie sie war, wollte die Gedichte des amerikanischen *free verse*-Poeten E. E. Cummings aufnehmen («Ich trage dein Herz bei mir. Ich trage es in meinem Herzen. [...] Ich fürchte kein Schicksal, weil du mein Schicksal bist, meine Liebste. Ich brauche keine Welt, weil du meine Schöne, meine Welt bist, meine Wahre»). Was für ein Verlust, dass wir es nicht mehr geschafft haben. Im November vergangenen Jahres traten wir im Potsdamer Nikolausaal auf, wo Hannelore Truman Capote las. Nach dem umjubelten Auftritt ging es ihr so schlecht, dass sie ihr Berliner Stammhotel tagelang nicht verlassen konnte. Als wir einige Wochen später telefonierten, sprühte sie jedoch wieder vor Tatendrang, und wir freuten uns auf ein baldiges Wiedersehen. Am 1. Mai hätten wir in der Oper in Halle auftreten sollen.

Nach einer Lesung auf dem malerischen Schloss Elmau blieben Hannelore, meine Familie und ich noch eine Woche im Schloss. Wir assen gut, lachten und schliefen viel und schlugen uns die lauen Sommerabende um die Ohren. Meine Frau war schwanger mit dem zweiten Kind, und Hannelore schenkte ihr als Glücksbringer einen exquisiten Kerzenhalter, in dem meine Frau eine Kerze anzündete, wenn sie während eines Bades Zwiegespräche mit unserer ungeborenen Tochter führte. Seit dem Tag, an dem uns die unfassbare Nachricht von Hannelores Tod vor Entsetzen lähmte, brennt wieder eine Kerze in ihrem Kerzenständer.

Als junges Mädchen verbrachte Hannelore während Dreharbeiten in Wien jede freie Minute im Jazz-Casino des Klarinettenisten Fatty George, wo sie auch den legendären Joe Zawinul spielen hörte. Der Pianist und Weather-Report-Gründer sah das Leben als «Erdzeit», den Tod als «Ewigkeitszeit».

Hannelore Elsner wurde am 26. Juli 1942 in Erdzeit und am 21. April 2019 in Ewigkeitszeit geboren. Ich wünsche mir so sehr, länger Zeit gehabt zu haben, als Letzter aufzulegen. Tschau, liebste Hanni, mit innigster Umarmung, dein David.

David Klein ist Musiker und Komponist und lebt in Basel.



Die Bibel

Nationalheilige Steine?

Von Peter Ruch

Jesus entgegnete ihnen: Brecht diesen Tempel ab, und in drei Tagen werde ich ihn aufrichten (Johannes 2,19). Nach der Feuersbrunst in der Notre-Dame ist die Welt erleichtert, dass niemand ums Leben kam und dass die wundervolle Kathedrale noch steht. Die Baumeister der Gotik trugen die Botschaft des Evangeliums durchs Hochmittelalter, als die Kirche korrumpiert und die Theologie verwahrlost war. Sie bauten in die Höhe, um zu zeigen, dass alles Entscheidende von oben, von Gott kommt. Frankreich bietet viele solcher Meisterwerke, denn es war jahrhundertlang «die erstgeborene Tochter der Kirche». Seine Könige trugen den Titel «allerchristlichster König». 1789 und endgültig 1905 kappte dann der Staat die Verbindung zur Kirche. Die religiösen Gefühle lebten jedoch weiter und wandelten sich zur Nationalreligion. Folgerichtig trat nach dem Brand Präsident Emmanuel Macron vors Volk. Einmal mehr probierte er die Schuhe von Charles de Gaulle an, ob sie ihm endlich passen. Zu dessen liebsten Stilblüten gehörte «Notre Dame la France». Der Staatspräsident war längst zum König und die Nation zur Erlösungsanstalt geworden. Königlich pflegen die Franzosen ihren Präsidenten zu inthronisieren – um ihn bald darauf als Fälschung zu verschmähen. Und wenn sie in den Strassen der Republik gegen die Obrigkeit wüten, tun sie es nur, um alle Wohltaten von ebendieser Obrigkeit zu fordern. Dieser «Dachschaden» ist viel älter als derjenige an der Kathedrale. Aber er lässt sich viel geschwinde und gratis (*gratia* heisst «Gnade») beheben: Es würde genügen, den Staatspräsidenten vom Heilsbringer zum Inhaber eines unvermeidlichen Amtes herabzustufen und die Nation nicht nur strukturell, sondern auch geistig von der Religion zu entflechten. Das Evangelium von Jesus Christus leistet dabei mehr als vollwertigen Ersatz. Jesus sprach von seinem Leib als dem Tempel. Nebst der erfolgreichen Reparatur wünsche ich den Franzosen eine solche Re-Formation. Möglichst bevor Marine Le Pen als «Notre Dame» ins Elysée einzieht.

Peter Ruch war reformierter Pfarrer in drei Gemeinden.



Wieder in Freiheit: «Ash Is Purest White».

Kino

Alles ist im Fluss

China im Wandel, auf dem Weg in den Staatskapitalismus.

Was für ein Thema für den chinesischen Film. «Ash Is Purest White» ist ein besonderes Beispiel. Von Wolfram Knorr

Züge rasen durch eine nicht enden wollende Landschaft. Hochgeschwindigkeitszüge, Lokalzüge, Vorortzüge. Alles ist im Fluss, alles in Bewegung. Alte Städte weichen gewaltigen Wohnsilos, ganze Industriezweige schliessen, Jobs brechen weg. Es ist, 2001, der Beginn des Staatskapitalismus. Auch den lokalen Gangster-Clans bröseln der Respekt bei der nachwachsenden Jugend weg. Der schnauzbärtige Hagestolz Bin (Liao Fan), ein kleiner Fürst in den alten Quartieren der Millionenstadt Datong in der Provinz Shanxi, wird von Halbstarken traktiert, später zusammengeprügelt. Seine langjährige Lebensgefährtin Qiao (Zhao Tao) rettet ihm mit zwei Schüssen in die Luft zwar das Leben, aber eingebuchtet wird sie, für fünf Jahre. Sie ist nicht bereit, den Waffenbesitzer Bin zu verraten, und die Punks, die vor neonbeleuchteten Fassaden Bin fast totschiessen, sind abgehauen und werden auch nicht belangt. Waffenbesitz wird in China streng bestraft.

Im uralten Kodex nistet schon die Erosion «Ash Is Purest White» von Jia Zhangke («Still Life») spielt auf der Bruchstelle zwischen dem alten China und der Modernisierung, zwischen traditionsgebundenen Ritualen und ihrer rüden Auflösung durch den Kapitalismus, zwischen organisierter Lokal-Unterwelt mit ihren Treueschwüren und Jugendgangs, die keine Regel akzeptieren. Aber in den Männerbünde-

leien mit dem uralten Kodex nistet schon die Erosion, die auch das Verhältnis zwischen Bin und Qiao bestimmt. Aus ihrer Liebesbeziehung ist Kumpelhaftigkeit geworden. Während Qiaos fünfjähriger Gefängnisstrafe hat Bin sie kein einziges Mal besucht, obwohl sie es war, die ihn vor dem Knast bewahrte. Auf einer Anhöhe, gegenüber eines Vulkans, hatte er ihr den Umgang mit der Waffe beigebracht, Loyalität geschworen. Wieder in Freiheit, macht sie sich trotzdem auf die Suche nach ihm, reist nach Fengji, jene Stadt am Jangtse, die für den gigantischen Dreischluchten-Staudamm überflutet werden wird. Dort findet sie ihn, und aus der Wiederbegegnung wird weder ein Rache- noch ein Eifersuchtsdrama, nur eine sachlich müde Aussprache; auch sie hat der Wandel nicht verschont. In einem halb fertiggebauten Stadion, als seien die Arbeiten während des Beschlusses zur Überflutung gestoppt worden, treffen sie sich und reden über Gemeinsamkeiten, die der Vergangenheit angehören. Am Ende kehrt sie wieder zurück nach Datong, um die Reste des Clans wie eine letzte Bastion gegen den Wandel zu führen.

Auf der Reise zu Bin trifft sie im Zug auf einen Fahrgast, der geschäftlich mit dem Überirdischen, den Ufos zu tun hat. Die Mitreisenden lauschen seinen Berichten gebannt, und Qiao sagt, ein Ufo schon mal gesichtet zu haben. Die Einsamen im dahinrasenden Zug, mit den Ufos als letzten verbliebenen kleinen Wundern.

Jia Zhangke, der Chinas Film-Underground entstammt, sich in die erste Liga meldete, nutzt die stilistischen wie ästhetischen Mittel des Naturalismus aus seiner Anfängerzeit weiter gerne. In «Ash Is Purest White» kommt das besonders eindrücklich zur Geltung. Aus den Aufnahmen der fast mittelalterlich geprägten Quartiere Datongs über die Neubau-Wohnmaschinen bis zu den gewaltigen Panoramen von Jangtse und Fengji bildet sich eine regelrechte Bildlawine (Kamera: Eric Gautier), die den Zuschauer überwältigt. Film, heisst es, sei (auch) ein Fenster in eine fremde Welt. «Ash Is Purest White» ist ein geöffnetes Riesenfenster, durch das man hinauszufliegen meint. Am Ende kehren Bin und Qiao noch einmal auf die Anhöhe vor dem Vulkan zurück, jenem Berg, dessen Asche nach jedem Ausbruch enorm fruchtbar ist und das reinste Weiss ist. ★★★★★☆

Weitere Premieren

En guerre — Mit Rasanz geht es zur Sache: Eine wilde Handkamera taucht voll ins Geschehen – Kundgebungen, Streikende, Krisensitzungen. Und mittendrin und kaum seine Wut im Zaum haltend, Laurent Amédéo (Vincent Lindon), Gewerkschafter beim Autozulieferer Perrin. Das Werk soll geschlossen, 1100 Mitarbeiter entlassen werden. Amédéo wehrt sich gegen das Vorhaben mit wilder Entschlossenheit. Stéphane Brizé («Une vie») ist brillant und schnörkellos im Entschlacken von Erzählungen. Er liebt das Ungeschminkte, Authentische und zeigt es hier von seiner rohen, dokumentarischen Seite. «En guerre» ist inszeniert, aber fast ausschliesslich mit Laien besetzt, vieles ist improvisiert. Aber genau das gibt dem Geschehen seine glaubwürdige Dynamik. Brizé beschönigt nichts. Er zeigt den Prozess, der von der anfänglichen Solidarität über Spannungen, Streitereien bis zum Zerfall des gemeinsamen Kampfes und zur Infragestellung von Amédéos Engagement führt. Wütend und ehrlich. ★★★★★☆

Nos batailles — Olivier (Romain Duris) ist hochmotiviert und vielfach beschäftigt mit seiner Frau und seinen Kindern, und als Gewerkschafter kümmert er sich auch noch um die Sorgen des Betriebs, in dem er malocht. Seine Frau Laura sieht das offenbar anders, fühlt



Überfordert: «Nos batailles».

sich überfordert und im Stich gelassen – und verschwindet eines Tages. Olivier ist fassungslos und muss sich nun intensiv auch um seine beiden Kinder kümmern. In dem überzeugenden Fall geht der belgische Regisseur Guillaume Senez («Keeper») der Frage nach den Rollen in der Familie nach. ★★★★★☆



Kommen und Gehen: «Avengers: Endgame».

Avengers: Endgame — Zwei Filmereignisse erregen zurzeit die Gemüter: auf der Mattscheibe die letzte Staffel von «Game of Thrones», auf der Kinoleinwand das Superheldenfinale der Avengers. Folglich ist der auch im Endspiel dominant. Die Fans sind hin und weg. Das Dreistunden(!)-Epos findet zu einem grossartigen Ende. Es ist ein ständiges Kommen und Gehen. Alle, aber wirklich alle Marvel-Helden und ihre Sidekicks finden sich zum Schlussbouquet ein. Um dem Oberschurken Thanos endlich den Garaus zu machen, wird wild durch die Zeiten gehüpft, und eine im wahrsten Sinn des Wortes überirdische Schlacht bildet den fiebrigen Höhepunkt. Ansonsten geht es, unter der Regie von Anthony und Joe Russo, getragen, a bisserl schwermütig, aber auch, klaro, heldenhaft zu. Für alle Fans die Nachricht aus der Marvel-Zentrale: Es geht weiter. Es wird noch «Spider-Man – Far From Home» folgen. ★★★★★☆

Knorrs Liste

1	Nuestro tiempo Regie: Carlos Reygadas	★★★★★
2	Avengers: Endgame Regie: Anthony u. Joe Russo	★★★★★
3	Mid90s Regie: Jonah Hill	★★★★★
4	Shazam! Regie: David F. Sandburg	★★★★★
5	Gateways to New York Regie: Martin Witz	★★★★★
6	Us Regie: Jordan Peele	★★★★★
7	Green Book Regie: Peter Farrelly	★★★★★
8	Dumbo Regie: Tim Burton	★★★★★
9	Der Fall Collini Regie: Marco Kreuzpaintner	★★★★☆
10	Monsieur Claude 2 Regie: Philippe de Chauveron	★★★★☆

Jazz

Shatterhand und Engelsgesang

Von Peter Rüedi

Das Format des Pianotrios scheint im Jazz ein für allemal erfunden. Was sollte den Geniestreichen von Art Tatum, Teddy Wilson, Earl Hines, Nat «King» Cole, Oscar Peterson, Erroll Garner, Red Garland, Ahmad Jamal, Tommy Flanagan, Bill Evans, Keith Jarrett denn noch zuzufügen sein (um nur sie zu nennen)? Einmal abgesehen davon, dass die Perspektive vom Punkt der Innovation aus eine fragwürdige ist – kreativ in dieser Musik ist nicht allein der, der gleich eine neue Sprache erfindet, sondern auch der, der in einer überkommenen oder übernommenen gute, spannende, originelle Geschichten erzählt: Es begegnen uns immer wieder Trios, die von den genannten Grossmeistern die einen oder anderen Elemente übernehmen, daraus aber einen neuen, unerhörten Sound brauen.

So hat der Zürcher Yves Theiler, geboren 1987, mit seinen Partnern, dem Bassisten Luca Sisera und dem Drummer Lukas Mantel, das Jazz-Piano-Trio nicht im Detail neu erfunden, den extrem integrierten, koordinierten und synchronisierten Dreiklang aber zu einem sehr eigenständigen Sound weiterentwickelt, einem zwischen mehreren Polen eingespannten Gesamtkunstwerk, das den unbefangenen Zuhörer von der ersten bis zur letzten der gut sechzig Minuten der neuen CD «We» überrascht.

Theiler ist in hohem Mass das, was im Jazz als «zweihändiger» Pianist keine Selbstverständlichkeit ist; seine mächtigen Bassfiguren und die zuweilen gewalttätige, oft ostinat-repetitive Akkordik sind das Gegengewicht zu präzisierten, in ihrer Insistenz manchmal geradezu gestanzten Melodielinien in der oberen Hälfte der Tastatur. Sisera ist der mächtige, mit seinen präzisen, klingenden, oft unisono mit Theilers Linken gezogenen Basslinien kongeniale Partner, und Mantel mit seiner mal donnernden, mal flüsternden Perkussion der dritte im Bunde in diesem energiegeladenen, intensiv rhythmischen, immer wieder auch in balladesken Ruhezeiten auf- oder ausatmenden erstaunlichen Kollektiv. Shatterhand und Engelsgesang, Wirbelsturm und die heisse Stille von Pans Stunde, manchmal in ein und demselben von Theilers suggestiv schönen sieben Stücken.



Yves Theiler Trio:
We. Intakt CD 324



Thiel

Sozialzirkus

Von Andreas Thiel

Journalist: Auf Anweisung des Bundesamts für Kultur hat die Bundesanwaltschaft den Zirkus Knie geschlossen und dessen Liquidation verfügt. Den Artisten wird vorgeworfen, sie hätten versucht, mit Kunst Geld zu verdienen. Laut dem Bundesamt für Klimawandel und gleichgeschlechtlichen Verkehr ist das hochunmoralisch. Deshalb hat die Bundesstelle für Stickstoffprävention den «Zirkel Kunst und Solidarität» – kurz «ZirKuS» – gegründet und geht nun selber auf Tournee. Soeben haben wir die Premiere des Amtszirkus in Zürich erlebt, wo das Präsidialdepartement den Sechseläutenplatz gratis zur Verfügung stellt, um die staatlich geförderte Kultur amtlich zu unterstützen. Die Premiere war ein Desaster. In der Pause sind die meisten Zuschauer gegangen. Wir befinden uns hinter der Manege und fragen den Clown, weshalb er vom Publikum ausgebuht wurde.

Amtsc clown: Ich wurde von der Spasskommission des Bundesamts für Kultur eingesetzt. Dass die Zuschauer das, was ich mache, nicht lustig finden, ist deren Problem. Ich mache hier amtlich bewilligte Spässe, ob die das lustig finden oder nicht. Jeder hat ein Recht darauf, lustig zu sein, und zwar unabhängig davon, ob das jemand lustig findet oder nicht.

Journalist: Haben Sie nicht Ihren Beruf verfehlt, wenn Sie die Zuschauer nicht zum Lachen bringen?

Amtsc clown: Wieso? Ich werde doch nicht vom Publikum bezahlt, sondern vom Bundesamt für Kultur.

Journalist: Und hier sind die Akrobaten vom Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum, die ebenfalls ausgebuht wurden, weil sie keinen einzigen Salto geschafft haben. Was lief am Trapez schief?

Sozialakrobat: Na ja, das Auffangnetz ist ja sowieso da. Weshalb sollten wir einen Salto wagen, wenn wir uns ganz risikofrei ins Auffangnetz fallen lassen können?

Andreas Thiel ist Schriftsteller und Kabarettist.

Namen

Ein Zürcher in New York

Der Schweizer Philippe Jordan dirigiert an der New Yorker «Met»; Christoph Waltz gastiert am Tribeca-Festival.

Von Hildegard Schwaninger

Die *New York Times* widmete ihm eine ganze Seite: dem Schweizer Dirigenten **Philippe Jordan**, der zurzeit an der Metropolitan Opera («Met») Richard Wagners «Ring des Nibelungen» dirigiert. Philippe Jordan, 1974 in Zürich geboren, ist heute einer der gefragtesten Dirigenten der Welt. Er ist der Sohn des Schweizer Dirigenten **Armin Jordan**, der 2006 überraschend starb (er brach bei der Premiere von Prokofjews «Liebe zu den drei Orangen» am Theater Basel im Orchestergraben zusammen). Philippe Jordan hat in Zürich das Literargymnasium Rämibühl besucht, wechselte allerdings noch vor der Matura ans Konservatorium.

2009 wurde Jordan musikalischer Direktor der Opéra national de Paris, 2020 wird er als Chefdirigent der Wiener Staatsoper einen der renommiertesten Dirigentenposten der Welt erklimmen. Ein Amt mit bedeutenden Vorgängern: **Gustav Mahler, Richard Strauss, Herbert von Karajan**. Seit dem abrupten Abgang von **Franz Welser-Möst** (der sich mit Staatsoperndirektor **Dominique de Meyer** nicht verstand) 2014 ist der Posten verwaist. Der Österreicher Welser-Möst war unter **Alexander Pereira** Generalmusikdirektor (GMD) am Opernhaus Zürich. Die Wiener Staatsoper bekommt 2020 einen neuen Direktor: **Bogdan Roscic**, zurzeit Direktor der Klassiksparte bei Sony Music. Roscic engagierte Philippe Jordan als musikalischen Direktor der Staatsoper, weil er beeindruckt war von dem, was dieser in Paris machte.

Philippe Jordan wird sich, im Gegensatz zu den meisten Dirigenten, die mindestens fünf Chefdirigentenposten gleichzeitig belegen, ganz auf die Wiener Staatsoper konzentrieren alle bisherigen GMD-Funktionen aufgeben – auch die Leitung der Wiener Symphoniker, wo er seit 2014 Musikdirektor ist. An der Wiener Staatsoper wird Philippe Jordan dreissig bis vierzig Vorstellungen im Jahr dirigieren – Wagner, Richard Strauss, italienische Opern des 19. Jahrhunderts, Meisterwerke des 20. Jahrhunderts – und einen speziellen Fokus wird er auf Wolfgang Amadeus Mozart legen.

Zurzeit geniesst Jordan New York, vor allem, dass er sich – fern von aller administrativen Arbeit eines Operndirektors – auf Richard Wagner konzentrieren kann. Der *New York Times* sagt Jordan, es sei eine Idylle: «Ich kann mich drei Monate nur auf die Musik konzentrieren. Es gibt keine Auditions, keine Meetings, keine Treffen mit den Gewerkschaften. Nur Wagner.»

Der «Ring» ist eine Wiederaufnahme der Inszenierung des Kanadiers **Robert Lepage** aus dem Jahr 2011, die vom damaligen Met-Hausheer **James Levine** dirigiert werden sollte, doch als der sich einer Rückenoperation unterziehen musste, sprang **Fabio Luisi**, der Chefdirigent des Zürcher Opernhauses, ein. Kurz darauf begann die Post-Levine-Ära, weil der jahrzehntelange Met-Chef wegen Vorwurfs des sexuellen Missbrauchs (den er abstreitet) fristlos entlassen wurde. Der Vertrag mit Philippe Jordan für die



Fast verliebt

Ehe-Einmaleins

Von Claudia Schumacher

Je nach Land wird im Westen jede zweite bis dritte Ehe geschieden. In der Schweiz kam es 2018 zu 16 240 Scheidungen. Weiss man alles – jetzt was Abgefahrenes: Ein US-Psychologe und ein schottischer Mathe-

matiker haben vor einigen Jahren eine Prognose-Formel gefunden, mit der sie in 90 Prozent aller Fälle errechnen können, welches Paar sich scheiden lässt und welches zusammenbleibt.

Die Herren heissen John Gottman und James Murray. Das ist ihre Formel für die Frau: $Wt+1=IHW(Ht)+r1Wt+a$. Und hier die Formel für den Mann: $Ht+1=IWH(Wt)+r2Ht+b$. Die Formeln sind komplexer als Einsteins Relativitätstheorie – klar, es geht um die Ehe. Psychologe Gottman untersuchte Hunderte Paare bei ihren Gesprächen. Er hielt deren Inhalte fest, die Leitfähigkeit der Haut der Probanden, den Gesichtsausdruck, Blutdruck, Herzschlag – alles mögliche. Mathematiker Murray liess in seine Formeln dann Folgendes einfließen: Die Parameter a und b beziehen sich darauf, wie gut sich die Partner ohne den jeweils anderen fühlen – was im Vorfeld untersucht wurde. W steht für die Reaktion der Frau im Streit, H für die des



Auf dem Dirigenten-Olymp: Philippe Jordan.



Wagner-Debüt: Christine Goerke.



Stars: Vanessa Redgrave, Christoph Waltz.

«Ring»-Wiederaufnahme war allerdings schon vorher unterschrieben. Die amerikanische Sopranistin **Christine Goerke** gibt mit Philippe Jordan ihr Debüt als Brünnhilde. Sie ist einer der Lieblinge des Met-Publikums («Turandot», «Elektra»), aber Wagner hat sie bisher auf ihrer Hausbühne noch nicht gesungen. Jordan hat an den Wagner-Festspielen in Bayreuth dirigiert («Die Meistersinger von Nürnberg») und wird nächste Saison in der Opéra national de Paris noch einmal eine neue Produktion des «Ring des Nibelungen» leiten, in der Regie von Calixto Bieito (der skandalumwitterte Spanier, der sich den Zürchern 2018 mit Monteverdis «L'incoronazione di Poppea» einprägte). Philippe Jordan, ein weltweit berühmter Zürcher, von dem die meisten gar nicht wissen, dass er Schweizer ist.

Christoph Waltz ist zwar ein Wiener, aber er war eine Zeitlang am Zürcher Schauspielhaus engagiert (spielte Mozart in «Amadeus» von **Peter Shaffer**), und sein Bruder **Martin Waltz** lebt seit Jahrzehnten in Zürich (er ist Lebenspartner der Finanzjournalistin **Fleur Platow**). Auch Christoph Waltz macht Schlagzeilen in New York. Am Tribeca-Festival, dem renommierten Filmfestival am Hudson, das von **Robert de Niro** gegründet wurde, wird «Georgetown» gezeigt, der erste Film, bei dem der zweifache Oscar-Preisträger Regie führt. Regie führte Christoph Waltz bereits an der Oper («Rosenkavalier» und «Falstaff» in Antwerpen, demnächst «Fidelio» in Wien), als Filmregisseur ist es sein Debüt. Der Film basiert auf einer wahren Geschichte. Er handelt von einer 91-jährigen Journalistin, die von ihrem vierzig Jahre jüngeren Ehemann erschlagen wurde. Die Hauptrolle spielt **Vanessa Redgrave**.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Mannes. t ist die Zeit, I der Einfluss, den die Partner aufeinander haben. r1 und r2 geben an, wie die Partner aufeinander reagieren.

Als entscheidend erwies sich am Ende, wie negativ oder positiv sich Paare im Umgang miteinander verhielten und wie stark der Einfluss des einen Partners auf den anderen war. Paare, die sich später würden scheiden lassen, redeten sich in eine Negativitätsspirale hinein und zeigten sich sehr verletzt. Lustigerweise erwiesen sich die Formeln auch treffend für Länder im Rüstungswettlauf und die Frage, ob sie in einen Krieg eintreten. Die gefühlte Wahrheit ist damit belegt: Mathematisch betrachtet ist der Zustand von zwei Menschen am Rande der Scheidung der gleiche wie der von zwei Ländern kurz vor einer nuklearen Katastrophe.

Das Interessanteste an all dem ist aber die Rolle der Negativitätsschwelle, also: des Levels

der Frustrationstoleranz. Es lassen sich nämlich nicht nur besonders dramatisch veranlagte Paare scheiden, sondern auch solche, die einander viel durchgehen lassen und selten streiten. Paare, die zusammenbleiben, streiten laut den Untersuchungsergebnissen sogar viel – was vor allem Frauen freuen dürfte, die in 80 Prozent der Fälle Beziehungsprobleme ansprechen. Erfolgreiche Paare haben eine extrem niedrige Frustrationstoleranz. Sie sprechen alles an und erlauben sich, gegenseitig zu meckern. Es handelt sich dabei um Paare, die ständig an ihrer Beziehung arbeiten. Das errechnete Geheimnis gelingender Ehen ist also ein positiver Umgang mit frustrierenden Alltagserfahrungen und regelmässiger Streit – ohne Abwurf von Atombomben. Lächelnde Konfliktvermeider und wütende Eskalateure kommen hingegen nicht weit.



Unten durch

Soli-Brot

Von **Linus Reichlin**

In der Bio-Bäckerei bei mir um die Ecke gibt es jetzt ein «Solidaritäts-Brot» aus verkeimtem Roggen. Als ich es bestellte, sagte die Verkäuferin mit verstopfter Nase: «Es ist nicht verkeimter, es ist gekeimter Roggen.» Ich sagte: «Danach sieht Ihre Nase aber überhaupt nicht aus.» «Über Keime müssen Sie sich bei unserem Brot wirklich keine Sorgen machen», sagte die Verkäuferin und strich sich mit dem Handrücken einen Tropfen vom Nasenloch weg. Ganz offensichtlich handelte es sich um ein hochansteckendes Brot, ich war froh, dass die Verkäuferin es in eine Tüte aus dickem Recycling-Papier steckte. Darin wurde das Brot unweigerlich sterilisiert, denn beim Recycling von Papier werden so viele Chemikalien eingesetzt, dass die Keime, die den Kontakt mit Recyclingpapier überleben, erst noch erfunden werden müssen.

Trotzdem zog ich das Brot zu Hause mit der Brotzange aus der Tüte und legte es sicherheits halber ins Ultraschall-Bad, in dem ich jeweils vor dem Eintreffen meiner Freundin die chirurgischen Sexspielzeuge desinfiziere. Nach dem Ultraschall-Bad schmeckte das Solidaritäts-Brot nach gar nichts, aber vielleicht hatte es schon vorher nach nichts geschmeckt, das wäre logisch gewesen. Ein Solidaritäts-Brot darf nicht gut schmecken, denn man kauft es ja für irgendwelche Benachteiligten. Wenn es einem total gut schmecken würde, würde man es für sich selbst kaufen und bekäme ein schlechtes Gewissen, weil man sich an einem so schmackhaften Brot erfreut, während der afrikanische Kontinent froh sein muss, wenn er eine leere Nusschale auf dem Teller hat. Beim Runterwürgen des Brotes fragte ich mich, für wen ich es eigentlich ass. Es war so fad, dass es mir sehr geholfen hätte, es zu wissen. Ich rief in der Bäckerei an, es meldete sich ein Mann, dessen Stimme klang, als habe er sich in jedes Nasenloch eine Zigarette gesteckt. Ich fragte ihn, mit wem man sich durch den Verzehr des Brotes eigentlich solidarisch erklärte. Er sagte: «Moent!» und nieste. Danach hörte ich, wie er durch die Backstube rief: «Da will eina issen, für wen die Soliarität ist, vom Bot!» Jemand rief: «Gesundheit!», und dann hörte ich eine Frauenstimme:

>>> Fortsetzung auf Seite 64

«Für die Brot-People!» Ich hörte im Hintergrund Gelächter und legte auf, ich wusste ja jetzt, was ich wissen wollte: Ich ass dieses Brot für die Boat-People. Also für Leute, die in Booten über das Mittelmeer fahren – ihr Ziel ist aber ganz bestimmt nicht die Bio-Bäckerei, denn das handgeknetzte Brot aus gekeimtem Roggen ist ihnen zu teuer. Mir leuchtete ein, dass folglich wir Einheimischen es kaufen mussten, die schon lange hier leben und Vermögen angehäuft haben: Wir kaufen das teure Bio-Brot, damit die Boat-People zu uns kommen und hier aus den USA importiertes Industrie-Toast-Brot kaufen können. Daran kann ja wohl nichts falsch sein. Also kaufte ich am nächsten Morgen wieder das Soli-Brot, aber bei einer anderen Verkäuferin, die von gestern war, wie ich erfuhr, mit einer Lungenentzündung zusammengebrochen. «Oh je, die Arme», sagte ich, «sollten wir nicht vielleicht das Soli-Brot jetzt ihr widmen?» «Nein, das ist für die Boat-People», sagte die Ersatz-Verkäuferin.

Da regte sich in mir ziviler Widerstand. «Ich esse es aber jetzt für Ihre Kollegin!», sagte ich und ass es demonstrativ vor der Ladentheke. «Er isst das Solidaritäts-Brot für Katrin», sagte die Ersatzverkäuferin zum Bäckermeister, der ein Blech mit frischen Haferschleimkeksen reinbrachte. «Wieso denn für Katrin?», sagte der Bäckermeister entgeistert, so, als sei Katrin die Allerletzte, für die man ein Solidaritäts-Brot backen würde. Und das stimmt auch: Sie ist nur eine kleine, weisse, protestantische Detailhandlungsangestellte, für sie wird nie jemand Kerzen anzünden oder Schaufenster einwerfen. Ihr geht es gut, und deswegen nimmt keiner sie zur Kenntnis.

Linus Reichlin ist Schriftsteller und lebt in Berlin.



Wein

John Wayne und Marcello Mastroianni

Von Peter Rüedi

Die Finesse des Nebbiolo ist sprichwörtlich. Dabei geht leicht vergessen, dass die Traubensorte allein noch keine Garantie für Weine von Weltklasse bietet. Es gibt auch rustikalere, im Idealfall immer noch spannende Varianten aus dem Nordpiemont (Ghemme, Gattinara etc.) und aus dem Veltlin. Aber für die Version «summa cum laude» braucht es die Terroirs der besten Lagen in den Langhe, Barolo und Barbaresco und das feine Händchen der besten Weinmacher dieser Zone.

Der berühmteste und wohl auch beste unter ihnen, der charismatische Angelo Gaja, dessen Vater Giovanni schon früh erkannte, dass der Name «Gaja» auf der Etikette wichtiger war als die Herkunftsbezeichnung «Barbaresco», ist ein Marketing-Genie und ein erster Botschafter für den italienischen Wein insgesamt; sein Haus führt neben dem Stammbetrieb in Barbaresco zwei Güter in der Toscana und plant eines am neuen Hotspot Ätna. Geht es um den

behutsamen Umgang mit den Trauben in den Rebbergen und im Keller, ist Angelo im Gegensatz dazu von einer ausgesprochen sachbezogenen Bescheidenheit, einer, der alle scheinbaren Gewissheiten mit einem «magari» oder «forse» relativiert. Mit einem Wort: ein Monsieur vom Scheitel bis zur Sohle, inzwischen 78, aber beseeelt vom Enthusiasmus der Jugend.

Nicht bescheiden sind die Preise seiner Ikonen, zumal die aus den mythischen Lagen Sori Tildin, Sori San Lorenzo, Costa Russi (Barbaresco) oder Sperss (Barolo). Aber auch die Cuvée aus vierzehn Weinbergen in Barbaresco hat ihren stolzen Preis. Natürlich gibt es günstigere Angebote aus der renommierten Appellation, etwa die der Edelgenossenschaft Produttori del Barbaresco. Allein, zuweilen, an einem besonderen Tag, möchten wir unsere Geschmacksnuancen und Erinnerungen doch wieder einmal am Urmeter messen. Der offenbart uns im Fall des glücklichen Jahrs 2015 eine florale Nase mit einem Hauch von Rosen und Holunderblüten, nebst etwas Pfeffer, Tabak, Lakritz und Kaffee. Am Gaumen, meint Importeur und Kenner Adrian Weibel, der dem heuschneppen-geplagten Kolumnisten beispringt, «eine saftig-süsse Aromatik von roten Kirschen, etwas Pflaumen und Blaubeere». Genau das, was mir als Handicapiertem als Ahnung vorschwebte. Wunderbare Säure, feinste Tannine.

In einem Interview verglich Angelo Gaja einmal Cabernet Sauvignon und Nebbiolo mit John Wayne und Marcello Mastroianni. Nicht schlecht, als Bild für den Unterschied zwischen Wucht und eleganter, witziger Raffinesse. Was nicht heisst, dieser beschwingte Barbaresco sei nicht konzentriert, dicht und komplex!

Gaja Barbaresco DOP 2015. 14%. Weibel, Thun. Fr.179.–. www.weibelweine.ch



Salz & Pfeffer

Elsässisch, aber elegant

Von Andreas Honegger

Etwas ausserhalb des historischen Stadtkerns von Strassburg breiten sich die Bauten der EU aus. Sie wirken architektonisch schon etwas angejährt, und man

wundert sich über die gigantischen Dimensionen dieser Dépendance des noch viel gigantischeren Headquarters in Brüssel. Weit attraktiver ist der gegenüber in einem residenziellen Quartier gelegene wunderbare Parc de l'Orangerie mit Tieren und Teichen, grossen alten Bäumen und viel Freiraum für Familien. Und mitten im Park findet sich das Restaurant «Buerehiesel» des Eric Westermann – ein typisches Bauernhaus mit einem wintergartenartigen Restaurant mit Blick auf die Bäume des Parks.

Die Küche ist klassisch, aber auf eine sehr elegante Art. Die Grenouilles mit Kerbel sind hervorragend – nicht provenzalisch-knusprig, sondern verfeinert und überzogen mit einer perfekt passenden Sauce aus Kräutern und Beurre noisette. Ähnlich könnte man die Jakobsmuscheln aus der bretonischen Baie de Morlaix oder die Escargots aus Fremondans beschreiben. Sehr gelungen war ein Bar de lig-

ne auf Spargeln: Der Wolfsbarsch war einseitig mit einer sehr knusprigen, attraktiv in Quadrate geschnittenen Panade versehen. Um Ostern begeisterte auch ein Lamm, das als Gigot, als Schulter und als Carré serviert wurde, alle drei Teile gleichermassen perfekt. Butterzart und aromatisch war schliesslich ein Kalbskotelett, begleitet von Ditalini (Pasta), die mit Pilzen und Artischocken gefüllt sind. Das Menu «Dégustation» (104 Euro) gibt einen guten Einblick in die Kunst der Küche, aber man kann sich alles auch à la carte zusammenstellen. Die meisten Produkte werden in der Karte mit dem Namen des (renommierten) Produzenten benannt. Da weiss man, was man hat.

Restaurant Buerehiesel, 4, Parc de l'Orangerie, Strassburg. Tel. +33 3 88 45 56 65



Auto

Trockene Hände

Der neue Aston Martin Vantage ist schön, schnell und exklusiv – ein Sportwagen mit aussergewöhnlicher Aura. *Von David Schnapp*

Ein Aston Martin zu bewegen, ist auch für einen routinierten Autofahrer immer noch und jedes Mal die Erfüllung eines Bubentraums. Anders als die meisten Porsches etwa hat ein Aston noch immer diese Aura des exotischen, aussergewöhnlichen Automobils, das einem exklusiven Kreis von Kennern vorbehalten ist. Kürzlich war ich ein paar Tage mit dem neuen Aston Martin Vantage unterwegs – einem reinen, feinen Sportfahrzeug mit Doppelturbo-V8-Motor, dessen Exklusivität sich nicht nur an Preis und Leistung festmachen lässt: 510 PS kosten mindestens 173 900 Franken – das ist viel, aber vermutlich wird der kommende Porsche Turbo teurer werden, und auch der vergleichbare Mercedes-AMG GT S kostet mehr.

Der Vantage hat diese ikonische Aston-Martin-Form, aber die Designer der britischen Marke lassen ihre neueren Fahrzeuge mit gezielten Eingriffen weniger klassisch und stattdessen bewusst provokant erscheinen. Die Front zum Beispiel mit den weit auseinander-

liegenden Scheinwerfern, die wie zu kleinen Schlitzfenstern verengt zu sein scheinen und das Auto wirken lassen, als wäre es ein Wolf mit gesenktem Kopf in Angriffsposition. Die Seiten sehen aus, als spannte sich ein dünnes Fell über einen sehnigen, muskulösen Körper. Und das kurze Heck schliesslich mit seinen schmalen, geschwungenen Rücklichtern hinterlässt einen bleibenden Eindruck, wenn einen der Vantage überholt hat und schnell in der Nacht verschwindet.

Im Innern des neuen Vantage fühle ich mich sofort wohl; das Design der Mittelkonsole wirkt zwar etwas zerklüftet, aber die wichtigsten Funktionen sind schnell sichtbar, was für einen Sportwagen essenziell ist. Als Fahrer möchte man intuitiv eins werden mit dem Auto. Die grossen Tasten zum Wählen der Getriebeart und die beiden kleinen am Lenkrad, mit denen man für Fahrwerk und Motor zwischen «Sport», «Sport+» sowie «Track» wählen kann, sind alles, was es vorderhand braucht. Ein Druck auf den Startknopf, und

der Aston brüllt böse auf. Schalte ich auf «Sport+», entweichen dem V8-Triebwerk grollende, gurgelnde Laute, die akustisch recht treffend die Möglichkeiten dieses Autos wiedergeben.

Mit dem Motor von AMG, Heckantrieb und einer Achtgang-Automatik ist der Vantage bestens ausgerüstet, um sowohl auf der Autobahn als auch auf kurvigen Landstrassen schnell zu sein. «Um schnell zu sein» heisst nicht, dass man damit rasen muss, der Aston fährt so souverän und präzise, dass die grösste Freude in fließend aneinandergereihten, zügig durchfahrenen Kurven entsteht, bei denen das Heck sanft mitschwingt, als würde der Wagen locker aus der Hüfte tanzen. Aber wer will: Auch 250 km/h erreicht das Auto (mit Winterreifen) auf einer deutschen Autobahn so mühelos, dass meine Hände erfreulich trocken bleiben. Es gehört zum hervorragenden Gesamtpaket dieses Wagens, dass er seinem Fahrer in jeder Situation einen souveränen, exklusiven Auftritt ermöglicht.

Aston Martin Vantage

Motor: V8-Biturbo, Leistung: 510 PS/375 kW
Hubraum: 3982 ccm; max. Drehmoment: 685 Nm
(bei 2000 U/min); Verbrauch (NEFZ): 8,2/100 km
Höchstgeschwindigkeit: 314 km/h
Beschleunigung 0–100 km/h: 3,6 Sek.
Preis: ab Fr. 173 900.–



Tamaras Welt

Frigide Spassbremsen

Radikale Frauenschützerinnen inszenieren sich als Videospiele-Kennerinnen. Ihre Mission ist es, die Videogames in erotik- und humorfreie Zonen zu verwandeln. *Von Tamara Wernli*

Selbstverständlich können Feministen nichts dafür, dass sie überall Diskriminierungen orten. Durch ihre fortwährende Fixierung aufs Opferdasein sind sie schon befangen, wenn sie morgens vor die Tür treten.

Vergangene Woche kam das Videospiele «Mortal Kombat 11» auf den Markt. Die Spieleentwickler der Netherrealm Studios unterzogen die Serie einigen Änderungen. Weibliche Charaktere – früher sexy Erscheinungen, sie trugen Bikinis und knackige Kostüme – kommen neu bis zum Hals verhüllt und mit hässlichen Gesichtern daher. «Unser Design wird reifer und respektvoller. Man hat keinen Bikini an, wenn man kämpft. Man zeigt nicht so viel Haut», hat die Firma verkündet und sich dabei dem Druck der politisch Korrekten gebeugt – wie andere Entwickler zuvor auch schon. Die Community ist nicht *amused*.

Dass die Darstellungen von Frauen als sexualisierend und stereotyp und Videospiele als frauenfeindlich gelten, ist nichts Neues; 2012 erlangte die feministische Spielkritikerin Anita Sarkeesian mit ihrer Aburteilung weltweit (zweifelhafte) Bekanntheit. Auch das deutsche Webportal Webcare.plus stellte jüngst fest: Gamerinnen sind in vielen Bereichen diskriminiert. Eine Kulturwissenschaftlerin namens Sabine Hahn beanstandet unter anderem, dass Frauen «nur knapp ein Viertel aller Beschäftigten in der Games-Industrie» ausmachen, dass Frauencharaktere «oft sexuell stilisiert werden» (knappe Kleidung, grosse Brüste), meist schlechter ausgestattet sind (Waffen, Werkzeug) und oft nur Neben- oder Opferrollen haben. Als «dekorative Randerscheinung» bezeichnet eine Spielforscherin die weiblichen Figuren.

Wie es der Zufall so will, bin ich auch Spielforscherin. Ich forsche praktisch jeden Tag,

und manchmal auch nachts, zu Zombies, Ego-Shootern, Konstruktions- und Fantasy-Games, seit ich zehn Jahre alt bin. Meine Message an die Kultur- und sogenannten Spieljournalisten: Die Einzigen, die uns Frauen in die Opferrolle drängen und uns als dekorative Randerscheinungen sehen, sind sie selbst. Man möchte den «Experten» spontan ein Ticket fürs Theater anbieten, wo sie mit einer Kritik über den neusten «Hamlet» wohl besser aufgehoben sind.

In den 70er und 80er Jahren haben hauptsächlich Teenager Videogames gespielt, heute sind auch ältere Generationen und Frauen begeisterte Zocker. Die Games-Industrie hat reagiert mit einer ganzen Palette an «frauenfreundlichen» Spielen – solchen, bei denen man zum Beispiel Bonbons platzen lässt. Statistiken zeigen, dass Frauen gerne Dinge kombinieren wie bei «Candy Crush», sie spielen vor allem am Smartphone, Männer bevorzugen taktische Shooter- und Action-Spiele. Nach welcher Kundschaft sich Spieleentwickler wohl richten, wenn sie Action-Games kreieren?

Sexy Frauen und Helden, das gefällt den Männern, es liegt in ihrer DNA. Es wäre also unternehmerischer Blödsinn, wenn auf Befindlichkeiten von Damen eingegangen würde, die solche Games gar nicht spielen. Und jene, die sie spielen, stören sich in der Regel kein bisschen daran, auch wenn es besorgte Frauenversther so aussehen lassen. In Wahrheit arbeitet sich eine kleine, laute Minderheit daran ab. Ich kämpfe gegen meine Gegner lieber im sexy Kostüm und mit langen nackten Beinen denn als graue Maus oder verhüllt wie in einer Burka.

Feministen behaupten, dass Stereotype schädlich sind, aber es gibt keinen Beweis da-

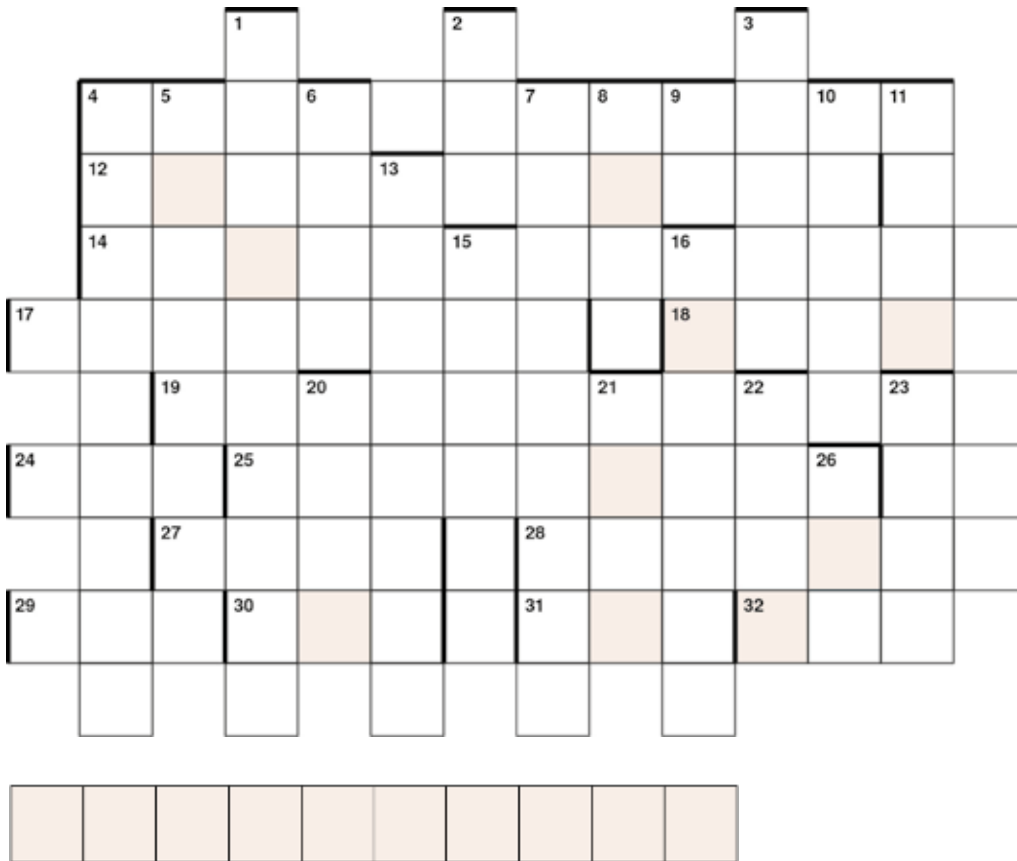
für, dass Videospiele aus Jungs und Männern sexistische oder aggressive Lumpen machen. Wenn sie Figuren im Bikini sehen, gehen sie danach nicht raus und belästigen Frauen. Dass Videogames Spielerinnen diskriminieren oder eine frauenfeindliche Kultur fördern, ist genauso absurd. Wir würden uns wohl kaum freiwillig an einem Ort aufhalten, an dem wir uns ständig schlecht fühlen. Und auch wenn wir da sexuell stilisiert werden, *so what?* Ein erotischer Avatar ist weder Grund noch Anzeichen für ein geringes Selbstwertgefühl – ist es ja bei den Männern auch nicht, und sie kämpfen oft mit nacktem Oberkörper und Sixpack. Hier kommt lustigerweise keiner auf den Gedanken, dass diese Stereotype sexistisch sein könnten.

Es arbeiten weniger Frauen als Männer in der Games-Industrie? Tja, vermutlich hat man es ihnen verboten. Frauen sind oft in Neben- oder Opferrollen? Kompletter Unsinn. Es gibt unzählige Spiele mit Frauen in der Leadrolle, von Lara Croft in «Tomb Raider» bis Jill Valentine in «Resident Evil» oder Yuna in «Final Fantasy X». Überhaupt geht es gar nicht so sehr um das Geschlecht des Avatars – Männer spielen auch als Frauenfigur und umgekehrt –, es geht um die Geschichte, die Atmosphäre, man will Unterhaltung.

Sollen Frauen nicht sexy sein? Nicht hübsch? Nicht gerettet werden von Männern? Nicht bewundert? Nicht Bikini tragen? Nicht Brüste zeigen? Ist die Video-Gender-Polizei dann zufrieden? Wir kennen die Antwort: Nein. Dann findet sie eben neue Opferfelder.

Es ist eigentlich belanglos, wenn eine Kulturwissenschaftlerin ein Problem mit einem Videospiele hat. Lästig wird es, wenn Unternehmen auf den Zug der «Social Justice Warriors» aufspringen. Vielleicht sollten sie mehr auf die Neigungen ihrer Kundschaft eingehen, statt sich die Ideologie einiger weniger Berufsdiskriminierten zu eigen zu machen und sich nach ihren abstrusen Forderungen zu richten. Irgendwann wird der Schuss nach hinten losgehen.

Tamara Wernli, Video-Bloggerin, lebt bei Basel.



Lösungswort — Der Gotthard etwa

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — **4** Kaufen Brille oder Häuschen auf den Malediven. **12** In Primatenmund und singularisch deskriptiv für Tempo, das zu Ausweisentzug führt. **14** Eröffnet Öffnung, endet vermögend und wird bei aktivierendem Stargate gemieden. **17** Verleger: Nach ihm benamster Preis ist der Oscar der Schreiberlinge. **18** Reflexiver Infinitiv von dem, was bei Righeira «a la playa» vorangeht, wird mit Wasserstoffzusatz zum Süssgras. **19** Taiwanese, Fondu chinoise und Japan sind's. **24** Sorgt als Rollentauschkomödie mit Hanks für ebensolche laughs. **25** Pasta nach Köhlerart, initial Hightech-Verbundwerkstoff. **27** Generische, weibliche Antwort auf «Wessen Zypressen?» lässt sich leicht als Inselbewohner falsch verstehen. **28** Dr. Gullivers erste, unverhoffte Station; dort werden die Toten kopfüber bestattet. **29** Als General auch Kultauto, das Gegenstück zur Luv. **30** «__ my shorts!» – Bart Simpson **31** Sonntagsmädchen bei den Akanvölkern hat das Zeug zur Platzhalterin. **32** Auf in Lourdes ist etwas südlicher der Süden.

Senkrecht — **1** Kühles Getränk oder Sprung in ebensolches Nass vermag's an heissem Sommertag. **2** Sie – enziös zügellos – gab die Sissy in (der) Brandung. **3** Festliches Tafeln ist in der neuen Welt weniger festliches Lokal. **4** Gläubige oder nur Herrentiere. **5** Untersucht exotische, himmlische Phänomene; von von Däniken studiert. **6** Buchstabe: Es macht ihn scharf. **7** Luftsprünge macht dessen Käufer hoffentlich nur vor dem Einsteigen; für nordische Gefilde ungeeignetes Gefährt. **8** Für dieses Wesen ist das VBS zuständig, an Säule in Ordnung. **9** Ist Englischanfänger in month ein thorn im Auge. **10** Schtat det äne am Bergli und meckert. **11** Lateiners Aufmerksamkeitsbegehren stellt an Homo den von 13 Senkrecht dar. **13** Das N in INRI, ein Pilgerort. **15** Namentlicher Ursprung gleichgeschlechtlich Orientierter, liegt im Mittelmeer. **16** Aufputzmittel, soll den Zappelphilipp ruhigstellen. **20** Brutto - Netto = April in Sharknado. **21** Im Kopfstand im Mundartpop tätige Pastiskomponente. **22** Im Garten, im Auge oder eventuell im Bekanntenkreis zu finden. **23** Für Pfirsichsteine bekannter Ort in der CH aus ebendem und Rinderahn. **26** Springfields Kwik-E-Mart-Betreiber oder AMDs CPU+GPU-Konstruktion.

I=J=Y © Andri Martinelli – Rätselactory

Lösung zum Denkanstoss Nr. 615



Waagrecht — **6** SELBSTLAUTE **11** EIN-UNDZWANZIG: 42 aus «Per Anhalter durch die Galaxis» **14** KENNI ist eine Verkleinerungsform von Kennedy. **16** R(EIS)E nach Jerusalem (Sitzspiel) **18** (Sankt-)NIMMERLEINSTAG: Anagramm von «listigerem Mann» **20** Alles über einen (Berg-)KAMM scheren. **21** FL(EGEL)EI **24** «POLE Poppenspüler» von Theodor Storm **25** HIER: franz. gestern **26** Aus PLAENE wird ohne ä-Punkte Plane. **27** (Pale) ALE **28** Per ARDUA ad astra: ardua = span./ital. mühsam **29** MS: Miss und Mississippi **30** GEK(NATTER) **31** NINIA

Senkrecht — **1** (DENK)(MAL) **2** ISDN **3** HAARIG **4** UTZ **5** WOGE(n glätten) und wogegen **6** S(t)ILIKONE: N/Am = Tesla = T **7** (LUEMMEL)N **8** BN ist kurz für billion (amerik. Milliarde): NB = notabene **9** UNE: franz. Titelseite und Artikel **10** EISTEES **12** ZILLER(tal) **13** WIE **15** NEMHEAZ: zähmen rückwärts **17** (ISLA)(MIT): isla = span. Insel **19** AINSI: franz. so und «pour ainsi dire» = sozusagen **21** FIAT **22** ERDEN **23** ELAN **26** PUR(in) **27** AKA: Synonym für alias von engl. also known as

Lösungswort — **STAMMGAST**

Hilfreiche Tipps zu diesen Rätseln finden Sie auf:

www.raetselfactory.ch/weltwoche.html

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien



ROLEX

EXPLORER II

Entwickelt, um unter widrigsten Bedingungen zu bestehen, wird die Explorer II mit ihrem markanten 24-Stunden-Zeiger auch der nächsten Generation von Forschern den Weg weisen. Dies ist eine Geschichte von anhaltender Exzellenz. Eine Geschichte aus der Welt von Rolex.

#Perpetual



OYSTER PERPETUAL EXPLORER II

BEYER

Zürich seit 1760 · Uhren & Juwelen
Bahnhofstrasse 31 · 8001 Zürich · Tel +41 (0)43 344 63 63
beyer-ch.com